

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3.00 RM, monatlich 1.10 RM, vierteljährlich 3.00 RM, frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage. Die Neue Welt 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich. Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgelbte Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Beiträge und Veranlassungs-Konzepte 20 Pf. „Kleine Anzeigen“, das istgedruckte Wort 20 Pf. (zweifig 20 Pf. gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 16. Oktober 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Die wichtigste Aufgabe der Gegenwart.

Es kann keine Ruhe in Preußen und in Deutschland geben, bis das allgemeine und gleiche Wahlrecht in Preußen zur Durchführung gelangt ist. Das preußische Proletariat und die gesamte deutsche Arbeiterklasse hat das immer wieder verkündet und sie ist entschlossen, zu beweisen, daß seine Verkündung nicht leere Ruhmredigkeit gewesen ist. Und selbst wenn das preußische Proletariat in seinem Kampfesifer erlahmen wollte — die Zuspitzung der politischen Verhältnisse, die wachsende Steuerausplünderung der Massen, die furchtbare Lebensmittelpreiserhöhung und die äußeren politischen Verwickelungen, die die Gefahren eines Weltkrieges immer drohender heraufbeschwören, würden die Arbeiterklasse zu gesteigerter Tatkraft zwingen. Kein irres, zielloses Wiederaufladern des Wahlrechtssturmes ist es, das heute die preußischen Geloten aufs neue in die Schranken ruft, sondern eine ernste politische Notwendigkeit, herausgewachsen aus dem Zwang der unerträglichen Verhältnisse. Wenn deshalb noch eine Spur von politischer Einsicht in unseren herrschenden Klassen vorhanden ist, so wäre es fürwahr die zwölfte Stunde, um endlich rücksichtslos an eine Reform des ungeheuerlichen Wahlrechts heranzutreten, unter dem die ungeheure Mehrheit des preußischen Volks leidet.

Die unerhörte Zumutung, daß die große Mehrheit der preußischen Nation im Jahre 1913 wiederum im Zeichen der Dreiklassenwahl wählen soll, ist um so beispielloser, wenn man sich vergegenwärtigt, daß das preußische Volk bereits im Jahre 1848 das allgemeine, gleiche, wenn auch indirekte, Wahlrecht befehlen hat. Hatte doch der Marsch des preußischen Volkes die Regierung genötigt, ein preußisches Wahlgesetz zu proklamieren, durch das die zur Vereinbarung einer Verfassung zu berufende Nationalversammlung gewählt wurde. Dieses erste preußische Wahlgesetz gab jedem unbescholtenen Preußen, der 21 Jahre alt war, das gleiche aktive Wahlrecht. Nur die Feigheit und Verschamtheit des Bürgertums ermöglichte es der Reaktion, durch Staatsstreik wieder das gleiche Wahlrecht zu beseitigen und schließlich jene Karikatur eines Wahlrechts dem wieder in Ketten geschlagenen Volke aufzutrotzen, das noch heute die preußischen Volksmassen zu einer Rechtslosigkeit ohnegleichen verdammt. Und hätten die in den sechziger Jahren zu großer Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhaus gelangten liberalen Bürgerlichen ein Fünftel von Rechtsbewußtsein und zielklarer politischer Erkenntnis befehlen, so hätten sie schon damals ihre Macht dazu benützt, die Dreiklassenwahlrecht hinwegzufegen. Aber wie damals das bevorrechtete Bürgertum gar nicht daran dachte, auch die breite Masse der arbeitenden Volksschichten an der politischen Mitbestimmung zu beteiligen, so blieb erst recht auch in der Zukunft die Forderung des allgemeinen und gleichen Wahlrechts nur ein politisches Reklameschild, nur eine leere Verheißung, um deren Einlösung man keinen Finger rührte. Erst als das preußische Proletariat sich mit Ungeheuerem selbst in den Wahlrechtskampf stürzte und seine immer gewaltiger anwachsende Macht an die Erreichung dieses vornehmsten Zieles, die wichtigste Aufgabe der Gegenwart, setzte, begann die Wahlreform zu einer aktuellen Frage der Politik zu werden. Erst nach den gewaltigen Wahlrechtsdemonstrationen, erst nach dem Massenaufruf der sozialdemokratischen Wählerchaft bei den Landtagswahlen erkannte auch die Krone, daß die Reform des verstorbenen und verrotteten Wahlrechts der Konterrevolution „eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart“ sei.

Die einflussreichsten Schichten unserer Bürgerlichen freilich, die unter dem herrschenden Dreiklassensystem in Preußen ihr Schicksal geschoren, wollten auch jetzt noch das alte System der rücksichtslosen Volksnebelung und Massenausplünderung nicht preisgeben. Sie, die Nutznießer des unerhörten Pluralwahlrechts und der skandalösen Wahlkreiseinteilung wollten um keinen Preis in ein Wahlrecht willigen, das ihre ungeheuerlichen Privilegien auch nur im geringsten zu beschneiden geeignet war. Der widerliche Janus um die Wahlrechtsvorlage im Jahre 1910 beweist die brutale Säbigkeit unserer junkerlichen und industriellen Machthaber. Ist doch noch in aller Gedächtnis, mit welcher Schamlosigkeit die Zentrumspartei, die für das gleiche Wahlrecht zu kämpfen vorgibt, sich den Junkern in die Arme warf, um die Spottgeburt der Regierungsvorlage womöglich noch zu verschleiern und sogar jene höchsten Zugeständnisse zu verkettern, die selbst die preußischen Nationalliberalen machen zu müssen glaubten. Als dann aber die Entscheidung herannahte, zeigte sich, daß auch innerhalb der Nationalliberalen die Willfährigkeit bestand, dem schönen schwarzblauen Wahlrechtskompromiß zuzustimmen, wenn nur durch Veseitigung der Steuerdrückelung in den Urwahlbezirken die kümmerlichen Rechte des arbeitenden Volkes vollends eskamotiert wurden. Nur an der Nivalität von Zentrum und Nationalliberalen scheiterte schließlich jenes erbärmliche Kompromiß, für das sich bezeichnenderweise ein Oktavo von Jedy mit besonderer Berde ins Zeug gelegt hatte.

Die Regierung streckte vor dem Widerstand der sie noch übertrumpfenden Reaktion der

preußischen Duma die Waffen und verzichtete auf jede Wahlreform. Die „wichtigste Aufgabe der Gegenwart“ wurde vertagt und immer weiter vertagt. Die Regierung erklärte sogar, kühl bis ans Herz hinan, daß sie erst dann wieder mit einer Wahlrechtsvorlage kommen werde, wenn sich die Reaktionsparteien über die raffinierteste Konsekrivierung der Wahlrechtsmach unter dem äffendenden Deckmantel einer „Wahlreform“ gütlich geeinigt haben würden! Und es hat sogar den Anschein, als ob man wirklich die Langmut des Volkes für so unverwundlich halte, daß man ihm auch im Jahre 1913 eine Neuwahl unter dem empörenden Dreiklassenwahlrecht zumuten möchte.

Dabei muß freilich konstatiert werden, daß seither die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme die Regierung in ihrer unglaublichen Haltung nach Möglichkeit zu bestärken sich bemüht haben. Denn im Jahre 1911 vollführten ja die Konservativen jene „Affenkomödie“, durch die es gelang, alle Wahlrechtsanträge niederzustimmen. Die Konservativen, die die jämmerliche Schwachmütigkeit der Nationalliberalen kannten, verlegten sich auf die Verfehlungspolitik. Sie stimmten gegen den nationalliberalen Antrag, aus dem freisinnigen Antrag, der das direkte, geheime und gleiche Wahlrecht forderte, das gleiche Wahlrecht zu streichen. Ihr Trick hatte Erfolg, denn bei der Abstimmung über den unangeänderten freisinnigen Antrag stimmten natürlich die Nationalliberalen mit den Konservativen und Freikonservativen dagegen. Auch der freisinnige Antrag auf Neueinteilung der Wahlkreise wurde durch ein gleiches Manöver der Konservativen zu Fall gebracht. Und als im Jahre 1912 von vornherein ein Unterantrag vorlag, der nur das direkte und geheime Wahlrecht verlangte, da brachte es das Zentrum durch seine unerhörte Sitzungsschwänzerei fertig, auch diesen Antrag zu Fall zu bringen. Nicht weniger als 33 Zentrumsabgeordnete fehlten damals unentschuldig bei der Abstimmung! Als es sich um das Feuerbestattungsgesetz handelte, fehlten nur 4 Zentrumsabgeordnete ohne Entschuldigung, und im ganzen blieben damals nur 7 Zentrumsabgeordnete der Abstimmung fern!

So haben alle großen Parteien, nicht nur die beiden konservativen Fraktionen, sondern auch das Zentrum und die Nationalliberalen das ihrige dazu beigetragen, der sträflichen Drückebergerei der Regierung Vorschub zu leisten und sie in ihrer passiven Resistenz zu ermutigen. Aber auch der Freisinn hat es nicht über papierne Resolutionen gebracht. Mit Seelenruhe hat er den Dingen zugehört und nicht einmal den Mut gefunden, sich an den Wahlrechtsdemonstrationen zu beteiligen!

Die Arbeiterklasse hat die Wahlrechtsfrage ins Rollen gebracht. Ihr fällt auch die Aufgabe zu, den Wahlrechtskampf bis zum Ende durchzuführen. Die Massen müssen sich immer von neuem, immer ungestümer rühren, wenn der Regierung und den herrschenden Klassen eine wirkliche Wahlreform abgerungen werden soll. Für das Proletariat ist das gleiche Wahlrecht in Preußen die erste Voraussetzung seines politischen und wirtschaftlichen Aufstiegs; die Bürgerlichen dagegen zwingt kein Lebensinteresse zum Wahlrechtskampf. Was Ferdinand Lassalle in seinem „Arbeiterlesebuch“ im Jahre 1863 sagte, gilt auch heute noch: „Die liberale Bourgeoisie liebt freilich die Freiheit, aber sie liebt sie, wie man ein Ornament im Zimmer, wie man einen schönen Schmuck liebt; kann man ihn haben, so ist es gewiß besser, kann man ihn nicht haben, so ist es auch gut! Man geht dafür weder ins Wasser, noch ins Feuer!“ Nur das Proletariat, nur die Wahlrechtskämpfer der dritten Klasse haben, um wiederum mit Ferdinand Lassalle zu reden, „ein Klasseninteresse, ein soziales Interesse hinter die politische Freiheit zu werfen, das Interesse der an Zahl und Kraft so unendlich überwiegenden Besitzlosen Klasse überhaupt.“

Das Proletariat aber muß und wird den Kampf um die Demokratisierung Preußens auch mit jener Leidenschaft führen, die seinem Klasseninteresse entspricht. Es wird und muß abermals das Wort seines größten Agitators beherzigen: „Ohne Leidenschaft wird in der Geschichte kein Stein vom andern gerückt! Ohne Leidenschaft ist keine einzige jener gewaltigen Befreiungen ausgeführt worden, deren Aufeinanderfolge die Weltgeschichte bildet!“

Friedensschluß mit Italien! Eine europäische Konferenz?

Zwischen Italien und der Türkei sind Dienstag, wenige Stunden vor Ablauf des italienischen Ultimatums, die Friedenspräliminarien unterzeichnet worden, nicht zuletzt dank den energischen Schritten, die der französische Botschafter in Konstantinopel unternommen hat. Wir haben schon einmal betont, daß angesichts des Ernstes der Situation Italien ein starkes Interesse am Abschluß des Friedens hatte; um für ein eventuell späteres Eingreifen die Hände frei zu bekommen. Doch möchten wir nicht unterlassen hinzuzufügen, daß es sich heute nur um den Abschluß der Präliminarien, also nur um die vorbereitenden, sonst allerdings auch entscheidenden Grundzüge, noch nicht um den Friedensabschluß selbst handelt. Zimmerhin bekommt die Türkei dadurch jetzt ihre Flotte frei, was besonders für Griechenland unangenehm werden kann. Doch hat Griechenland den letzten Schritt bereits getan, sein Ultimatum überreicht und die Pforte hat es, wie zu erwarten war, abgelehnt.

In den bulgarischen und serbischen Grenzen wird von Irregulären und türkischen Truppen bereits unaufhörlich gekämpft. Sobald erst die Vereinigung der serbischen Truppen mit den Bulgaren vollzogen ist, wird der entscheidende Vormarsch beginnen. Unterdessen haben die Griechen die Einverleibung Kretas proklamiert und damit einen alten Wunsch der Erfüllung näher gebracht. Ueberhaupt sind die meisten von Griechen bewohnten Inseln des Archipels für die Türken ein kaum mehr zu behauptender Besitz.

Wie ernst im übrigen die von den Offizieren immer wieder abgelehnten Gegenseite zwischen den Großmächten und insbesondere zwischen Oesterreich und Rußland sind, dafür liegen heute zweierlei Beweise vor. Einmal Petersburger Meldungen, die berichten, daß die Stellung Sazonows, des russischen Ministers des Auswärtigen, erschüttert sei, weil mächtige nationalitätliche Kreise mit seiner, ihnen zu friedlichen Haltung unzufrieden sind. Und die Gerüchte erfahren eine merkwürdige Illustration durch ein Telegramm des Petersburger Korrespondenten der „Kölnischen Zeitung“. Dieser hat an amtlicher Stelle erfahren, daß die russische Regierung zwar die Ausbreitung des Krieges über den Balkan hinaus verhindern wolle, aber gerade die Pariser Note von der Verbürgung des Statusquo berge die Gefahr des Krieges in sich. Ganz abgesehen von etwaigen Okkupationsgelüsten Oesterreichs werde es die russische Gesellschaft nicht ruhig hinnehmen, wenn man den Bulgaren nach einem siegreichen Vordringen bis vor die Tore von Konstantinopel ihren Siegespreis entziehen wolle. Man könne sicher sein, daß schon alles so vorbereitet sei, daß alsdann innerhalb 48 Stunden

den ganz Rußland in Flammen stehe. Die Regierung werde sich dann nach Kräften gegen die Kriegsbegeisterung stemmen, doch schon jetzt habe man im Ministerium das Gefühl, daß man dann von der allgemeinen Begeisterung fortgerissen werde.

Diese Gefahr sucht nun die französische Regierung, die die finanzielle Katastrophe des Orientkrieges nicht durch die noch viel größere, die ein russischer Krieg für Frankreich bedeuten würde, ins Ungeheuerliche wachsen lassen möchte, mit allen diplomatischen Mitteln zu verhindern. Von Frankreich kommt jetzt die Anregung zu einer europäischen Konferenz. Die Mächte sollen dadurch ständig in Fühlung bleiben und sich über das künftige Reformprogramm schon jetzt einigen. Wie uns ein Privattelegramm aus London meldet, soll Frankreich auch noch angeregt haben, daß die Mächte dem Balkankrieg Einhalt gebieten sollten. In London wird die Konferenzidee sympathisch aufgenommen. In einer offiziellen Auslassung bezeichnet dagegen die deutsche Regierung die Einberufung einer Konferenz im gegenwärtigen Moment für schwer möglich und auch wir meinen, daß die Interessengegensätze bereits so stark geworden sind, daß die Diplomatie allein ihrer kaum mehr Herr werden kann. Die Aufrechterhaltung des Friedens liegt heute vor allem in der Stärke des proletarischen Friedenswillens. Nur die Angst vor den Massen wird die Regierungen abhalten, in den Krieg zu gehen.

Vom türkisch-montenegrinischen Kriegsschauplatze.

Die Montenegriner haben nach den neuesten Meldungen das türkische Städtchen Tuzi nach hartnäckigem Kampfe eingenommen. Sie sind damit in den Besitz einer Etappe auf dem Wege nach Skutari gelangt. Die aus Cetinje kommenden Meldungen berichten von großer Kriegsbeute und von Tausenden von Gefangenen, die die Montenegriner in Tuzi gemacht haben sollen, in Wirklichkeit wird es damit nicht so arg gewesen sein. Es handelt sich bei Tuzi um eine kleine Stadt von einigen Tausend Einwohnern mit ganz mangelhaften Befestigungswerken, die vielleicht von einigen Hundert türkischer regulären Truppen verteidigt wurde. Daß dabei auf beiden Seiten hartnäckig gekämpft wurde, braucht nicht bezweifelt zu werden, denn Montenegriner wie Türken sind erfüllt von Kampfesmut, der sich auch in „friedlichen“ Zeiten in Grenzscharnheiten äußert.

Offenbar hat die Türkei die Absicht, sich Montenegro gegenüber in der Defensive zu verhalten, um ihre Hauptmacht gegen einen konzentrierten Angriff der serbisch-bulgarischen Armee zusammen zu halten. Die schwachen türkischen Truppenverbände an der montenegrinischen Grenze werden aber durch

albanische Irreguläre verstärkt, denen die Kaufkraft im Blute liegt. Einzelne christliche Albanerfamilien sind aber auch den Montenegrinern zu Hilfe gekommen. Es handelt sich hier überhaupt um einen Guerillakrieg in schwer zugänglichen Bergland, bei denen große Truppenaufgebote gar nicht entfaltet werden können. Dazu kommt die große Ausdehnung des Kriegsschauplatzes. Von Tuzi bis Djelopole im Sandshafengebiet sind es rund hundert Kilometer. Da die 35-40 000 Mann starken Montenegriner auf diesem Raume geschlossene Vorstöße auf Tuzi, Gussinje, Berane und Djelopole gemacht haben, außerdem aber die dazwischen liegende Grenze vor den Besatzungen der türkischen Blockhäuser schützen müssen, läßt sich leicht erkennen, daß es sich überall nur um kleine Gefechte handeln kann, die allerdings mit großer Erbitterung ausgefochten werden und daher sehr verlustreich sind. Dabei stellt sich auch schon die alte Begleitererscheinung der Balkankriege ein: die eine Partei bekämpft sich über Grausamkeiten der anderen. Die Türken behaupten, die Montenegriner begingen die ärgsten Greuel an der mohammedanischen Bevölkerung, während die Montenegriner über türkische an Christen verübte Barbareien berichten. In Wirklichkeit hat keine der kriegführenden Parteien sich etwas vorzuwerfen, sind doch stets die Balkankriege mit mittelalterlicher Brutalität geführt worden, wodurch das Verbrechen derer, die einen solchen Krieg veranlaßt oder begünstigt haben, noch größer wird.

Montenegro scheint seine Hauptmacht zunächst nach Süden angelegt zu haben, um auf dem langersehnten Gelände des Stutarsices festen Fuß zu fassen. Da es aber auch bei Berane und Djelopole operiert, ist ein gemeinsames Vorgehen mit Serbien im Sandshafat Novibazar als sicher anzunehmen.

Unterzeichnung der türkisch-italienischen Friedenspräliminarien.

Rom, 15. Oktober. Die „Agenzia Stefani“ teilt mit, daß heute abend 6 Uhr in Cudry die Friedenspräliminarien zwischen Italien und der Türkei unterzeichnet wurden.

Die Einnahme von Tuzi.

Bodgorica, 14. Oktober. Die montenegrinische Infanterie bereitete sich am Mittag unter Artilleriefire zum letzten Sturm auf Tuzi vor, als ein türkischer Offizier mit der weißen Flagge erschien. Der Kommandant, Kronprinz Danilo, empfing den Offizier und nahm die Bedingungen der Uebergabe der Garnison an. Bald darauf erschien eine Abordnung von Bürgern im montenegrinischen Hauptquartier und bat um Gnade. In den Befestigungen fand man mehrere Geschütze, darunter drei englischen und zwei deutschen Ursprungs. Sie waren sämtlich durch das montenegrinische Feuer schwer beschädigt. Die Leute umfaßte ferner acht Maschinengewehre, 7000 Mäusergewehre, viele Pferde, 800 Zelte und Lebensmittel für zehn Tage. Die Garnison bestand aus sechs Nizambataillonen. Drei Bataillone wurden des Abends nach Bodgorica gebracht. Am Nachmittag rückten die Montenegriner im Triumph unter Militärmusik in die Stadt ein, wo sie von der christlichen Bevölkerung und den Maliforen mit Jubel empfangen wurden.

Der Kampf bei Gussinje.

Bodgorica, 15. Oktober. Die General Wukotitsch meldet, besetzten seine Truppen gestern nach hartnäckigem Widerstand den Berg Visitor bei Gussinje, wobei ihnen vier Geschütze, viele Gewehre mit Munition und zwei Fahnen in die Hände fielen. Die Armee operiert zurzeit noch gegen Berane. Bei Tarabosch sind die Stellungen der Montenegriner um 1500 Meter vorgeschoben worden. Die bisherigen Verluste der Montenegriner beziffern sich für die ersten fünf Tage seit dem Beginn der kriegerischen Operationen auf 255 Tote und 800 Verwundete. Die Schwerverwundeten sind nach Cetinje gebracht worden. Von den Toten sind die meisten vor den Befestigungen von Deschitsch und Tarabosch gefallen.

Türkische Berichte.

Konstantinopel, 15. Oktober. Gestern abend um 9 Uhr hier eingegangene amtliche Meldungen über die türkischen Kämpfe an der montenegrinischen Grenze besagen: Die Türken erhielten Verstärkungen in der Gegend von Gussinje, ergriffen die Offensive und schlugen die Montenegriner an der Grenze zurück. Die Montenegriner hatten große Verluste. Das Gefecht bei Berane dauert noch fort. Ein türkisches Detachement bei Tuzi leistete hartnäckigen Widerstand gegen zwei montenegrinische Divisionen, die durch Maliforen verstärkt waren. Zwei türkische Majore fielen. Die Schlacht bei Kranjandete mit einer Niederlage der Montenegriner. Ein türkischer Major ist gefallen.

Wie halbamtlich verlautet, haben die Serben bei Priblje (Novibazar) die Grenze überschritten. Die im Lande befindlichen Serben verstärkten die serbischen Truppen. Die Gefechte endeten mit einem Erfolg der Türken. (Diese türkischen Berichte müssen, wie schon der italienische Krieg lehrte, mit großer Skepsis aufgenommen werden.)

Der Kampf an der serbischen Grenze.

Belgrad, 14. Oktober, 8 Uhr abends. (Meldung der Agence Havas.) Der Grenzkampf dauerte den ganzen Tag. Die 3000 Mann starken türkischen Truppen eröffneten das Feuer gegen Ristoway und besetzten serbisches Gebiet längs der Grenze in einer Ausdehnung von fast vier Kilometer bis Gorgorogoch. Die serbischen Grenztruppen suchten den Vormarsch der türkischen Streitkräfte durch Gewehrfeuer aufzuhalten. Die Verluste der Serben betragen 24 Tote und 4 Verwundete.

Eine serbische Kundgebung.

Wien, 15. Oktober. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Belgrad: Heute wird ein Regierungscommuniqué folgenden Inhalts verlanbart werden: Türkische Truppen haben die Grenze überschritten und sich auf serbischem Gebiete verfangen. Sie wurden im Laufe des Nachmittags zurückgeschlagen, wobei wir einen Verlust von zwei Toten und vier Verwundeten hatten. Die Regierung betrachtet dieses Ueberfall wohl nicht als casus belli, aber als eine Provokation und als einen Beweis der feindseligen Gesinnung der Türkei. Die Regierung ist gleichwohl entschlossen, in fortreicher Reflexivität die Antwort auf ihre geistige Note abzuwarten.

Dagegen besagt eine Meldung aus türkischer Quelle: Eine Nachricht aus Bosanowac besagt, daß heute von der serbischen Grenze her Kanonendonner vernommen wurde, woraus man schloß, daß die Serben die Offensive ergriffen haben. Später stellte es sich heraus, daß eine starke serbische Bande in der Ortschaft Krotowac und deren Umgebung Bomben ge-

worfen hatte, deren Detonation für Kanonendonner gehalten worden war. Die Türkei hat an keinem Punkte der serbischen Grenze Truppen direkt an die Grenze vorgeschoben, sondern die gewöhnlichen Grenztruppen dort belassen. Somit ist eine Absicht der Türken, die Serben zu provozieren, ausgeschlossen.

Bewaffnung der Arnauten.

Saloniki, 15. Oktober. Die Regierung hat dem Drängen der Albanesen nachgegeben, welche um Ausrüstung mit modernen Waffen nachgesucht haben, damit sie sich an den Kämpfen gegen die Montenegriner und Serben intensiver als bisher beteiligen können, und die nötigen Bewisungen erteilt.

Wie aus Keskub gemeldet wird, werden weitere Albanesenscharen sofort nach Eintreffen von Munition an die am meisten bedrohten Punkte der montenegrinischen Grenze abgehen.

Ablehnung des griechischen Ultimatum.

Konstantinopel, 15. Oktober. Der griechische Gesandte hat der Pforte die Note der griechischen Regierung überreicht, welche die Forderung der griechischen Schiffe binnen 24 Stunden verlangt und erklärt, falls die Pforte nicht freigegeben, werde Griechenland die Maßnahmen ergreifen, die es für gut halte, um seine Ehre zu verteidigen.

Wie das Wiener K. K. Telegr. Korresp. Bureau dazu aus sicherer Quelle erfährt, hat sich die Pforte entschlossen, nur diejenigen griechischen Schiffe freizugeben, die Ladung für eine fremde Macht tragen.

Die europäische Konferenz.

Die deutsche Auffassung.

Die „Kölnische Zeitung“ meldet offiziös aus Berlin: Wie wir hören, befähigt es sich, daß von Frankreich die Anregung zur Einberufung einer Konferenz nach Konstantinopel ausgegangen ist. Wir glauben nicht, daß im gegenwärtigen Zeitpunkte, wo der Krieg auf dem Balkan begonnen hat und die Ereignisse sich überstürzen, die Ausführung der Anregung möglich ist. Immerhin scheint es uns dankenswert, daß Frankreich von neuem einen Schritt unternimmt, der dazu beiträgt, die Mächte nicht nur für den Augenblick, sondern auch für künftige Möglichkeiten in ständiger Fühlung zu erhalten.

Die Aufnahme in London.

London, 15. Oktober. Wie das Reutersche Bureau erfährt, werden die Vorschläge Frankreichs für eine Balkankonferenz der Mächte von der englischen Regierung in ernstliche Erwägung gezogen werden.

Eine Rede des österreichischen Kriegsministers.

Wien, 15. Oktober. Die österreichische Delegation nahm das Heeresordinarium an. Im Laufe der Debatte erklärte der Kriegsminister: Die Bewilligung der Heereskredite sei jetzt so notwendig, als der allgemeine Wunsch nach Frieden lebhaft. Siderlich seien die der Bevölkerung zugemuteten Lasten drückend, aber im Vergleich zu den anderen Staaten noch immer an geringsten, und die schwersten Rüstungen — selbst lange fortgesetzt — seien noch immer einem modernen Kriege vorzuziehen. Uebrigens glaube trotz aller Friedensbestrebungen doch niemand an einen ewigen Frieden. Gerade der eben ausgebrochene Krieg sei ein typischer Beweis dafür, daß nicht die Herrscher, nicht die Regierungen der fünf kriegführenden Staaten, sondern die Völker selbst an dem Kriegsausbruch schuld sind; sonst wären die erstaunlichen Leistungen bezüglich der Mobilisierung, wie es jetzt zu beobachten sei, nicht möglich. Der Minister dankte für die anerkennenden, der Armee gewidmeten Worte, und schloß: Daraus schöpfe ich nicht nur die Hoffnung, daß alle notwendigen Forderungen werden bewilligt werden, sondern die noch schönere Hoffnung, daß wir in erster Zeit uns stets zusammenfinden werden, geschlossenen Mann für Mann, niemandem zum Trost, und allen aber zum Wohl und zum Schutze. (Lebhafte Beifall.)

Folgen der Mobilisierung.

Aus Sofia berichtet der Korrespondent der „Daily Mail“:

„Die Brotpreise steigen hier mit jeder Stunde. Ein Stückchen Brot wird mit 50 Pf. verkauft. Es ist nachgerade unmöglich, in den Restaurationen eine Mahlzeit zu erhalten, denn die Kellner und Köche wurden zum Militär eingezogen. Die ankommenden und abfahrenden Züge sind detart vollgepfropft, daß die Leute auf den Trittbrettern und den Dächern der Wagen Platz nehmen. Der Bahnhof bietet ein unvorstellbares Bild: Soweit das Auge reicht, stehen Züge, deren Lokomotiven seit langen Stunden unter Dampfdruck und fahrbereit sind, die sich aber nicht bewegen können, weil die Strecken durch Züge gesperrt sind.“

Alle öffentlichen Wirtschaften sind geschlossen. Der Straßenbahnverkehr ist eingestellt. Die Droschkensperre sind von der Militärbehörde für den Kriegsdienst requiriert worden. Ein mit zwei Pferden bespannter Wagen kam auf der Straße angefahren: Ein Soldat, mit einer Order in der Hand, nähert sich dem Gefährt, spannt die beiden Pferde aus und emstert sich damit, den Wagen allein dort stehen lassend, wo er angetroffen wurde. Selbst die ausländischen Geschäftsleute müssen ihre Automobile der Militärbehörde überlassen.“

Wenn nun eine bloße Mobilisierung die wirtschaftlichen, rechtlichen und sozialen Verhältnisse derart umstürzt und gerüttelt, was soll dann werden, wenn die Kriegsbesette wirklich über das Land segt?!

Einer der unfern!

Ein Genosse stellt uns den Brief eines serbischen Freundes zur Verfügung, der als Offizier am ersten Tage der Mobilisierung einberufen ist. Der Brief ist am 4. Oktober an der serbischen Grenze geschrieben und langte erst nach zehn Tagen in Berlin an. Ist der erste Teil des Briefes von hohem sachlichen Interesse, so ist der zweite Teil ein menschliches Dokument, das zeigt, wie fürchterlich und entsetzlich uns internationalen Sozialdemokraten der Massenmord ist. Das Schreiben lautet:

Gestern abend ist die allgemeine Mobilisierung erklärt worden. Offiziell hängt sie erst vom 20./10. Oktober an und am 23./10. Oktober abends soll das Militär schon zum Abmarsch fertig sein. Von heute abend ab wird in allen Kasernen ununterbrochen gearbeitet. Alles wird an die Kompagnien verteilt, und sobald die Soldaten angekommen sind, werden sie vollständig bewaffnet werden. Gleich in der Nacht wurde unter Trompetenschlag in den Straßen aller Städte die Mobilisierung bekannt gemacht. Alle Militärpflichtigen müssen sich binnen 48 Stunden fertig machen, um nach der offiziellen Erklärung der Mobilisierung gleich einrücken zu können. Nach dem Mobilisationsplan soll die Ausführung der Mobilisierung nur vier Tage dauern; man hat aber zwei Tage im voraus genommen, die Mobilisationsdauer beträgt also sechs Tage. Nun ist ungefähre die Hälfte der Armee schon mobilisiert. Alle Offiziere und die Hälfte der Soldaten der ersten Altersklassen sind schon seit sechs Tagen in den Kasernen. Morgen werden alle Grenzbataillone der zweiten Altersklasse

mobilisiert werden, da sie schon vor drei Tagen einberufen worden sind.

Die Zeit der Eröffnung der Feindseligkeiten ist unbekannt, man rechnet aber mit dem Schluß des Monats (14. Oktober). Es scheint, daß der türkische Verteidigungsplan dahin geht, sich mit der ganzen Kraft Bulgarien gegenüberzustellen. Aus dem alferbischen Gebiete werden die Truppen schnell zurückgezogen. Aus diesem Grunde hat man in den bulgarischen Vorschlag gewilligt, die ganze Kavallerie und eine komplette Division unter bulgarisches Kommando zu stellen. Wir werden wahrscheinlich an unserer Front wenig Widerstand haben. Unsere stärksten Feinde werden wohl kaum passierbare Wege und Gebirgsengen sein. Da werden die Türken einen schwer zu überwindenden Widerstand leisten. Die zweite Schwierigkeit werden die großen Präzisse sein. An der serbischen südwestlichen Grenze fangen die ewig mit Schnee bedeckten Gebirge an. Die Szenen aus der Zeit, wo Suwarow die Alpen zu überschreiten versuchte, werden sich wiederholen. Viele und viele Soldaten werden in der Nacht erfroren stehen bleiben.

Es ist nun eine große Frage, wie sich die Arnauten verhalten werden. Sicher ist, daß ein Teil mit uns halten wird. Sie werden mit unseren Waffen ausgerüstet. Oesterreich-Ungarn hat aber auch hier Anhänger, die gegen uns kämpfen werden, ebenso wie die muslimännischen Arnauten. Mit diesem Kriegstamm werden wir wohl mehr Schwierigkeiten als mit dem stehenden Heere haben.

Rum Persönliches.

Es bleiben nur wenig Leute in unserem Parteistab. Das sind die militärisch Unfähigen. Diese werden unsere Zeitung schon halten können. Ich selbst kann natürlich nicht mehr schreiben. Ich habe zwei alte Eltern, die nun ganz brotlos sind. Solange ich am Leben bin, glaube ich für sie sorgen zu können. Und jetzt?!

Es ist mir unangenehm, in diese Menschenschlacht zu gehen. Dagegen ist aber nichts zu machen. Ich werde mir Mühe geben, die mir unterstellten Leute zu schonen und alle Grausamkeiten zu vermeiden. Ich werde aber ehrlich kämpfen. Da wir leider mit einem unzubereiteten Heere kämpfen und da wir einen Angriffskrieg führen, so werden wir von allen Muselmännern sehr gehaßt werden. Ich werde mich auf keinen Fall gefangen nehmen lassen, da ich sicher bin, dann gefoltert und gemordet zu werden. Dann lieber kämpfen sterben.

Sie werden es aus diesem Brief erfahren und ich kann es Ihnen bezeugen, daß bei mir große Seelenruhe herrscht. Ich habe keine Angst und es ist mir gleichgültig, was aus mir werden wird. Nur einen Seelen Schmerz habe ich: wenn ich so jung fallen soll, dann wollte ich im Kampf für mein Ideal fallen, fallen in einer Revolution, nicht in einem Kriege! Ich bitte Sie, die Genossen im „Vorwärts“ meinerseits warm zu grüßen. Ich ziehe in den Krieg mit warmer Erinnerung an die mir am Herzen liegende deutsche Sozialdemokratie. Seien Sie herzlichst begrüßt von Ihrem K. K.

Die Teuerung.

Keine weiteren Regierungsmassnahmen?

Die „Vossische Zeitung“ erfährt auf eine Anfrage im preussischen Ministerium des Innern, zurzeit würden keine weiteren Massnahmen von der Regierung, als die bereits wiederholt mitgeteilten vorbereitet, so daß zunächst die Aufhebung des § 12 noch nicht zu erwarten sei.

Das Volk wird dafür sorgen, daß dieses „zunächst“ bald in ein „früher“ umgewandelt wird. Die Fleischteuerung besteht vorläufig im ganzen ungemindert weiter fort. Und selbst wenn sie in ein paar Orten sich ein wenig abschwächen sollte, bedürfen die Konsumenten der Gewisheit, daß solche Zustände sich nicht wiederholen können. Der sollen die Hungernden wieder Monate hindurch warten, bis die Regierung eine Fleischteuerung überhaupt anerkennt und sich von neuem zu unzureichenden Massnahmen entschließt? Das Volk hat bitter genug unter den früheren Versäumnissen der Regierung leiden müssen. Es will endlich einmal trotz des Widerstandes der Junker ausreichende und dauernde Vorsorge treffen.

Die Schlachthof-Tierärzte und die Fleischfrage.

Der Reichsverband der deutschen Gemeinde- und Schlachthof-Tierärzte tagte am 12. und 13. Oktober in Leipzig. Zur Fleischverfügung wurde eine Resolution angenommen, in der gesagt wird: Der Einfuhr von lebendem Schlachtvieh ist unter den für die Einfuhr aus Oesterreich-Ungarn gestatteten Bedingungen gegenüber der Fleischzufuhr der Vorzug zu geben. Der Reichsverband bestreitet die Aufrechterhaltung des § 12 des Reichsfleischbeschaugesetzes aus sanitären Gründen für unbedingt erforderlich; er erachtet jedoch die gesundheitspolizeilichen Forderungen des genannten Paragraphen auch dann erfüllt, wenn die Untersuchung von Schlachtvieh an ausländischen Schlachtorte durch amtlich bestellte deutsche Tierärzte nach den Vorschriften des Reichsfleischbeschaugesetzes vorgenommen wird, d. h. wenn im Ausland die inneren Eingeweide untersucht werden, stehen der Einfuhr ohne Eingeweide keine sanitären Bedenken mehr entgegen.

Unsere Regierung wird natürlich wieder behaupten, die Untersuchung sei nur dann genügend, wenn sie an der deutschen Grenze vorgenommen wird. Belehren läßt sich die Regierung eben nur von agrarischen „Sachverständigen“.

Die russischen Städte gegen die Fleischzufuhr.

Die russischen Städte haben, wie der „Deutschen Fleischzeitung“ telegraphiert wird, an die dortigen Ministerien des Innern und für Landwirtschaft eine Eingabe gemacht, für die Fleischzufuhr nach Deutschland keinerlei Erleichterung zu gewähren.

Fleischer und kommunale Massnahmen.

In Iserlohn i. W. erklärten sich nachträglich die Metzger bereit, das von der Stadtverwaltung eingeführte ausländische Fleisch gegen angemessene Vergütung zu verkaufen.

In Oberhausen (Rheinland) setzten die Metzger den Preis frischen Fleisches bester dortiger Schlachtung auf 76 Pf. das Pfund herab, nachdem die Stadt einen Wagon dänischen Fleisches eingeführt und den Preis auf 80 Pf. angelegt hatte.

In Kachen verlaufen die Metzger zu gleichen Preisen wie die Stadt, die ebenfalls ausländisches Fleisch eingeführt hat, das trotz der Maschinen der Metzger stark gekauft wird.

In Augsburg traf am Sonnabend die erste Sendung dänischen Mastschweines ein, das teils durch die Metzger, teils in städtischen Verkaufsstellen zum Preise von 88 und 90 Pf. das Pfund (15-20 Pf. niedriger als das orteiliche Fleisch) zum Verkauf kam. Die Folge war, daß die Metzger den Preis des einheimischen Fleisches um 5 Pf. pro Pfund herabsetzten, und daß die Viehhändler erklärten, nunmehr auch das einheimische Vieh billiger liefern zu können.

Städtische Maßnahmen.

In Lissabon wurden am Sonnabend in städtischen Hallen binnen weniger Stunden 926 Kilogramm gefoltes Rind- und 136 Kilogramm Schaffleisch aus Rußland zum Preise von 60-70 Pf. das Pfund verkauft. Frisches Schaffleisch kostet hier 80-90 Pf., frisches Rindfleisch 90-100 Pf. Der Magistrat will auch frisches Fleisch aus Rußland einführen, falls er dazu die Genehmigung erhält.

Zu Lissabon wurde ein städtischer Seefischverkauf eingerichtet, der demnach in Anspruch genommen wurde, daß polizeiliche Abwehrmaßnahmen erforderlich waren.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Oktober 1912.

Reichstagswahlwahl in Berlin I.

Wie die „Vossische Zeitung“ erfährt, ist der Termin für die Neuwahl im ersten Berliner Reichstagswahlkreise auf Dienstag, den 5. November festgelegt. Für die Fortschrittler kandidiert wieder Dr. Raempf, für die Sozialdemokraten Genosse Düwelle, die Demokraten stellen wiederum den Oberst a. D. Gädle auf, und in einer Fußnote auf die „Kreuzzeitung“ wird empfohlen, auch wieder einen konservativen Kandidaten zu nominieren.

Vom Reichspetroleummonopol.

Während über die Wahrung der Konsumenteninteressen bei dem neuen Reichsmonopol noch nichts bekannt ist, werden hingegen über die finanzielle Basis Mitteilungen gemacht. Das Monopol soll verwaltet werden von einer „Reichs-Petroleumgesellschaft“, deren Kapital aus 50 Millionen Mark Stamm- und 10 Millionen Mark Vorzugsaktien bestehen wird. Die Vorzugsaktien sollen ein fünffaches Stimmrecht erhalten. Zur Errichtung der Gesellschaft hat sich bereits ein Konsortium gebildet, dem die folgenden Berliner Banken und Großfirmen angehören: Deutsche Bank, Berliner Handelsgesellschaft, Mendelssohn u. Co., Bank für Handel und Industrie, Delbrück, Schickler u. Co., Kommerz- und Diskontobank, Nationalbank für Deutschland, Mitteldeutsche Kreditbank, Gebrüder Schickler. Weiter sollen die führenden Firmen und Banken aus sämtlichen Bundesstaaten sowie aus den preussischen Provinzen zur Beteiligung an der Reichs-Petroleumgesellschaft eingeladen werden. Sie wird errichtet werden, sobald der von den zuständigen Reichsämtern ausgearbeitete Gesetzentwurf vom Bundesrat und Reichstag angenommen ist. Ihre Mitwirkung verjagt haben die an der Deutschen Erdöl-Aktien-Gesellschaft interessierten Berliner Firmen, nachdem diese Gesellschaft einen Vertrag mit dem Tochterunternehmen des amerikanischen Petroleumtrusts geschlossen hat. Die Deutsche Bank ist aus der Deutschen Erdöl-Aktien-Gesellschaft ausgetreten.

Der Rodelfeller-Trust und die Deutsche Erdöl-Aktien-Gesellschaft wollen offenbar weiter zusammengehen und einen möglichst hohen Verkaufspreis für sich herauschlagen. Die vornehmlich an der rumänischen und auch russischen Petroleumindustrie interessierten Banken unter Führung der Deutschen Bank, die noch in letzter Stunde ihre Beziehungen zu der in Galizien und Rumänien arbeitenden Erdöl-Aktien-Gesellschaft gelöst hat, hoffen dagegen mehr zu gewinnen, wenn sie sich sofort der Regierung zur Verfügung stellen. Schon seit mehreren Jahren treten rumänische Petroleuminteressen (darunter Generaldirektoren der Gesellschaft Steana Romana) für ein staatliches Handelsmonopol ein.

Zur Versorgung des deutschen Marktes sind unbedingt alle Produktionsgebiete nötig. Im Jahre 1911 entfielen von der Gesamteinfuhr von Leuchtpetroleum in Höhe von 47,14 Millionen Mark auf die aus den Vereinigten Staaten 38,4 Millionen, aus Oesterreich-Ungarn 5,7 Millionen, aus Rumänien 2,2 Millionen und aus Rußland 0,7 Millionen Mark. Die gestrige Börse nahm den Plan des Reichsmonopols mit Kurserhöhungen für Petroleumaktien auf. Die rumänische Steana Romana stieg um 4½, die russische Naphtha-Nobel-Gesellschaft um 7, Deutsche Erdöl-Aktien-Gesellschaft um 15 Proz. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß sich gestern alle Werte (um 3 bis 4 Proz.) von den vorhergehenden schwarzen Tagen erholten.

Die Enteignung.

Die Ungeschicklichkeit der preussischen Regierung geht ins Grenzenlose. Gerade jetzt, wo Europa auf einem Vulkan ruht, soll das Enteignungsgesetz gegen die Polen angewendet werden. Schon die „Germania“ hatte auf die Mißbilligung hingewiesen, die diese schlimmste Maßregel der preussischen Polenpolitik bei den verbündeten Oesterreichern hervorrufen müßte, und die „Königliche Volkszeitung“ unterstreicht diese Warnung. Die Anwendung des Enteignungsgesetzes sei Wasser auf die Mühle der bittersten Feinde Deutschlands. Und es sei unglaublich, daß der Paragraph, der 4½ Jahr lang nur auf dem Papier gestanden hätte, gerade jetzt propagandistische Realität werden sollte.

Die preussische Politik wandelt in der Tat wunderbare Wege. Sicherlich hatte es tiefere Ursachen, daß die Polen für die Finanzreform des Schnapsblocks stimmten. Doch ihrer agrarischen Reigungen dürfte das nicht ohne bestimmte Zusicherungen geschehen sein. Sicher ist jedenfalls, daß die polnische Landtagsfraktion im Jahre 1910 hauptsächlich deshalb für die Erhöhung der Akzondotation um 3½ Millionen M. eintrat, weil ihr von Kreisen, die die Anführer und Absichten der Regierung genau zu kennen glaubten, die beruhigendsten Versicherungen gegeben worden waren. Als Dank dafür sollen nun die Polen expropriert werden, soll sogar der Besitz polnischer Abgeordneter enteignet werden, die für die Erhöhung der Akzondotation gestimmt hatten!

Die „Königliche Volkszeitung“ versucht es, den Agrariern vor den Konsequenzen der Enteignung bangen zu machen. Mit der Enteignung polnischer Großgrundbesitzer beginne man, und die Aufteilung des Großgrundbesitzes überhaupt werde das Ende sein. In der Weltgeschichte habe man schon eigentümliche Erfahrungen gemacht. Man werde vielleicht auch einmal enteignen, ohne dafür Entschädigung zu zahlen.

Vielleicht gelingt es dem Zentrum, die preussischen Junker doch noch gegen die Absichten der Regierung scharf zu machen. Mit vollem Herzen haben sie ja nie die polnische Koninkchenpolitik mitgemacht. Würde ihnen doch auch eine Anwendung des Enteignungsparagraphen den Profit schmälern, den sie bisher aus der künstlichen Wertsteigerung des Großgrundbesitzes durch die Ostmarkenpolitik hatten.

Eine neue Zuchtbandvorlage.

Wie die „Berl. Morgenpost“ mitteilt, soll bereits das von den industriellen und agrarischen Scharfmachern ersuchte „Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen“ von den zuständigen Regierungs-

stellen vorbereitet werden. Ein wegen Streikvergehens beurteilter Arbeiter in Dortmund erhielt, wie das Blatt berichtet, auf sein Ersuchen, ihm eine Abschrift von dem gegen ihn ergangenen Urteil auszufertigen, von der Staatsanwaltschaft den Bescheid:

„Auf das Schreiben vom 10. September 1912 wird Ihnen mitgeteilt, daß die Akten X. J. 3. 118-12 verhandelt sind.“

Man will wissen, daß die sämtlichen Streikakten, soweit die Verfahren erledigt worden sind, dem Justizministerium in Berlin eingereicht worden sind, und man glaubt daraus schließen zu sollen, daß die Streikurteile als Material für ein neues Arbeitswilligengesetz alias Zuchtbandvorlage verwandt werden sollen. Ob die Regierung Bethmanns, falls sie wirklich in dieser Zeit der gespanntesten internationalen Lage neue schwere innere Kämpfe heraufzubehämmern und den Reichstag mit einer neuen Auflage der verhärteten Zuchtbandbill zu belästigen für gut hält, bei der deutschen Volksvertretung Gegenliebe finden wird, erscheint mehr als zweifelhaft. Hat doch bekanntlich der Reichstag mit geradem erdrückender Mehrheit, zu der das ganze Zentrum gehörte, einen Antrag der Konservativen auf Vorlegung eines „Arbeitswilligen“ Gesetzes abgelehnt. Außer Deutsch- und Freikonservativen stimmten nur einige nationalliberale Scharfmacher dafür.

Agrarische Wahrheiten.

„Agrarische Wahrheiten“ unterscheiden sich von einfachen Wahrheiten ungefähr wie Schwarz von Weiß. Die schwarze Tat des Lebensmittelwuchers weiß zu waschen wird in einer agrarischen Flugschrift unternommen, die in Massenauflagen in das Volk geschleudert werden soll. Sie trägt den stolzen Titel: „Die Wahrheit über die Fleischnot“. Der Verfasser Hans Herzendorf versichert darin, durch laute Wahrheiten wolle die Schrift das Volk aufklären. Doch seinen agrarischen Wahrheiten haben erstens die Arbeiter überhaupt kein Recht, sich über Teuerung zu beklagen, und zweitens verschuldet nicht die agrarische Wirtschaftspolitik, sondern allein der Großhandel das ungebührliche Steigen der Preise.

Den Arbeitern bestreiten die Agrarier das Recht zu klagen, weil angeblich ihre Löhne viel mehr gestiegen sind als die Preise der Lebensmittel. In der „Wahrheits“-Flugschrift werden nämlich die Löhne der Bergarbeiter aus dem Jahre 1887 mit denen aus dem Jahre 1907 in Vergleich gestellt. 1887 hatte bekanntlich eine scharfe Krise die Löhne auf den niedrigsten Stand in den letzten 40 Jahren heruntergebracht, 1907 hob sie eine selten gute Konjunktur in Verbindung mit einer empfindlichen Teuerung auf das höchste Niveau. Nach 1907 sanken dann die Löhne wieder allgemein, während die Lebensmittelpreise seit 1909 fast ununterbrochen weiter gestiegen sind. Welchen Schwankungen die Löhne in den letzten 40 Jahren unterworfen waren, zeigen folgende Angaben nach den Geschäftsberichten der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft.

Es verdiente der Bergmann pro Schicht:

Jahr	1873	1887	1907	1909
Mark	4,41	2,97	5,09	4,76

Es ist also durchaus begreiflich, warum die agrarischen Wahrheiten mehr mit den Löhnen aus den Jahren 1887 und 1907 operieren, die anderen schamhaft verschweigen.

Nachdem dieserart eine enorme Lohnsteigerung konstatiert worden ist, zeigt man andererseits eine minimale Steigerung der Lebensmittelpreise. Wer sich einbildet, bei der Ermittlung der Preisveränderung exemplifiziere man in der Schrift auf dieselben Jahre wie für die Lohnangaben, der kennt die agrarische Wahrheitsliebe nicht. Flugs bringt man für einige Waren die Preise aus dem Jahre 1895 mit denen von 1908 in Vergleich, und siehe da, die Preise sind weniger gestiegen als die Löhne. Die Preise sind höchstens um 25 Proz., die Löhne um 50-100 Proz. gestiegen. Das ist das agrarische Dagegenmahl, mit dem man die Teuerung aus der Welt rechnet, den Arbeitern den Hunger wegdisputieren will.

Eine offiziöse Mahnung an rücksichtslose Unternehmer.

Die „Nordd. Allgem. Zeitung“ gibt folgende Mahnung:

„Arbeitgeber, die ausländische Arbeiter beschäftigen, werden von der Deutschen Arbeiterzentrale darauf aufmerksam gemacht, daß sie den Arbeitern bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses unter allen Umständen die Heimatspapiere, die ihnen zur Aufbewahrung übergeben worden sind, zurückzugeben haben. Eine Einbehaltung dieser Papiere ist in jedem Falle rechtswidrig und zieht leicht finanzielle Verluste nach sich, da die Arbeitgeber für jeden aus der Zurückbehaltung der Papiere erwachsenen Schaden haftbar gemacht werden können.“

Sieg der russischen Sozialdemokratie in der Arbeiterkurie.

Das Bestreben der russischen Regierung, die Arbeiter bei den Dumawahlen von der übrigen Bevölkerung dadurch fernzuhalten, daß sie sie in eine besondere Arbeiterkurie sperrte, die nur in 6 Gouvernements je einen Arbeiterabgeordneten in die Duma entsendet, hat die Wahlaufgaben der russischen Sozialdemokratie als der Vertreterin der Arbeiterkurie in dieser Kurie außerordentlich vereinfacht. Schon die Wahlen für die vorhergehenden Dumen haben gezeigt, daß keine Partei die Stellung der Sozialdemokratie in der Arbeiterkurie streitig zu machen vermag. Selbst vor den jetzigen Wahlen, die durch ihren ungezügelteren Terrorismus alle bisherigen Gewaltmittel und Wahltricks der Herrschenden in den Schatten stellen, hat die Regierung sich in einem Geheimzirkular des Ministeriums des Innern zu dem Geständnis gezwungen gesehen, daß die bisherigen Wahlen in der Arbeiterkurie stets die Vorherrschaft der Sozialdemokratie ergeben haben. Um diesem Uebelstande abzuhelfen und der „wohlgesinnten Mehrheit der Arbeiterschaft“ die Möglichkeit zu geben, sich dem „Druck“ der sozialdemokratischen Elemente zu entziehen, empfiehlt dieses selbe Rundschreiben den örtlichen Behörden, ihrerseits einen solchen Druck auf die Arbeiter auszuüben, daß den verhassten Sozialdemokraten auch die Mandate in der Arbeiterkurie entzogen werden. Als Mittel hierzu empfiehlt das Ministerium, keinerlei Reden, die nicht unmittelbar zur Probeur der Wahlen gehören, wie namentlich solche, die sich mit der Kritik der Regierung oder der Amtspersonen beschäftigen, auf den Versammlungen der Urwähler und in den Fabriken zuzulassen, den Vertrieb von Wahlzetteln zu verhindern usw. Andererseits wendet es sich aber auch an den „wohlgesinnten“ Teil der russischen Arbeiterschaft mit der Aufforderung, im Hinblick auf die ihnen großzügig gewährten 6 Mandate „keine Feinde der bestehenden Ordnung für die Duma zu wählen, sondern den regierungsfreundlichen Parteien bei den Wahlen ihre Stimme zu geben.“

Der bisherige Verlauf der Dumawahlen in der Arbeiterkurie hat, wie zu erwarten war, den Beweis erbracht, daß der rührsame Appell der Staatsstreikregierung bei der russischen Arbeiterkurie auch nicht den geringsten Anklang gefunden hat. Zwar haben die Behörden und mit ihnen zahlreiche Unternehmer die schändlichsten Mittel ausgedenkt,

um den Arbeitern durch Streikung ganzer Betriebe aus den Wählerlisten, durch zu späte Benachrichtigung der Wählermassen, durch die Verhinderung der Urwählerversammlungen usw. ihr kümmerliches Wahlrecht noch mehr zu beschneiden; zwar haben die Agenten der Regierung im Einklang mit dem oben erwähnten Geheimzirkular vielerorts die Urwählerversammlungen zu beaufsichtigen gesucht — der Erfolg war bloß der, daß große Massen der Arbeiter von den Wählerversammlungen ferngehalten wurden und ihr Wahlrecht nicht ausübten; der politisch regimäteste Teil der Arbeiter jedoch ist einmütig und geschlossen für die Sozialdemokratie eingetreten und hat in seiner überwiegenden Mehrzahl sozialdemokratische Bevollmächtigte gewählt. Nur in wenigen Orten (Drenburg, Baku usw.) hat die Boykottpropaganda der sozialrevolutionären Gruppen in der politischen Rückständigkeit der Arbeiterschaft einen dankbaren Boden gefunden. In den Zentren der Arbeiterbewegung (Petersburg u. a.) haben derartige Versuche keinen Anklang, mitunter sogar eine direkte Zurückweisung durch die Arbeiter gefunden.

Eine ungemein klägliche Rolle haben bei den Wahlen die vereinzelten Gruppen der edrussischen Arbeiter gespielt, für die das Rundschreiben des Ministeriums Propaganda gemacht hatte. In Swanowo-Bosnesensk, dem russischen Manchester, bekundeten die Schtrussen in ihren Flugblättern offen, daß sie jede Hoffnung aufgegeben hätten, die Arbeiter zu ihren Anschauungen zu bekehren. Ein furchtbares Strafgericht über sie hielten die Arbeiter der Brianski-Werke in Zetaterinoslaw ab, wo die Bande der edrussischen Volksverbändler mit dem Schloffer Dolgich an der Spitze jahrelang die Arbeiterschaft terrorisiert hatten. Der Korrespondent des Petersburger sozialdemokratischen Tagesblattes „Rutsch“ (Sonnenstrahl) schildert diese charakteristische Szene wie folgt: „Die Wahl der Arbeiterbevollmächtigten auf unseren Werken verlief glänzend. An der Versammlung nahmen 3481 Personen teil. Eine Reihe von Rednern sprach über die Bedeutung der Duma. Scharf kritisiert wurde das Wahlgesetz vom 16. Juni, dem das allgemeine Wahlrecht und eine souveräne Duma gegenübergestellt wurde. Viel wurde auch über die Notwendigkeit einer Arbeitervertretung in der Duma gesprochen. Als die Kandidatenfrage auftauchte, stellten die Schtrussen ihre Liste auf. Kaum hatte aber der Schriftführer die Namen dieser Kandidaten verlesen, als der donnernde Ruf von 3000 Kehlen ertönte: „Nieder mit ihnen! Wir brauchen sie nicht!“ Gewählt wurden einstimmig die sozialdemokratischen Kandidaten.“

Unter den Zeitungsmittellungen über die Parteizugehörigkeit der gewählten Arbeiterbevollmächtigten findet sich eine ganze Anzahl von „Progressisten“, „Parteilosen“, ja auch einige Nationalisten. Hierzu muß bemerkt werden, daß wohl nur die wenigsten von diesen Bevollmächtigten der Sozialdemokratie feindlich gegenüberstehen. Es sind schon Fälle bekannt geworden (Lugansk, Perm, Belostok u. a.), wo die Arbeiterbevollmächtigten verhaftet und gemahregelt worden sind. In anderen Orten forcht die Polizei nach der Parteizugehörigkeit der gewählten Bevollmächtigten. Daß deshalb aus den offiziellen Zeitungsnachrichten kein völlig klares Bild in dieser Hinsicht gewonnen werden kann, ist ohne weiteres klar. Das zweite Stadium der Arbeiterwahlen, die Wahl der Wahlmänner für die Gouvernementsparlamenten, wird in dieser Beziehung das Bild vervollständigen. Angesichts der Gefahr, daß auch nur ein feindlicher Wahlmann das Mandat der Arbeiterkurie der reaktionären Mehrheit der Gouvernementsparlamenten ausliefern kann, lautet die Losung unserer Genossen: „Keine Stimme für die Feinde der Arbeiterklasse! Wählt als Wahlmänner nur die Anhänger der Sozialdemokratie!“

Amerika.

Die Revolverkugel als Reklamemittel.

Roosevelt ist in seinem Jagen nach der Präsidentenwürde großes Heil widerfahren; seine schwachen Aussichten sind dadurch ausgebeßert worden, daß er den Wählern einen Mann, einen Verrückten, der nach den verlogenen Praktiken der Sensationspresse natürlich ein „Sozialist“, sein muß, hat auf den großen Demagogen ein Attentat verübt. Bei der strupelosen Art, mit der die Kämpfe um den Präsidentenstuhl geführt werden, ist freilich auch der Gedanke, daß es sich um bestellte Arbeit gehandelt hat, nicht ganz unmwahrscheinlich. Ueber das Attentat wird aus Milwaukee gemeldet:

Als Roosevelt Dienstag Abend sein Hotel verließ und eben sein Automobil besteigen wollte, um sich in eine Versammlung zu begeben, feuerte ein Sozialist (?) eine Kugel auf ihn ab. Durch den schweren Militärmantel und das Bündel Manuskripte in Roosevelts Tasche wurde die Kraft des Schusses abgeschwächt. Die Kugel blieb in den Brustgegenden der linken Brust stecken. Roosevelts Sekretär ergriff sofort den Attentäter, schlug ihn zu Boden und entriß ihm die Waffe. Roosevelt selbst bewegte sich kaum, als ihn die Kugel traf.

Ueber den Attentäter wird gemeldet:

Der Täter, der den Schuß auf Roosevelt abfeuerte, gab an, er heiße John Schrank und sei in Bayern geboren. Er ist anscheinend irrsinnig. In seinen Taschen wurden sinnlose Notizen gefunden, die Proteste gegen die dritte Präsidentschaftskandidatur Roosevelts enthielten. Der Geist McKinleys leite ihn. Es fanden sich auch die deutsch geschriebenen Worte: Ein feste Burg ist unser Gott.

Wie geschickt Roosevelt die Situation auszunutzen verstand, geht aus folgendem hervor:

In der Versammlung sprach Roosevelt, stürmisch begrüßt, über eine Stunde. Der Vorsitzende der Versammlung machte bekannt, daß Roosevelt eine Kugel im Leib habe. Roosevelt sagte: „Ich kümmere mich keinen Deut darum, ob ich angeschossen werde. Es ist schon mehr nötig, um einen „Clabullen“ zu töten. Ich habe jetzt eine Kugel in mir und kann keine lange Rede halten.“ Bei diesen Worten knüpfte er seine Weste auf und zeigte der Versammlung sein blutbesetztes Hemd. „Ich habe zu viele wichtige Dinge im Kopfe, um mich um den eigenen Tod zu kümmern. Keiner führte ein glücklicheres Leben als ich. Der Täter war ein Feigling. Er schoß auf mich in der Dunkelheit, als ich die Menge begrüßte. Es ist sehr natürlich, daß schwache verdröhte Gemüter zu Gewalttätigkeiten aufgereizt werden durch die schamhafte Verlogenheit und Beschimpfung, wie sie seit drei Monaten gegen mich angewendet wird von Seiten nicht nur der Wähler, die die Interessen des sozialistischen Kandidaten Debs vertreten, sondern auch von denen, die die Interessen Wilsons und Tafts vertreten.“

Aus alledem geht hervor, daß die „Bunde“ nur eine unbedeutende Schramme sein kann; sie genügt aber dem heldenhaften Kauhreiterobersten, um mit den Mitteln eines Schmierentourneurs gegen seine Konkurrenten Stimmung zu machen.

Gewerkschaftliches.

Das Erwachen der Privatangestellten.

Unter sehr starker Beteiligung fand am Sonntag in Mainz die Wahl der Vertrauensmänner und Erfahrmänner zur Angestelltenversicherung statt. Von den 1285 abgegebenen Stimmen fielen auf:

Freie Vereinigung	350 Stimmen
Kaufmännischer Verein	301
Weibliche Angestellte	217
Deutschnationale	103
Berkmeister und Grubenbeamte	115
Deutscher Technikerverband	109
Zusammen 1285 Stimmen.	

Von der Freien Vereinigung wurde als Vertrauensmann Jos. Engelmann und als Erfahrmann Paul Möller gewählt.

Dieses erste Wahlergebnis, das zu unserer Kenntnis kommt, ist ein für die Freie Vereinigung durchaus befriedigendes.

Berlin und Umgegend.

Die „Große Berliner“, die Hochbahn und die Teuerung.

Die Angestellten, Handwerker und Arbeiter der „Großen Berliner“ und der Hochbahn nahmen vor längerer Zeit Stellung zur Teuerung und beglückwünschten damit ihre Lohnverhältnisse. In den Versammlungen wurden Resolutionen angenommen, welche die Ermächtigung ausprechen, daß die Unternehmer baldigst eine Regelung der Lohnverhältnisse vornehmen möchten. Diesem Wunsche wurde allerdings nicht entsprochen. Die Arbeiter sahen sich nun veranlaßt, andere Wege einzuschlagen. So beauftragten die bei der Hoch- und Untergrundbahn Beschäftigten eine Kommission, die Wünsche der Angestellten vorzutragen. Die Kommission wandte sich auch sofort schriftlich an die Betriebsleitung, aber es sind nun 14 Tage vergangen, ohne daß die Kommission Nachricht erhalten hat. Es erweckt bald den Anschein, als ob die Hochbahngesellschaft glaubt, dadurch die Wünsche der Angestellten erledigt zu haben, indem sie befand, daß — noch billige Kartoffeln zu haben sind! Jedenfalls ist das Verhalten der Betriebsleitung nicht besonders „wohlwollend“ zu nennen. Auch die „Große“ scheint wenig Lust zu haben, ihren Angestellten in Bezug auf Regelung des Lohnes entgegenzukommen. Sie hüllte sich betriebsratlich in Schweigen. Als nun die Arbeiterausschüßmitglieder, soweit dieselben organisiert sind, schriftlich um Einberufung der Konferenz einluden, erhielten sie die prompte Antwort: Der Antrag sei erledigt zu betrachten, weil die Herbstkonferenz sowieso vor der Tür stehe.

Auch die „Große Berliner“ scheint die Ansicht zu vertreten, daß Ruhe die erste Bürgerpflicht ist. Sie hätte sich allerdings nichts vergeben, wenn sie den Tag der Konferenz sofort bekanntgegeben hätte. Selbst das ändert aber nichts an den bestehenden Tatsachen. Die Teuerung läßt sich nicht verwehren. Und andererseits steht fest, daß die Lohnverhältnisse beider Betriebe einer Regelung dringend bedürfen. Kögen sich genannte Gesellschaften drehen und wenden wie sie wollen, ins Portemonnaie müßten sie doch greifen, wenn nicht freiwillig, vielleicht dazu genötigt.

Die Tarifbewegung in der Goldbleichindustrie. In gut besuchter Branchenversammlung nahmen Montagabend die Vergolder einen Bericht über den Stand des Streiks entgegen. Westphal referierte und teilte mit, daß die Branchenleitung die nötigen Schritte unternommen habe, um die Unternehmer zur Anerkennung des Tarifes zu zwingen, resp. die bestehenden Differenzen zu erledigen. Da alle Verhandlungen bisher ergebnislos verliefen, wurde bekanntlich zunächst in drei Betrieben die Arbeit niedergelegt. Die Unternehmer haben sich nun gewaltig entzweit und das Rärschen verbreitet, die Vergolder unterschänden dem allgemeinen für die Goldindustrie geltenden Tarif, sie seien daher kontraktbrüchig geworden. Auch durch die Drohungen des Herrn Kahardt, daß es unzulässig sei, in einen Streik zu treten, habe man sich nicht einschüchtern lassen, sondern von dem guten Recht der Arbeitsniederlegung Gebrauch gemacht. Am Sonnabend habe eine Vorhändlungskonferenz stattgefunden, aber auch hier haben sich die Unternehmer der Diktatur des Herrn Kahardt unterworfen und abgelehnt, die 50stündige Arbeitszeit vertraglich festzulegen. Am Montag wurde deshalb in weiteren acht Betrieben die Arbeit niedergelegt und stehen bisher etwa 350 Vergolder im Streik. In den nächsten Tagen soll den Unternehmern ein Tarifentwurf zur Unterschrift vorgelegt werden und wird es an ihnen liegen, ob der Streik beendet wird oder eine weitere Ausdehnung erfährt. Wenn die Arbeiter wie bisher einmütig hinter den Beschlüssen der Organisation stehen, werden die Unternehmer sich nicht länger mehr den berechtigten Forderungen widersetzen können. Gestreikt wird gegenwärtig bei den Firmen Kubitz u. Jämsberg, Bartels, Adolf Berkmeister, Neumann u. Hennig, Leonhardt, Wolff, Schmidt, Minke, Viezing, Gummerschach und Kutenberg. In allen Zwischenmeisterbetrieben, in denen für die bestreikten Firmen gearbeitet wird, muß die Arbeit strikte verweigert werden. — In der sich dem Situationsbericht anschließenden Diskussion wurde Klage geführt über verschiedene Mißstände in einigen Betrieben. Den Wohnräumen der Branchenleitung wurde allseitig zugestimmt.

Die Christlichen auf dem Mitgliederfang.

Die Verarbeit der christlichen Gewerkschaften beschränkt sich, obgleich sie sich „interkonfessionell“ nennen, im wesentlichen doch auf die rüchständigen katholischen Gegenden. Einige Berufe, deren Angehörige von der gewerkschaftlichen Idee noch wenig erfaßt sind, machen hiervon eine Ausnahme; hierzu gehören die Gastwirtschaftlichen. In Berlin hat, wie wir kürzlich berichteten, der christliche Kellnerverband nach heiligem Rähen eine Anzahl kleiner Lokaler, einzeln zum Uebertritt zu bewegen gemüht. Es sind das aber durchaus unbedeutende Antoniken, die lediglich für die Frage des Arbeitsnachweises Interesse haben. Um sie zu gut christlichen Gewerkschaftlern zu machen, waren kürzlich die christlichen Gewerkschaftssekretäre Weder und Streiter ausgesprochen; sie hatten sich den Vorsitzenden des christlichen Kellnerverbandes aus Hannover kommen lassen, den sie nun zunächst auf die Anwesenden — etwa 40 Leute — losließen. Dieser und nach ihm die zwei Sekretäre eröffneten eine wahre Schimpfkanonade auf die freien Gewerkschaften und auf die Sozialdemokratie. Dabei kam es auf sonderliche Unrichtigkeiten nicht an; hier bei diesen ahnungslosen Versammlungsbesuchern konnten sie sich schon etwas leisten. In den sozialdemokratischen Kontumvernein mühten die Lagerhalter und Lagerhalterinnen einen schmerzlichen Kampf zur Erreichung höherer Löhne führen; durch den niedrigen Lohn, den die weiblichen Angestellten in den Kontumvernein erhielten, würden diese direkt der Prostitution in die Arme getrieben. Der Verband der Gastwirtschaftlichen schäme Streiks nur aus agitatorischen Gründen; das habe der Hamburger Cafékellnerstreik im Jahre 1910 bewiesen und das Beweise auch die Bewegung in Berlin. Positive Arbeit habe der Verband überhaupt noch nicht geleistet, es käme ihm nur darauf an, viele Mitglieder zu werben, die er dann ihrem Schicksal überlasse.

Nicht alle der Anwesenden nahmen diese Schimpfereien ruhig hin; es kam zu erregten Aufrufen, die Verhandlungen müßten zeitweilig unterbrochen werden. Nach Herrn Schaar, dem Vorsitzenden des christlichen Kellnerverbandes, kamen die Herren Arbeitersekretäre zum Wort. Derselbe haben, nur eine andere Nummer; sie suchten ihren Vordredner im Schimpfen fast noch zu übertreffen. Die Herren warnten vor der Errichtung eines partikularistischen Arbeitsnachweises für das Gastwirtschaftgewerbe. Diese steht bekanntlich in sicherer Aussicht und wer die Verhältnisse im Gastwirtschaftgewerbe kennt, der weiß, daß der öffentliche

Arbeitsnachweis das geeignetste Mittel bildet, die skandalösen Zustände, wie sie heute durch die gewerkschaftliche Stellenvermittlung namentlich im Gastwirtschaftgewerbe noch herrschen, zu beseitigen. Und davon wollten die christlichen Arbeitersekretäre die Gastwirtschaftlichen abhalten, lediglich deshalb, um durch Errichtung eines Verbandes Arbeitsnachweises eine Anzahl Leute vom Uebertritt zur gewerkschaftlichen Organisation fernzuhalten. So tragen sie die Zersplitterung in die Reihen der Arbeiterschaft hinein. Auf lange wird es ihnen aber auch in diesem Verufe nicht gelingen!

In dem Konflikt im Schultzehausmarkt Neue Jahobstr. 24/25 ist mitzuteilen, daß neue Verhandlungen zwischen dem Oekonomien und dem Verband der Gastwirtschaftlichen stattgefunden haben. Die Verhandlungen endeten mit einem günstigen Vertragsabschluss. Die entlassenen Kellner und Hausdiener sowie auch das weibliche Personal, welches sich aus Solidarität der Bewegung angeschlossen hatte, sind sämtlich unter neuen Bedingungen wieder eingestellt. Verband der Gastwirtschaftlichen, Ortsverwaltung Berlin I.

Deutsches Reich.

Der Streik der Treibriemenfabrik der Zweigfabrik der Berliner Treibriemenfabrik Schwarz u. Co. in Fürstenwalde dauert unverändert fort. In bürgerlichen Zeitungen wird die Schauermär verbreitet, daß organisierte Sattler einen jetzt noch dort beschäftigten Sattler, früheren Meister in Schlefien, überfallen und mißhandelt hätten. Eine Klage wegen Körperverletzung soll gegen die Uebelthäter schon eingeleitet sein. Tatsache ist, daß keiner der Streikenden an einem solchen Ueberfall beteiligt gewesen ist, noch ist bis jetzt gegen einen der streikenden Arbeiter ein Strafverfahren eingeleitet.

Die Firma sucht den Glauben zu erwecken, als wären die ausständigen Arbeiter von ihr entlassen worden. Wahr ist, daß die Sattler in der Abwehr gegen die fortwährenden Entlassungen ihrer Vertrauenspersonen die Arbeit einmütig eingestellt haben; nur 2 von 32 Beschäftigten sind im Betrieb stehen geblieben. Die Firma hat seit langem versucht, ihre billigen Arbeitskräfte aus Schlefien zu beziehen. Durch die Maßnahmen der Organisation sind diese Quellen angeschlossen verriegelt. Jetzt werden die Zeitungen anderer Landesteile mit Inseraten überschwemmt. Da diese Arbeitsgelder von Berliner Hauptgeschäft und auch direkt von dem Fürstenwalder Betrieb ausgehen, ist die allgeröchteste Vorsicht bei Arbeitsangeboten zu beobachten. Beide Betriebe sind für Treibriemenfabrik und Hilfsarbeiter gesperrt.

Schwarze Listen.

Daß die schwarzen Listen als terroristische Waffe des Unternehmertums lustig im Schwange sind, beweist das nachstehende von der Firma Schütz in Burgzen an Leipziger Firmen versandte Schreiben:

„Vertraulich! Burgzen i. S., den 7. Oktober 1912.

Firma . . . Leipzig-Königsplatz . . .

Hierdurch teile ich Ihnen mit, daß bei mir heute der Streik ausgebrochen ist.

Ich bitte Sie, mich dadurch zu schützen, daß Sie bis auf Widerruf keine von Burgzen kommenden Arbeiter in Ihrem Betrieb einstellen.

Verzeichnis der in Ausstand getretenen Arbeiter lasse ich morgen folgen.

G. A. Schütz.“

Dieser Anklündigung hat die Firma auch die Tat folgen lassen und eine Liste mit 24 Namen verschickt. Ein Teil der Namen ist mit einem Stern versehen. Darüber besagt die Liste:

„Die mit einem Stern bezeichneten Arbeiter sind vorläufig nicht in den Streik getreten, es ist jedoch anzunehmen, daß ein Teil derselben den Streik noch mit aufnehmen wird. Es wird daher gebeten, alle von Burgzen zugehenden bezw. bei der Firma G. A. Schütz-Burgzen zuletzt gemeldeten Arbeiter nicht einzustellen.“

Obendrein sind die Entlassungsliste mit einem Mg. gezeichnet, was bedeutet: „Mitgestreikt“. Daß das Gesegensbretterung ist, kümmert natürlich die Firma nicht. Es ist aber schon ein Trupp von 75 Hingegardisten eingetroffen, die mit Bier, Zigaretten usw. bewirtet werden, während man die geringen Forderungen der Arbeiter ablehnt. Wenn es nun auch in Burgzen zu Schleichereien und Stechereien kommt, schreit die Schorfmachepresse natürlich wieder über sozialdemokratischen Terror, den in Wirklichkeit, wie hier gezeigt, die Unternehmer treiben.

In der Rafffabrik Erbe, Aktiengesellschaft, Schmalzalden i. Th., die 400 Arbeiter beschäftigt, sind Differenzen ausgebrochen. Die Firma beantragte die Wünsche der Arbeiter nach Abschließung eines Tarifvertrages mit Ockrobierung von dreifünftigen Akkordfähigkeiten für jugendliche, junge und ältere Arbeiter. Sie glaubte wohl, damit eine Ueinstigkeit der Arbeiter herbeiführen zu können, erlebte jedoch das Gegenteil. Die Arbeiter der Polierabteilung lehnten die Annahme so unmöglicher Arbeitsbedingungen ab und reichten die Kündigung ein. Am Sonnabend war die 14stägige Frist abgelaufen, worauf 60 Polierer und ebensovielen andere Arbeiter des Betriebes aufhörten. Die Firma sucht jetzt Arbeitswillige. Polierer aus Alpakka, Aluminium- und Silberbesetzer wollen Stellenangebote aus Schmalzalden ablehnen.

Streik der Münchener Elektromonteur.

Die bei den Münchener Installationsfirmen beschäftigten Monteur- und Hilfsmonteur sind in eine Tarifbewegung eingetreten. In der Verhandlung vor dem Einigungsamt weigerten sich die Unternehmer zunächst, in voller Öffentlichkeit zu verhandeln, ohne dieses eigentümliche Vorgehen näher zu begründen. Um die Verhandlungen nicht im vorneherein scheitern zu lassen, willigten die Vertreter der Organisationen in diese Maßregel ein. Die vierstündige Sitzung drehte sich zunächst um Anerkennung der Organisation. Die Unternehmer weigerten sich, vermutlich auf Weisung des Metallindustriellenverbandes, mit den Organisationsvertretern in Verhandlungen einzutreten und verlangten, daß eine Lohnkommission aus der Allgemeinheit der Elektromonteur gewählt werde. Man einigte sich schließlich dahin, eine Versammlung einzuberufen, wo die Lohnkommission gewählt wird, mit der sie dann in Unterhandlungen eintreten wollen, wobei die Organisationsvertreter als Berater teilnehmen können. Die Unternehmer verpflichteten sich, ihre Leute in diese Versammlungen zu schicken und ihnen Legitimation auszustellen.

München, 15. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern der elektrotechnischen Installationsfirmen in München haben zu keiner Einigung geführt. Sämtliche Elektromonteur Münchens haben daher die Arbeit niedergelegt.

Jugendbewegung.

Die militaristische Verführung der Jugend.

Am Sonntag, den 18. Oktober, veranstaltete der Ausschuss für Jugendpflege im Kreise Niederbarnim des Jung-Deutschland-Bundes ein Kriegsspiel bei Schönwalde i. N. mit der Idee: „Die Schlacht bei Jorbellen“. Das Gange stand unter Leitung höherer Offiziere; selbstverständlich hatten sämtliche in Frage kommenden Behörden liebevoll die ganze Veranstaltung protegiert. So konnte es denn auch nicht ausbleiben, daß der Ort Schönwalde Ehrenforten gebaut hatte, daß selbst Militärmusik aufgeführt war, um der Sache die rechte Würde zu geben. Mittags war dann das große Festessen, zu der die Kognakgesellschaft von ihren Fabrikanten gesendet hatte, jedenfalls, um sich in empfehlende Erinnerung zu bringen. Auch konnten an diesem Tage die Geschäftsleute bis 6 Uhr abends ihre Waren feil halten. Damit vergleiche man die Verfolgungen und Kadelnsche, mit denen die Arbeiterjugend bedacht wird.

Verfammlungen.

Deutscher Bauarbeiterverband. Die Gips- und Zementbranche hielt am Montag ihre Generalversammlung ab. Gaeße erstattete den Geschäftsbericht vom 3. Quartal, aus dem hervorgeht, daß die Konjunktur in der Gipsbranche zum Teil gut, zum anderen Teil jedoch ungünstig war. Im Betongewerbe konnten alle einschlägigen Arbeiter untergebracht werden, und abgesehen von einzelnen Tagen, an denen ausgebeugt werden mußte, war eine längere Arbeitslosigkeit nicht zu verzeichnen. Eine bemerkenswerte Erscheinung ist der außerordentlich starke Zugang von Arbeitskräften aus den östlichen Gegenden, der von Jahr zu Jahr im Zunehmen begriffen ist. In verschiedenen Stadtgegenden hat sich nach und nach die Sitte herausgebildet, sogenannte „Morgensprachen“ an den Sonntagvormittagen abzuhalten, die, wie Gaeße betonte, weiter nichts seien, als eine regelrechte Vermittlung von Arbeitskräften. Der Branchenverband habe sich damit beschäftigt und empfehle dringend, diese Art der Umgehung des Arbeitsnachweises zu vermeiden. Des weiteren teilte der Referent mit, daß sich eine „Polnische Berufsvereinigung“ gebildet hat, die auf den Separatismus hinarbeite. Den polnischen Berufsgenossen müsse klar gemacht werden, daß sie als Arbeiter in die einzig zuständige Organisation, in diesem Falle der Deutsche Bauarbeiterverband, gehören, zumal ihnen beim Uebertritt die gezahlten Beiträge angerechnet werden. Die Leiter dieser polnischen Sonderorganisation hätten ihm, Gaeße, erklärt, daß sie bei der nächsten Tarifbewegung als Vertragskontrahenten angesehen sein wollten. Referent betonte ausdrücklich, daß dieses Ansuchen rundweg abgeschlagen werden würde. Wie Referent ferner noch mitteilte, hat der Vorstand die Ausarbeitung eines Akkordtarifs für die Gipsbranche in Angriff genommen. An die Berichtshaltung knüpfte sich eine rege Aussprache, in der besonders die Arbeitsverhältnisse auf den einzelnen Baustellen besprochen wurden. In seinem Schlußwort ermahnte der Referent die Anwesenden, beim Ueberwerden von Mißständen sofort die Organisationsleitung davon zu benachrichtigen.

Am 8. Dezember findet eine Gaulkonferenz statt, die Stellung zu der in Aussicht genommenen Erwerbslosenunterstützung nehmen wird, die eine vollständige Umwälzung in den Tendenzen des Bauarbeiterverbandes herbeiführen, jedoch an dessen Charakter, als Kampfsorganisation nichts ändern wird. Ferner ist in Vorschlag gebracht, Jugendsektionen einzuführen, worüber die Gaulkonferenz ebenfalls befinden soll. Als Delegierte zur Gaulkonferenz werden vorgeschlagen: D. Gaeße, R. Gohle, R. Grundmann und Adolf Krömer.

Die Lage auf dem Balkan.

Ein Optimist.

Berlin, 15. Oktober. Bei dem Bankeit, das heute die Aeltesten der Kaufmannschaft in den Börsensälen zu Ehren der zurzeit hier tagenden Internationalen diplomatischen Ausstellungenkonferenz veranstalteten, brachte der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, von Kiderlen-Waechter, einen Trinkspruch aus, in dem er nachsichende, von hartem Optimismus zeugenden Worte einflößt: „Meine Herren! Ihre ernste Arbeit, bestimmt, auf einem wichtigen Gebiet verschiedenartige Interessen zu versöhnen, begrüße ich um so mehr als ein glückliches Omen, als sie in einen Zeitpunkt fällt, in dem in einem Teile Europas widerstreitende Interessen den Frieden zu stören drohen, zum Teil schon gestört haben. Es ist aber gerade ein Zeichen für die immer mehr die Welt umspannende Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen, daß auch noch so entfernte Störungen der Ordnung überall einen gewissen Rückschlag hervorrufen. Die Folgen solcher Rückschläge lassen sich mit Ruhe und Besonnenheit nicht nur vermindern, sondern auch beseitigen. So wird auch das von Ihnen begonnene Versöhnungswerk von den Vorgesängen im Selbstem nicht gestört werden, denn wir haben alle die feste und begründete Ueberzeugung, daß keiner der Staaten, die heute hier vertreten sind, in direkte Mitschuldhaft gezogen werden wird. So sehr wir die jetzt drohenden oder eingetretenen Friedensstörungen bedauern, und so sehr die Mächte bemüht waren, sie hindanzuhalten, so mußte doch seit geraumer Zeit mit ihrer Möglichkeit gerechnet werden. Es hatten daher die Mächte alle Zeit, sich über Beschränkung der Störungen auf ihren Heerd zu verständigen. Das ist bisher geschehen und gelungen, und bei dem allseitigen guten Willen wird es auch weiter gelingen, ein Ueberspringen des Brandes auf die Nachbargebäude zu verhüten und die etwa notwendig werdenden Aufräumungs- und Wiederherstellungsarbeiten auf der Brandstätte in friedlichem Einverständnis zu vollziehen.“

Französische Auffassungen.

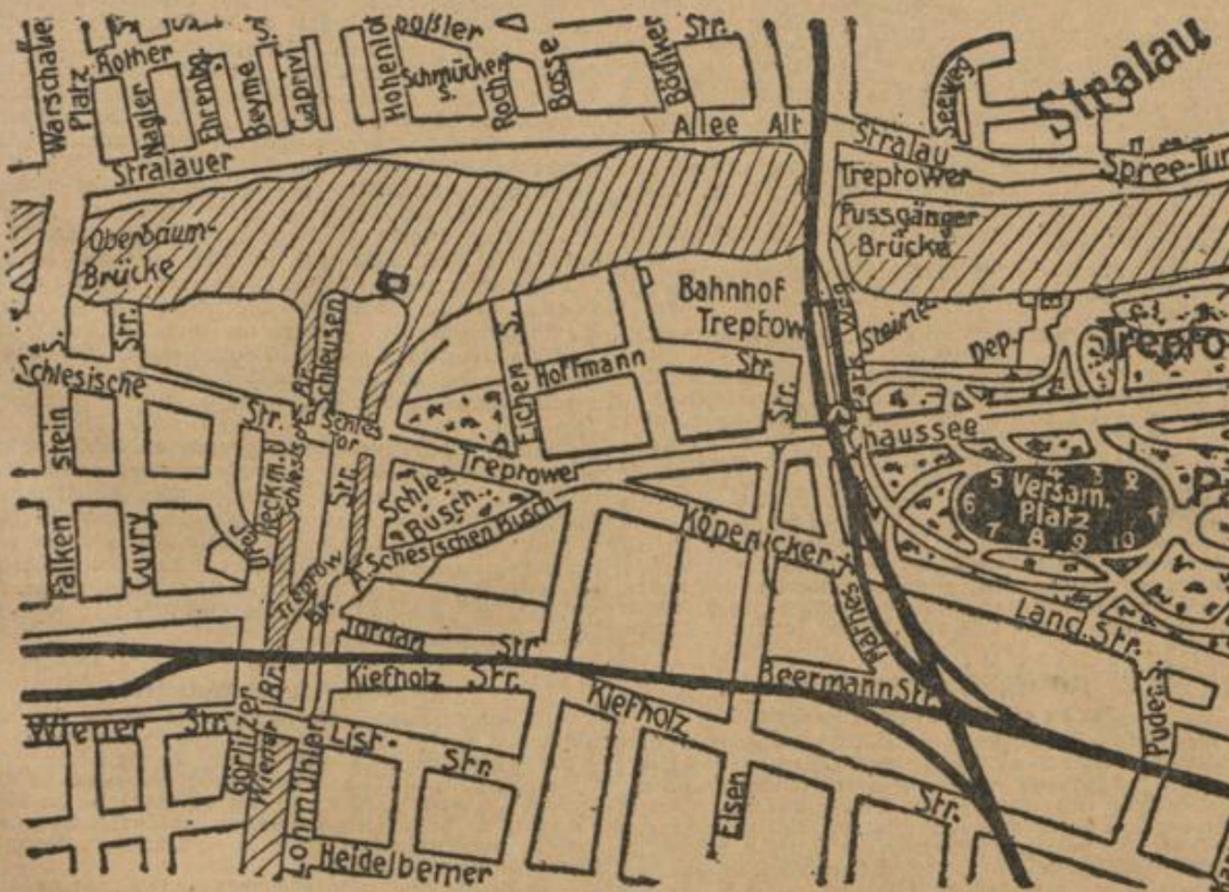
Paris, 15. Oktober. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Der „Temps“ veröffentlicht Aeußerungen des griechischen Gesandten Romanos über die gestrige Rede Venizelos. Der von diesem proklamierte Uebergangszustand unterscheidet sich vom Statusquo, den die Mächte wünschen, nur durch die Zulassung freier Deputierter zur griechischen Kammer. Das sei eine innere Angelegenheit Griechenlands. Seit 1897 hätte die Türkei keine Rechte in Aetia. Die Mächte hätten die Ausschließung freier Deputierter von der Verwaltung immer nur aus Vorsichtsgründen gefordert, die nicht mehr bestehen.

Aus Belgrad wird gemeldet, daß der serbische Kriegsplan keine Angaben über Operationen im Sandsthal enthalte. Eine Petersburger Meldung besagt, daß gestern der österreichische Vorkämpfer mit Sazonow konferierte, den die österreichische Haltung befriedigte. Der „Temps“ erklärt, nach von ihm eingeholter Information habe Poincaré kein Konferenzprojekt formuliert; das wäre noch berührt. Die Regierung begnüge sich damit, den Kontakt zwischen den Staatsansleien aufrecht zu erhalten. Aus Duhay wird mitgeteilt, daß die Türkei nicht mehr darauf bestünde, das Protokoll der Kammer zu unterbreiten. Damit gilt der Abschluß der Präliminarien als gesichert. „Journal des Debats“ ist der Meinung, daß das internationale Statut eine absolute Vertretung Aetias in der griechischen Kammer einschließe. Tatsächlich proklamierte aber der griechische Ministerpräsident gestern die Zulassung der Vertretung, wobei er seinen Respekt vor den Großmächten betonte, deren Beschlüsse offen verlegt seien.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Konstantinopel, 15. Oktober. (Meldung des Wiener N. N. Telegr.-Korr.-Bureau.) Die Worte hat beschlossen, ihre Gesandten in Sofia, Belgrad und Athen mit ihrem Personal abzuziehen und nur einen Sekretär zur Bewachung der Archive zurückzulassen. Die Maßnahme wird für Sofia und Belgrad damit gerechtfertigt, daß Bulgarien und Serbien die bekannte Note übermitteln, für Athen damit, daß Griechenland in der Kammer die kritischen Abgeordneten zuließ. Der türkische Minister des Aeußeren verließ auf einen Augenblick den Ministerrat, um den drei Gesandten zu telegraphieren, daß sie die drei Hauptstädte verlassen sollten. Der griechische Minister des Aeußeren telegraphierte an den türkischen Minister des Aeußeren Noradunghian und ersuchte ihn, dem türkischen Gesandten in Athen Anweisung zu geben, die zurückgelassene Note anzunehmen. Noradunghian antwortete, Griechenland könne die Note durch seinen Gesandten in Konstantinopel überreichen lassen.

Der Aufmarsch am Sonntag.



Die Demonstration am Sonntag, den 20. Oktober 1912, findet wieder auf dem großen Platz im Treptower Park. Die Aufstellung geschieht in folgender Weise:

- Tribüne I: Nieder-Barnim.
- II: 4. Kreis (Ost).
- III: 4. " (Südost).
- IV: 6. " (Schönhauser, Rosenthaler Vorstadt u. Gesundbrunnen).
- V: 6. " (Wedding, Draniensburger Vorstadt und Moabit).
- VI: 1. und 5. Kreis.
- VII: 2. Kreis.
- VIII: 3. "
- IX: Neukölln.
- X: Teltow-Beeskow, mit Ausnahme von Neukölln.

Diese 3 Kreise schwenken von der Treptower Chaussee aus nach ihrem Standort ein.

Diese 5 Kreise schwenken von der Köpenicker Landstr. aus nach ihrem Standort ein.

Auskunft wird bei Tribüne IV erteilt. Dort befindet sich die Zentralstelle.

Der Beginn der Versammlung ist pünktlich 1 Uhr. Die Abstimmung über die Resolution erfolgt pünktlich 2 Uhr.

Die Genossen und Genossinnen versammeln sich in den von den Bezirksführern angegebenen Lokalen und marschieren von dort unter der Leitung des Bezirksführers so rechtzeitig ab, daß sie spätestens 1/1 Uhr auf ihrem Standort in Treptow eintreffen. Diezüge benutzen auf dem Anmarsch soweit wie möglich die Chaussee, damit das Durcheinander auf dem Platz vermieden wird. Der Rückmarsch erfolgt in derselben Weise wie der Hinmarsch. Fahnen, Plakate oder dergleichen Abzeichen dürfen nicht mitgeführt werden.

Die Ordner, an einer roten Armbinde kenntlich, haben die Verantwortung für die Aufrechterhaltung der Ordnung während der ganzen Veranstaltung. Wir rechnen darauf, daß unsere Ordner in der taktvollsten und höflichsten Art die zum glatten Verlauf nötigen Weisungen erteilen.

Unsere Genossen bitten wir, die Anpflanzungen auf dem Platz sorgfältig zu schonen. Weiter bitten wir dringend, nach Schluß der Demonstration von jeder weiteren Aktion Abstand zu nehmen, es liegt im Parteinteresse, daß wir wieder Zeugnis ablegen für unsere schon oft anerkannte Disziplin. Jedes nachherige Herumziehen kleinerer Trupps durch die Straßen Berlins hat unbedingt zu unterbleiben.

Parteigenossen und -genossinnen! Männer und Frauen des arbeitenden Volkes! Keiner fehle bei der Demonstration am Sonntag!

In vielen hundert Versammlungen forderte das arbeitende Volk Preußens seine staatsbürgerliche Gleichberechtigung und ein freies Wahlrecht. Die Regierung schweig bis her und schweigt weiter trotz des gegebenen Königswortes. — Die große Masse des Volkes hungert und die Regierung schafft keine Abhilfe des Notstandes. Da bleibt dem arbeitenden Volke nur übrig, seine Stimme in der Öffentlichkeit zu erheben. Darum, Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins, erhebt alle und erhebt Protest gegen die infame Bucherpolitik, gegen eure politische Rechtlosigkeit. Erhebt auch Protest gegen die geradezu frivole Art, wie ein Krieg heraufbeschworen, der leicht einen Weltbrand entfesseln kann.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

J. A.: Eugen Ernst, Liesenstr. 16.

Die Volksschulreform in Sachsen.

Seit fünf Jahren steht die Volksschulreform auf der Tagesordnung des öffentlichen Lebens in Sachsen. In erster Linie hat die sozialdemokratische Partei durch eine lebhaft propagandistische Tätigkeit die Angelegenheit in Fluß erhalten und nach vorwärts gedrängt. Aber auch die im Schulwesen fortschrittlich gesinnten sächsischen Lehrer, deren maßgebende Vertretung der Sächsische Lehrerverein ist, fordern seit Jahren dringend ein neues Schulgesetz mit radikalen Reformen. Soweit die sozialdemokratischen Forderungen nicht weiter gehen, decken sie sich vielfach mit denen der Lehrer. Das charakterisiert die Sozialdemokratie als Partei, die Lehrer aber als moderne Schulmänner. Die Reaktionen jedoch benutzen diesen Umstand dazu, die Lehrer als Verbündete der Reaktionen zu demagogisieren. Das Lehrblatt nahm demgegenüber den einzig richtigen und sich abweisenden Standpunkt ein: die Lehrer nehmen das Gute, ohne zu fragen, von wem es kommt. Die Schulbehörden und die Regierung aber maßregeln und disziplinieren eine Anzahl Lehrer in Dresden, Leipzig, Plauen

und Zwickau, weil sie in sozialdemokratischen Versammlungen das Wort zur Vertretung ihrer Interessen genommen, oder sich bei der Abstimmung über eine die sozialdemokratischen Forderungen enthaltende Resolution passiv verhalten, d. h. nicht dagegen gestimmt hatten! Ja, es kam in Dresden vor, daß Lehrer gerüffelt wurden, weil sie sich dagegen aussprachen, daß der Direktor der Schule eines ausgesprochenen Arbeiterviertels Elternabend zum Kampf gegen die Sozialdemokratie mißbrauchen wollte. Einem Lehrer wurde deshalb sogar das Gehalt gesperrt! Diese unglaubliche Maßregel ist allerdings später wieder zurückgenommen worden und die Regierung war von vornherein reaktionär, zu grundlegenden prinzipiellen Reformen nicht geneigt; die Konservativen sind in dem Falle ganz Regierungspartei und beiden wird von den Direktoren sekundiert, die in der Sache in scharfem Gegensatz zu den meisten Forderungen der Lehrer stehen. Am meisten und heftigsten umstritten ist der Religionsunterricht. Die Lehrer fordern nach den sogenannten Zwickauer Thesen Beseitigung des dogmatischen Unterrichts, sie lehnen auch eine Bindung an Bekenntnisformeln der Konfessionen ab. Die Lehrer fordern ferner mehr Mitbestimmungsrecht und mehr Demokratie in

der Schulverwaltung; sie sind gegen jede kirchliche Aufsicht. Die vereinigte Reaktion lehnt das alles und vieles andere rundweg ab! Unsere Partei hat ihre Forderungen mit größter Energie und Konsequenz erhoben und vertreten. Dessenungeachtet Versammlungen wurden im ganzen Lande wiederholt abgehalten, Flugblätter verbreitet, in Gemeinderäten vorgegangen, Landesversammlungen beschickte sich mehrmals mit der Schulfrage, und Genosse Schulz schrieb im Auftrage der Landesparteileitung ein instruktives Buch, in dem unsere Forderungen eingehend begründet sind. In der gesamten Presse wird die Sache seit Jahren erörtert, die Sozialdemokratie hat durch ihre unabhängigen Bemühungen das Interesse weitaus Kreise auf die Sache gelenkt.

Zurzeit spielt sich der Kampf um die Schulreform hauptsächlich im Landtage ab. Die Regierung war vom Landtage 1907/08 ersucht worden, ein neues Schulgesetz auszuarbeiten und vorzulegen. Das damals sozialisteneinige sächsische Parlament stellte in seinen Wünschen zur Schulreform nicht gerade hohe Anforderungen. Aber auch dem entsprach der Regierungsentwurf, der Anfang 1912 herauskam, nicht einmal in allen Punkten. Die Regierung stellt in der Begründung des Entwurfs an die Spitze den Satz: das jetzige (40 Jahre alte) Volksschulgesetz hat sich „im großen und ganzen wohl bewährt und muß daselbe in seinem Aufbau erhalten werden.“ Von einer „sprunghaften Umgestaltung“ des Schulwesens müsse abgesehen werden. Davon ist die Regierungsvorlage denn auch weit entfernt! Die Lehrer fällten über sie das vernichtende Urteil: Nicht viel mehr als nichts!

Der wichtigste Fortschritt, den der Entwurf bringt, ist die Einführung des obligatorischen Fortbildungsschulunterrichts für Mädchen. Aber auch da ist den Schulgemeinden weiter Spielraum gelassen. Der Unterricht soll ein bis zwei Jahre dauern. Weiter wird der Zwang zur Einrichtung von Hilfschulen und Nachhilfeunterricht eingeführt und die Möglichkeit gegeben, kein Schulgeld zu erheben. Bisher war das Zwang. Die Höchstzahl der Klassenfrequenz wird auf 30 Schullinder herabgesetzt (jetzt 60, die Lehrer fordern 35). Jedoch ist eine lange Uebergangszeit von zehn Jahren (!) vorgesehen. Ferner werden die Pflanzstunden der Lehrer etwas herabgesetzt. Im übrigen sind die Neuerungen kaum der Rede wert, vielfach rein formaler Art. Der freisinnige Berg hat ein Mäuslein geboren. Denn Umstände genug hat sich die Regierung mit der Ausarbeitung der Vorlage gemacht. Sie hat Konferenzen abgehalten, Sachverständige gehört, schriftliche Gutachten eingeholt. Die Arbeiterklasse und die Organisation der Lehrer wurden dabei übergegangen! Als „Vertreter des Elternhauses“ suchte man sich zwei Industrielle, je einen Juristen, Apotheker, Obermeister, Arzt und Postsekretär aus. Die Regierung hat nun das Material auf diese Weise erhalten, das sie von vornherein haben wollte. Reaktionäre Stützen des Staates stehen als Stützen des Staates hinter der sogenannten Schulreform der Regierung. Die Lehrer haben jedoch eine große Menge schriftliches Gegenmaterial beigebracht, das viel überzeugender wirkt, als die Rede der vereinigten Reaktion mit dem öigen und von Gottesfurcht tiefenden sogenannten Kultusminister Dr. Beck an der Spitze.

Der Kampf um die Volksschule in Sachsen ist jedenfalls in seinen einzelnen Phasen und in der ganz besonderen Art hochinteressant. Besonders deshalb, weil die sehr starke und einflussreiche Organisation der sächsischen Lehrer in scharfer Opposition gegen Regierung, Konservativen und gegen ihre eigenen nächsten Vorgesetzten, die Direktoren, gedrängt ist. Und weil die Lehrer nicht zu Kreuze ziehen, sondern recht energisch durch ihre Fachpresse ihre Forderungen vertreten. Es ist ein erster Kulturkampf im besten Sinne, in dem Lehrer und Sozialdemokratie, beide für sich, um gleichartige Ziele gegen die Schulreaktion kämpfen.

Anfang Februar wurde der Entwurf im Plenum der Zweiten Kammer vorbereitet. Es kam zu großen prinzipiellen Auseinandersetzungen, die zwei grundlegend verschiedene Weltanschauungen klar erkennen lassen. Die Konservativen und die Regierung wollen nach wie vor die Schule als Mittel zum Zweck, als eine Staats Einrichtung, die diesen Staat und seine Einrichtung unter Aufsicht der Kirche um jeden Preis fördern soll. Die Sozialdemokratie aber will die unabhängige Volksschule, die Schule um ihrer selbst und um der Erziehung der Kinder willen, modernen pädagogischen Grundsätzen und den Ergebnissen der Wissenschaft entsprechend. Dazwischen steht der Liberalismus, der durch allerhand Kompromisse beide Ziele und Zwecke verfolgt und damit von vornherein ein so wichtiges Reformwerk zur Halbheit, Unklarheit und Zweideutigkeit herabzieht. Das ganze Verhalten der Nationalliberalen in den bisherigen Verhandlungen — die freisinnigen zeigen etwas mehr Konsequenz — war davor. Und wiederholt wurden sie unwillig von dem Minister vor die klare Alternative gestellt: entweder — oder! — Die sozialdemokratischen Mitglieder benutzten die Gelegenheit, den Standpunkt unserer Partei klar und in allen Einzelheiten darzulegen, unsere Forderungen genau zu formulieren und zu begründen. Es waren wirklich „große Tage“, die das Landesparlament da hatte.

Der Gesetzentwurf wurde einer besonderen Kommission, aus 18 Abgeordneten bestehend, überwiesen, in der ihrer Fraktionsstärke entsprechend unsere Genossen mit fünf Mann vertreten sind. Zum Referenten wurde der nationale Seminarektor Dr. Seyfert, ein Mann von Ruf als Pädagoge, ernannt, und als Mitreferent ein konservativer Bürgermeister sowie unser Genosse Lange-Zeipzig. Die Beratungen und Beschlüsse der Kommission sind jetzt soweit abgeschlossen, daß sie an die Erste Kammer und auf das Plenum gegeben werden können. Der Landtag ist im Frühjahr nicht geschlossen, sondern zu einer Nachsitzung, die Mitte November beginnen soll, vertagt worden. — Zur ersten Lesung in der Kommission waren 35 Sitzungen erforderlich und die zweite beanspruchte 15 Sitzungen. Der Minister wohnte fast allen mit einem Stabe von Räten bei. Schwierig, langwierig und gründlich waren die Verhandlungen. Der Entwurf ist verändert und verbessert aus der Kommission gekommen, wenn auch wichtige sozialdemokratische Forderungen und solche der Lehrer unerfüllt blieben. Alle wesentlichen Verbesserungen sind in der Regel von den sozialdemokratischen und liberalen Vertretern gegen die konservativen und gegen den Willen der Regierung beschloffen. Die Kommission hat unter diesen Umständen beschloffen:

Die allgemeine Volksschule mit eventueller Angliederung einer höheren Abteilung für befähigte Kinder vom dritten Schuljahre an. Jeder Standesunterschied fällt weg. Schulgeld darf nicht erhoben werden. Kindern unbemittelter Eltern sind die Veranlassungen unentgeltlich von der Schule zu liefern. Die Aufgaben der Schule sind pädagogischer formuliert. Nach Bedürfnis sollen auch fremde Sprachen und Kurzfrist in den Lehrplan aufgenommen werden. Die Kinder von Dissidenten sind vom Zwange irgendwelchen Religionsunterrichts befreit. Fortbildungsschulen und Hilfschulen dürfen nicht konfessionell getrennt sein. Es ist ein

Schularzt anzustellen, wo die Verhältnisse es gestatten. In größeren Schulen sind besondere Klassen für Schwachbefähigte zu bilden. Das Vorschlagsrecht für Anstellung der Lehrer steht in allen Schulen mit mindestens 10 Lehrern dem Stadt- bezw. Gemeinderat zu. (In Minderheitsschulen besteht dieses Recht jetzt nicht.) Der Unterricht kann an einigen der letzten Tage jeden Halbjahres öffentlich stattfinden. Den Geistlichen ist das Unterrichtsrecht, ohne Wahl Mitglied des Schulvorstandes zu sein, genommen. Mehrere Frauen können nach Bestimmung in der Ortschulordnung Sitz und Stimmen im Schulvorstande erhalten. Dessen Sitzungen sind mit Ausnahme besonderer Fälle öffentlich. Den Lehrern ist größeres Mitbestimmungsrecht in den Lehrerversammlungen und bei Aufstellung der Lehrpläne eingeräumt, das Aufsicht- und Bevormundungsrecht der Direktoren wird eingeschränkt. Der obersten Schulbehörde wird ein Landesschulbeirat zur Seite gestellt, der aus 12 Fachleuten und 6 anderen Mitgliedern besteht.

Die konfessionelle Trennung ist leider erhalten geblieben, weil die Nationalliberalen in der zweiten Lesung umfielen; den Unfall motivierten sie mit einer leichten Erklärung unter Hinweis auf die strikt ablehnende Haltung der Regierung. Ueberhaupt liegen sie in der zweiten Lesung einige ihrer eigenen Anträge im Stich! In einigen Fällen sind die Verbesserungen auf die Initiative der Sozialdemokraten in das Gesetz gekommen, in allen aber gab unsere Genossen den entscheidenden Ausschlag, so daß ihre positive Mitarbeit scharf in die Erscheinung tritt. So freilich, wie wir ein Volksschulgesetz fordern, ist es bei weitem nicht geworden. Unsere Genossen in der Kommission haben noch folgende Anträge in beiden Lesungen gestellt und energisch vertreten: Beseitigung des Religionsunterrichts, keine Trennung der Schule nach Konfessionen, Beseitigung jeder kirchlichen Aufsicht (nur die geistliche Ortschulaufsicht soll fallen), weitgehende Bestimmungen über Schulhygiene, Speisung bedürftiger Schulkinder und Schulfürsorge, Verbot der Körperknechtung der Kinder in der Schule, Wahl des Schulvorstandes durch die volljährigen Schulgemeindeglieder in allgemeiner, gleicher, direkter und geheimer Wahl, Uebernehmen der Schullasten auf den Staat (eventuell dreiviertel der Lasten). — Diese Anträge wurden sehr eingehend erörtert, aber schließlich abgelehnt, für einige stimmten auch die zwei Freisinnigen.

Alle diese Anträge werden als Minderheitsanträge an das Plenum wiederholt, so daß dort in aller Öffentlichkeit noch einmal Gelegenheit zu ihrer Vertretung gegeben ist. Die Frage der Schullasten soll übrigens noch gesondert von der Kommission behandelt werden. Hervorgehoben sind hier nur die wichtigsten Fragen. Im allgemeinen haben sich unsere Vertreter die größte Mühe gegeben — zum Teil mit Erfolg — kleinere Verbesserungen in das Gesetz zu bringen und Schlechtes auszumergen. Sie waren besonders auch bestrebt, durch das Gesetz die Lehrer in der Ausübung ihrer bürgerlichen Rechte zu schützen. Dabei hatten sie die oben erwähnten Möglichkeiten im Auge.

Kame das Gesetz so zustande, wie es jetzt nach den Beschlüssen der Kommission der Zweiten Kammer vorliegt, dann könnte von einem nennenswerten Fortschritt im Volksschulwesen Sachsens die Rede sein. Leider ist wenig Hoffnung, daß es so kommt. Die Regierung selbst hat den wichtigsten Änderungen gegenüber erklärt, daß dieselben für sie unannehmbar wären. Sie hat die Konserwativen und sicher auch die Paars, die Erste Kammer, auf der Seite. Nach der Verfassung ist es möglich, daß ein Gesetz gegen den Willen der Mehrheit der Zweiten Kammer gemacht werden kann! Wenn zwischen Regierung und Erster Kammer Einverständnis da ist, bedarf es nur noch der Zustimmung eines Drittels der Zweiten Kammer.

Auf diese Situation spekulieren die Konserwativen und ihr Führer sprach das in der Presse bereits ganz offen aus. Zu dem Drittel brauchen sie nur drei Nationalliberale, und sie erwarten, daß mindestens diese drei, wenn nicht mehr, das Gesetz im Sinne der Regierung fertig machen helfen. Auf gleiche Weise ist auch das jetzige Volksschulgesetz im Jahre 1873 gemacht worden. Was unsere Genossen tun können, um ein schlechtes Gesetz zu verhindern, wird nach wie vor gesehen. Auf alle Fälle sind im Plenum noch heftige Redefechtschlägen zu erwarten.

Aus der Partei.

Ein rheinischer Parteitag.

In Bonn lagte Sonnabend und Sonntag der Parteitag für die obere Rheinprovinz, umfassend die Regierungsbezirke Köln, Aachen, Trier, Koblenz und das Fürstentum Virenfeld. Dem Parteitag wohnte als Vertreter des Parteivorstandes Genosse Wollenkamp bei. Es war genau vor zwanzig Jahren, als Genosse Wollenkamp in Bonn in einer Volksversammlung reden sollte, als die Versammlung von einer Horde Zentrumsleute unter Führung eines Kaplans unter landfriedensbrüchigen Formen gesprengt wurde. Große Heiterkeit rief es hervor, als aus diesem Anlaß Genosse Weerfeld-Köln, der im Namen des Bezirksausschusses den Parteitag eröffnete, an diesen Vorgang erinnerte und dabei mitteilte, daß er damals als Mitglied des katholischen Gesellenvereins in jugendlicher Unwissenheit unter dem „presterlichen“ Kommando des Kaplans Dr. Hillmann sich unter denen befunden habe, die — Wollenkamp niederbrüllten. Ein Jahr nachher habe er sich schon der Sozialdemokratie angeschlossen.

Die von dem Parteitag gegen die Kriegsgefahr beschlossene Kundgebung haben wir bereits mitgeteilt.

Dem Berichte der Bezirkskommission über das Geschäftsjahr entnehmen wir: In dem Bezirk, der die härtesten Kreise des Zentrums umfaßt, stiegen die sozialdemokratischen Stimmen von 60 865 auf 87 378 oder um 26 513, während die Zentrumsstimmen um 3000 zurückgingen. Das wichtigste Ereignis war die Eroberung Kölns, des deutschen Roms. Die Organisationsarbeit hatte auch sonst große Erfolge. Die Zahl der politisch organisierten stieg im Bezirk von 11 866 auf 14 869, darunter 1566 weibliche. Es fanden 322 Wähler- und 308 Reichstagswählerversammlungen statt. 2 233 300 Flugblätter zur Reichstagswahl und 670 800 andere, ferner 21 000 Broschüren und 120 000 Agitationskalender wurden verteilt. Die Einnahmen des Bezirksausschusses beliefen sich auf 19 096, die Ausgaben auf 18 866 R.; bei der Reichstagswahl wurden weitere 16 617 R. ausgegeben. Im Bezirk gibt es in zwei Städten sechs sozialdemokratische Stadtverordnete und in acht Landgemeinden 11 Gemeindevorsteher. Als in Oberstein (Wierfeld) Genosse Haber zum Pfarrer in der Stadtpfarrkirche gewählt wurde, veranlaßte ihn die obdenburgische Regierung (Wierfeld ist eine in Rheinland liegende obdenburgische Enklave) die Verhätigung. — Der Fortschritt in der Frauenbewegung entsprach nicht dem, was hätte erreicht werden können. Dem Bildungswesen wurde große Aufmerksamkeit geschenkt. Die Jugendbewegung machte erhebliche Fortschritte.

Ueber die Reichstagswahlen und ihre Lehren hielt Genosse Hoffrichter ein großzügiges Referat.

Ueber die Rheinische Landgemeindevorordnung sprach Genosse Weerfeld. In einer einstimmig beschlossenen Resolution sprach der Parteitag für die obere Rheinprovinz seine

Entscheidung darüber aus, daß die preussische Regierung und die reaktionären Parteien des Landtages jede ernsthafte Reform der Rheinischen Landgemeindevorordnung zu vereiteln suchen. Es spricht der Entwicklung der Verhältnisse Hohn, wenn die Regierung in ihren bisherigen Vorlagen alle Hauptbestimmungen des Gesetzes von 1845, das für potenzialreiche ländliche Verhältnisse zugeschnitten war, nach der inzwischen erfolgten industriellen Umwälzung und nach Entstehung ganz neuer Volks- und Kulturbedürfnisse auch in den Landgemeinden wiederum beibehalten und nur durch einige unzureichende Fiktionen verzieren will. Nicht minder verwerflich ist die Haltung der reaktionären Mehrheit des Reichstages, den volksfeindlichen Charakter der Landgemeindevorordnung unter allen Umständen zu erhalten. Der Parteitag wiederholt darum die folgenden Forderungen, die schon im Jahre 1900 der Dürener Parteitag aufgestellt hat:

1. Die volle Einführung des Grundgesetzes der Einwohnergemeindevorordnung;
2. Die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Verhältniswahlrechts für alle Gemeindevorwahlen unter Veseitigung aller Beschränkungen;
3. Die uneingeschränkte Öffentlichkeit der Gemeindevorwahlgänge;
4. Die Beschränkung des staatlichen Aufsichtsrechtes auf das Recht der Kenntnisnahme und der Beanstandung ungesetzlicher Gemeindevorwahlen;
5. Gewährung des Rechtes zur Einführung der Städteordnung an alle Gemeinden über 5000 Einwohner;
6. Wahl der Bürgermeister und Beigeordneten durch die Einwohnererschaft statt der Ernennung durch den Oberpräsidenten.

Es folgte das Referat des Landtagsabgeordneten Genossen Paul Hirsch über: „Die preussischen Landtagswahlen 1913“. Genosse Hirsch polemisierte u. a. gegen den bekannten Vorschlag Eisners und kam zu dem Schluß, daß wir im Gegenjahre zu dem Eisnerischen Vorschlag die Führung im Wahlkampf behalten müssen, sonst tritt bei den Fortschritten dieselbe Schlappheit ein, die wir früher an ihnen so oft verdammt haben. Den Wahlrechtskampf müssen wir führen. Der Minister Herrsch hat einmal gesagt, es werde die Zeit kommen, wo dem Dreiklassensystem der Todesstoß veretzt werde. Dieser Stoß wird erfolgen, aber nicht von oben her, sondern von unten, vom Volke!

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Von der objektivsten Behörde der Welt.

Aus Halle a. S. berichtet man uns: Bei der Verfolgung des Reichstagswahlplakates mit der Aufschrift „Wählt Erik Runer“, haben die Anklagebehörden großen Eifer an den Tag gelegt. Besondere Aufmerksamkeit wurde unser Parteifreier, Genosse Reimann, wegen Anstiftung zur Uebertretung des alten preussischen Wahrgesetzes vom Jahre 1851 zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er am Morgen des Hauptwahltages jene Plakate verschiedenen Genossen überreicht hatte, um sie in einigen Lokalen aushängen zu lassen. In dem Transport der Plakate über die Straße erblidte die Amtsanwaltschaft die Uebertretung, weil keine Erlaubnis zum Herumtragen der Plakate eingeholt worden sei. Die höchste Instanz bestätigte das gegen Reimann verhängte Urteil und man glaubte, die Plakatgeschichte — es waren noch weitere Genossen wegen Herumtragens und Aushängens der Plakate verurteilt — sei damit erledigt. Die Amtsanwaltschaft trat aber mit einer neuen Aufmachung der Prozesse auf den Plan. Sie ergandte nämlich, daß Reimann durch Abgabe jedes einzelnen Plakates eine einzelne Handlung begangen habe und deshalb noch vielmehr oder öfter bestraft werden müsse. Nach langem Erwägen stellte das Gericht am Montag durch erneute Beweisaufnahme fest, daß es sich bei Abgabe der Plakate um eine einheitliche Handlung drehte und Reimann freigesprochen werden mußte.

Wahlprozess.

Vor der Koburger Strafkammer hatte sich am Montag Genosse Klingler vom dortigen Volksblatt wegen eines Artikels zu verantworten, der die ungeheuerlichen Wahlbeeinträchtigungen im 9. Landtagswahlbezirk kritisierte und die eigentümliche Auslösung der beiden Kandidaten feststellte. In diesem Artikel erblidte die Staatsanwaltschaft eine Beleidigung des damaligen Wahlleiters, Landratskassenssekretär Dr. Feilich und erhob Anklage. Genosse Klingler betonte, daß sich der Artikel auf die ganzen Wahlverhältnisse bezog und eine persönliche Beleidigung des Wahlleiters nicht angenommen werden könne. Die ungeheuerlichen Wahlbeeinträchtigungen durch den „gewählten“ nationalliberalen Landtagsabgeordneten Gölzel stellte er unter Beweis, ebenso die vorgekommenen Terrorismustakte eines Fabrikanten gegen Angehörige von sozialdemokratischen Wahlmännern. Das Gericht lehnte diesen Beweis ab, da er für diese kriminelle Tat nicht von Belang sei. Der Staatsanwalt beantragte zwei Monate Gefängnis und Publikationsverbot. Das Gericht erkannte auf 300 R. Geldstrafe und die üblichen Folgen. Wahrung berechtigter Interessen wurde natürlich nicht zuerkannt.

Aus Industrie und Handel.

Großbanken und Kriegshausse.

An der gestrigen Berliner Börse (wie auch an denen in Frankfurt a. M., Wien, Paris und London) erfuhren die Kurse eine Erhöhung, die bereits am Montag in Erscheinung getreten war. Für die Großbanken ergab sich dadurch die Möglichkeit, ihre Interventionsläufe einzustellen und die in den letzten Tagen erworbenen Wertpapiere wieder zu verkaufen. Die das „Berl. Tagebl.“ berichtet, ist ihnen das mit einem Gewinn von durchschnittlich fünf Prozent gelungen. Nimmt man an, daß die Großbanken nur für 50 Millionen Mark Wertpapiere aufgenommen hatten, so stellte sich der Gewinn für sie in wenigen Tagen auf 2,5 Millionen Mark, ohne daß sie auch nur einen Pfennig Bargeld dabei eingesetzt hätten. Das wird nicht hindern, daß man jetzt schon die Interventionsläufe als gemeinnützige Tat im Dienste der deutschen Volkswirtschaft lobt und sie bei späterer Besprechung der Balkankrise noch mehr feiern wird.

Am Spekulationsmarkt erhöhten sich Montanpapiere um 2 bis 4 Prozent, Bankaktien um 1 bis 2 1/2 Prozent, Schiffahrtsaktien um 2 bis 3 Prozent (Dana stieg sogar um 11 1/2 Prozent), die Aktien der großen Elektrizitätsgesellschaften um 2 bis 3 1/2 Prozent. Noch größer waren die Kurssteigerungen am Kassemarkt. Selbst die Anleihepapiere der Balkanstaaten, Oesterreich-Ungarns und Russlands waren allgemein in Kurs gebessert. Nur die deutsche Reichsanleihe und die preussischen Konsole fielen wiederum. Die zunehmende Verfestigung am Geldmarkt zeigte sich in weiterer Vertiefung des Wechselzins um 1/8 Prozent auf 4 1/8 Prozent.

Erhöhung der Kohlenpreise.

Zu der Verabschiedung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats wurde am Montag die bereits angekündigte Preiserhöhung für sämtliche Brennstoffe beschlossen. In einer offiziellen Darstellung wird betont, daß die Preissteigerung nicht vom preussischen Verg-

stehnis, sondern von einem großen Teil der Syndikatsmitglieder angeregt worden sei. Der Bergfiskus habe vielmehr die Auffassung vertreten, daß von einer Preiserhöhung überhaupt, mindestens aber entschieden für Hausbrandlohlen abgesehen sei. Da aber eine strenge Unterscheidung zwischen Hausbrandlohlen und Industrielohlen nicht durchführbar sei, hätte man sich auf einer mittleren Linie geeinigt, die auf Preiserhöhungen für Kohle von 0,50 bis 1 Mark, für Roß von 0,50 bis 1 Mark und für Breitschiff von 0,50 bis 0,75 Mark geeinigt. An diesem offiziellen Bericht mutet sehr merkwürdig an, daß sich der Fiskus über die Möglichkeit der Durchführbarkeit seines Vorschlags belächeln lassen muß. Jedenfalls hat der Fiskus aber den Preissteigerungen für beide Arten von Kohle zugestimmt. Daß es ihm mit seiner Weigerung nicht sehr ernst gewesen sein kann, geht allein daraus hervor, daß das Gerücht entstand, der Fiskus selbst habe die Preiserhöhungen beantragt. Diese Vermutung wird weiter durch eine aus Syndikatskreisen stammende, bereits am Sonntagfrüh veröffentlichte Zuschrift der „Kölnischen Zeitung“ bestätigt, die eine Einigung in der Höhe der tatsächlich am Montag festgesetzten Preise „voraussetzt“ und hinzusetzt: „Diese Erhöhungen sind schließlich wohl auch der Bergfiskus gutheißend, zumal seine Zeichen an der Saar eine Aufhebung der Preise dringend nötig haben.“ Die Sanktionierung der Preiserhöhung durch den Fiskus, dessen Interessen ebenfalls für diesen Schritt sprechen, steht aber in scharfem Gegensatz zu dem Versprechen, daß der Staat seine Mitgliedschaft im Syndikat im Interesse der Allgemeinheit benutzen wolle.

Zu der Zeichenbesitzerversammlung wurde die Beteiligungsquote in Roß von 82 1/2 Prozent auf 85 Prozent heraufgesetzt. Die Anteile für Kohlen (100 Prozent) und für Breitschiff (85 Prozent) blieben wie bisher. Das Syndikat arbeitet also im kommenden Monat mit erhöhter Leistungsfähigkeit. Die Konjunkturaussichten werden vom Syndikat weiter leicht günstig eingeschätzt. Im September ist die arbeitsmäßige Förderung und der Absatz an Kohlen und Roß weiter gestiegen. Die Förderung ist im zweiten und dritten Vierteljahr 1912 gegen 1911 um 11 Prozent gesteigert worden.

Porzellanartikel und Warenhaus.

Die einfachsten Gebrauchsgegenstände des Alltags sind volkswirtschaftlich die wichtigsten Produkte. Das Element der Masse ist ja die Voraussetzung des Alltagsgebrauchs. Kommt nun noch hinzu, daß das Massenprodukt zur Maschinenarbeit, zur Arbeit des Großbetriebes geworden ist, so können wir die Wirkungen der Vereinbarungen, der Produktionszentralisation, des Syndikaliterrorismus und des Kartellpreisdwingers bis in die letzte Arbeiterwohnung recht deutlich zu spüren bekommen.

Die Vorgänge in der deutschen Porzellanindustrie sind mehrfaches Beispiel für diese Wirkungen. Die Vereinigung deutscher Porzellanfabriken zur Hebung der Porzellanindustrie machte schon im Vorjahre von sich reden. Sie führte nämlich ganz offen Spiegelbilder ein. Wer von den Mitgliedern der Vereinigung unter Verbringung genügender Nachweise eine Fabrik feststellte, die unter Umgehung der Verbandsbestimmungen Ware verkaufte, erlitt 25 Prozent der verfallenden Konventionalstrafe, mindestens aber 500 R. als Bestrafung!

Die Vereinigung spannte von Monat zu Monat den Bogen strenger. Recht eigenartig war dabei, daß ihr von der Organisation der deutschen Spezialhändler in Glas und Porzellan eifrig gefolgt wurde. In der Porzellanindustrie entfällt ein großer Prozentsatz der Produktion auf geringe Ware, sogenannten Auslauf. Diese Ware, die mit kleinen Verlusten bedastet ist, wurde bisher in großen Mengen an die Warenhäuser verkauft, die sie zu niedrigen Preisen in großen Mengen absetzten, so daß es gelang, auch in den ärmsten Haushalten das Porzellan einzuführen, was natürlich für die Hebung des Konsums von außerordentlicher Bedeutung ist. Das Publikum, an die billigen Porzellanpreise der Warenhäuser gewöhnt, kaufte nun aber bei den Spezialhändlern diesen nicht mehr genug zu den hohen Preisen der ersten Sorten. Um den Warenhäusern den Verkauf zu unterbinden, drängten die Spezialhändler die Organisation der Porzellanfabriken so lange, bis diese eine Verbandsbestimmung schuf, nach welcher der Bruch und Ausschlag im Inlande überhaupt nicht mehr verkauft werden darf! So Ausland bekommt den äußerst zahlreichen sogenannten Auslauf so zu Preisen, wie sie die Warenhäuser hier nie erzielten. Das gute Porzellan läuft das Ausland heute aber bei anderen Ländern. Deutschland liefert nach dort zu niedrigen Preisen nur die Massenware, damit in Deutschland den Spezialhändlern das Geschäft nicht durch die Warenhäuser verdorben werden kann.

Die Kartellpolitik führte zum Aufsteigen der Vereinigung deutscher Porzellanfabriken. Die Warenhäuser waren wohl dabei die eifrigsten Mitarbeiter; beschloffen sie doch erst vor wenigen Tagen, die Rechte des wieder gegründeten, aber schwächeren neuen Verbandes deutscher Porzellanfabriken nicht zu unterstützen, sondern die Kartellauflösung kräftig durchzuführen zu unterstützen. Dazu kommt noch als für die Warenhäuser günstiges Moment hinzu, daß das österreichisch-böhmische Porzellankartell seit längerer Zeit nicht mehr existiert. Nach dem § 4 des österreichischen Kartellgesetzes sind auch Kartellverträge unzulässig. Man schloß deswegen einen Kollektivvertrag zwischen deutschen und der österreichischen Organisation und außerdem noch einen zweiten, der zwischen der deutschen Organisation und den einzelnen österreichischen Unternehmern lag. Die österreichische Organisation stieg auf. Die deutsche Organisation hätte an den Einzelverträgen mit den großen böhmischen Porzellanfabriken gern noch festgehalten, es ging aber nicht, weil eben das Gesetz dazu keine Handhabe bot. Jetzt sind natürlich die deutschen Warenhäuser, die ja ebenfalls koalitiert sind, sofort auch an die böhmischen Porzellanfabriken herangetreten, um mit ihnen Lieferungsverträge abzuschließen.

Einstweilen liegen sich das Kartell und die Spezialhändler auf der einen und die Warenhäuser mit den Außenländern und den böhmischen Fabriken im Rückhalt auf der anderen Seite in kräftiger Fehde gegenüber. Die reguläre Porzellanproduktion ist gekürzt, der Auslandsmarkt verdorben und die vielfachmüde deutsche Industrie wird wieder einmal nach Möglichkeit geschädigt.

Die Vertrustung des Kleinhandels.

Bis jetzt hat sich im Handel, wenn wir von den Organisationsbestrebungen der Konsumenten absehen, das menschliche Ideal der „freien Konkurrenz“ noch ziemlich rein erhalten. Weder im Groß-, noch im Kleinhandel sind bemerkenswerte Verluste einer Kartellierung zu verzeichnen. Jetzt kommt aus dem klassischen Lande der Truist, Nordamerika, die Nachricht, daß dort das Kapital nunmehr auch an die zentralistische Organisation des Kleinhandels gehen will. In New York soll ein Konzern beschlossen haben, 3000 Kolonialwarenäden im Lande aufzukaufen. Es sollen bis jetzt bereits 248 Läden in New York, 193 in Boston, 240 in Philadelphia und 111 in Brooklyn in den Händen des Truists sein. Angeblich will der Truist durch die Organisation des Umsatzes all dieser Geschäfte sowie durch Einführung der Verzählung die Bevölkerung mit billigeren Lebensmitteln versorgen. Man muß dagegen mit Recht befürchten, daß der Truist nur so lange billig verkaufen wird, bis er sämtliche Konkurrenten niederkonkurriert hat, um sich dann vom Publikum die Kosten dieses Feldzuges doppelt und dreifach wieder bezahlen zu lassen. Nur die genossenschaftliche Organisation der Konsumenten kann diese vor der hier drohenden neuen Ausbeutung schützen.

Inserem Genossen
Otto Simon
und seiner lieben Frau die besten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Genossen des 374. Bezirks des 4. Wahlkreises.

Inserem Genossen
Wilh. Oehling
nebst Frau
Frau **Laise Henke**
die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.
Die Genossen u. Genossinnen d. Bez. Lichtenberg, Gruppe 66.

Inserem lieben Freunde
Gottfried Binding
nebst Gemahlin
(Landsknechtstr. 14)
die herzlichsten Glückwünsche zur Silberhochzeit!
W. R. und E. E.

Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Adlerhof.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Genossin
Martha Nölte
am Montag, den 14. Oktober, nach kurzem Leiden im Alter von 27 Jahren verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Gemeinde-Friedhofes aus statt.
Die Mitglieder treffen sich 3 1/2 Uhr im Jugendheim, Bismarckstr. 11.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Allen Freunden, Bekannten und Parteigenossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann und guter Vater, der Bäcker
Heinrich Jakob
nach langen Leiden verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 16. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Schönberger Friedhofes, Blante Hölle, aus statt.
Dies zeigt tiefbetrübt hiermit an
Die trauernde Gattin
nebst Kindern.

Sozialdemokratischer Wahlverein Schöneberg (Bezirk 5).
Am Montag früh verstarb nach langem Leiden unser langjähriger Mitglied, der Bäcker
Heinrich Jakob
(Hauptstr. 139).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 16. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Friedhofes, Blante Hölle, aus statt.
Treffpunkt für Mitglieder des Gesangsvereins Schöneberg, Männerchor 7/4 Uhr beim Gastwirt Hinkel.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Zentralverband der Bäcker, Konditoren u. verwandter Berufs-genossen Deutschlands.
Unsere Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bäcker
Heinrich Jakob
nach langem Leiden am 14. d. Mts. verstorben ist.
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Schönberger Friedhofes an der Blante Hölle, Bismarckstr. 11, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
Die Verwaltung.

Am Sonntag verstarb mein lieber Mann, unser lieber Vater, der Schlosser
Josef Rein
Charlottenburg.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Tüschensriedhofes, Charlottenburg, Jägersbühnenweg, aus statt.
Witwe **Anguste Rein**
nebst Kindern.

Dauffagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kräftigen bei der Beerdigung des Schiffschleiers
Fritz Meliß
sagen wir allen Teilnehmern unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter
Fritz Wesenberg
Neukölln, Weichandstr. 11 am 13. d. Mts. an Lungenerkrankung gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Neukölln, Mariendorfer Weg, aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
126/6 Die Ortsverwaltung.

Verband d. Brauerei- u. Mühlenarbeiter u. verw. Berufsgenossen.
Ortsverwaltung Berlin.
Unsere Mitglieder zur Nachricht, daß der Kollege, Brauer
Heinrich Simon
zuletzt Engelhardt, Charlottenburg, freiwillig aus dem Leben geschieden ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 16. Oktober, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Begräbnisplatzes der westlichen Kirchengemeinden in Stahnsdorf aus statt.
Rege Beteiligung erwartet
13/18 Der Vorstand.

Gesangsverein „Neu-Erwacht“.
Durch den Tod ist uns unser alter Gesangsbruder
Karl Wenkel
entrißen worden. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des alten Pauls-Kirchhofes in der Seelstraße aus statt.
NB. Die Gesangsbrüder treffen sich 3 1/2 Uhr Liebenwalder Str. 16a.

Allen Freunden, Bekannten und Kollegen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Frau
Emma Stenzel
am 13. Oktober an Nierenleiden im Alter von 44 Jahren im stillen Schlaf im Namen der Hinterbliebenen
Karl Stenzel.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 17. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Frankfurter Allee 80 aus, nach dem Auferstehungs-Kirchhof in Weichenholz statt.

Allen Freunden, Bekannten und Kollegen die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Frau
Emma Stenzel
am 13. Oktober an Nierenleiden im Alter von 44 Jahren im stillen Schlaf im Namen der Hinterbliebenen
Karl Stenzel.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 17. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Frankfurter Allee 80 aus, nach dem Auferstehungs-Kirchhof in Weichenholz statt.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufs-genossen
(E. D. 86, Hamburg).
Verwaltungsstelle Berlin 8.
Am 12. Oktober verstarb unser Mitglied
Otto Jost.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Mittwoch, den 16. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, vom Urbanfrankenhause nach dem St. Simon-Kirchhof in Weichholz statt.

Sonntag, den 13. d. Mts., verstarb nach langem, schwerem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwieger-, Großvater, Schwager und Onkel, der Zimmerer
Karl Wenkel
im 58. Lebensjahre.
Um stille Beileid bitten
Witwe **Berta Wenkel** nebst Kindern.
Halenlee, 13. Oktober 1912.
Die Beerdigung findet Donnerstag, den 17. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des alten Pauls-Kirchhofes, Seelstraße, aus statt.

Am 13. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr, erlitt nach langem, schwerem Leiden meine innig geliebte Frau, unsere gute Mutter und Großmutter
Anna Peitsch
geb. **Spatzler**
Dies zeigt tiefbetrübt, um stille Teilnahme bittend, an im Namen der Angehörigen
Richard Peitsch.
Panlow, Wollanstraße 72.
Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Panlow-Friedhofes (Schönholzer Weide) aus statt.

Am Sonntag verstarb mein lieber Mann, unser lieber Vater, der Schlosser
Josef Rein
Charlottenburg.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Tüschensriedhofes, Charlottenburg, Jägersbühnenweg, aus statt.
Witwe **Anguste Rein**
nebst Kindern.

Dauffagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und Kräftigen bei der Beerdigung des Schiffschleiers
Fritz Meliß
sagen wir allen Teilnehmern unseren herzlichsten Dank.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Am Sonntag verstarb mein lieber Mann, unser lieber Vater, der Schlosser
Josef Rein
Charlottenburg.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Tüschensriedhofes, Charlottenburg, Jägersbühnenweg, aus statt.
Witwe **Anguste Rein**
nebst Kindern.

Am Sonntag verstarb mein lieber Mann, unser lieber Vater, der Schlosser
Josef Rein
Charlottenburg.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Tüschensriedhofes, Charlottenburg, Jägersbühnenweg, aus statt.
Witwe **Anguste Rein**
nebst Kindern.

WESTMANN

Mohrenstr. 37 a
Gr. Frankfurterstr. 115.

Reelle Stoffe! Gute Schnitte! Billige Preise!
Alle Weiten! Alle Längen! Kolossale Auswahl!

PLÜSCHMÄNTEL
Velours de Nord, kurz u. lang, 24, 27, 30, 36 bis 150 Mark
Velvet 18 Mark. • Wollplüschmäntel auf Plüschfutter 48 M.

Imitierte Persianer-Mäntel 100 Mark

ULSTER Stoffe aus einer der renommiertesten Fabrik-Deutschlands
12.50, 15, 18, 22, 27 bis 75 M.

KOSTÜME zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen von
15, 18, 22, 26, 30 bis 105 M.

Gesellschaftskleider, Röcke, Blusen, Pelzkonfektion
In grosser Auswahl selten preiswert!
Sonntag geöffnet 12-2.

Dauffagung.
Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes, unseres guten Vaters
Erich Wiggert
sage ich hiermit dem Bauarbeiterverband (Sektion der Zementbranche) sowie allen lieben Freunden und Bekannten meinen innigsten Dank.
Ellsabeth Wiggert
nebst Kindern.
417

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Schallplatten
Verleih-Institut.
Auch nach ausw. Prospekt gratis.
Karl Borbs, Berlin 31
Neue Königstr. 35.

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!
Zelle dem geehrten Publikum und Nachbarschaft mit, daß ich unten genannte Bäckerei käuflich übernommen und die Fortführung des Bäckerei- und Konditoren-Betriebes anerkannt habe. Es wird mein Bestreben sein, dem Publikum in jeder Weise entgegenzukommen und gute Ware zu liefern.
Karl Reß,
Kleine Andreadstraße Nr. 7.

Vorwärts-Bibliothek
Eine Sammlung volkstümlicher Romane und Erzählungen
III.
Das Land der Zukunft
Eine Reisebeschreibung von Leo Kolisch
Mit einer Einleitung von Paul Göhre
Preis gut gebunden 1 M.
Göhre schreibt in seiner Einleitung unter anderem:
— Da ist keine Seite, die langweilig zu lesen wäre. Von Anfang an packt er uns, von Seite zu Seite wird er interessanter. Immer lebendiger steigern sich die Eindrücke, immer hingrissener hören wir ihm zu. Kein überflüssiges Wort; kurz, schneidig, klar, packend steht alles und jeder seiner Lebensgefährten vor uns.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstraße 69 247/8*

Kufeké
-Kinder-nahrung
-Kranken-kost.
Hervorragend bewährte Nahrung.
Die Kinder gedeihen vorzüglich dabei u. leiden nicht an Verdauungsstörung.

Buchhandlung Vorwärts
Lindenstr. 69.

Das Menschen-Schlachthaus.
Bilder vom kommenden Krieg
von 247/8*
Wilh. Lamszus
Preis 1 Mark.

Vereinszimmer, 60 Quadratmeter, für Gesang- und andere Vereine großartig gelegen, noch an einigen Tagen (auch Sonntags) zu vergeben, Schönhauser Allee 9-11, 3. Hof.

Schwarze Kleidung
Fertig am Lager:
Gehrock-Anzüge 70, 60, 36 M.
Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M.
Frack-Anzüge 90, 80, 40 M.
Beinkleider 18, 15, 12, 10 M.

Fertige schwarze Kleidung für Knaben und Jünglinge in größter Auswahl in ca. 10 Stunden

Baer Sohn
Kleider-Werke.
Chausseestraße 79-80, 11, Brückstraße 11, Gr. Frankfurter str. 20, Schöneberg, Hauptstr. 10.

Idealbrikett der Zukunft
Michel
Großes 7" Format, drei Glass jeder Etage, M. 8,25 pro 1000, ersten Seiftenberger Marken voll gleichwertig.
Michel-Vertrieb
Neukölln, Bergstraße 110, Telephon 1610.

Möbel-Cohn
58 Gr. Frankfurter Str. 58
unweit der Kaiserstraße.
Bitte genau auf Hausnummer 58 zu achten.

Möbel auf Kredit
Riesen-Auswahl
Anzahlungen auf Stube und Küche:
Mark 15 30 50 75
bis 25 bis 45 bis 70 bis 100

Moderne
Schlaf-, Speise-, Herren- und Wohnzimmer
jeder gewünschten Art von 40 M. Anzahlung an.
Einzelne Möbelstücke Größte Rücksicht bei Krankheit und Arbeitslosigkeit.
Liefere auch auswärts, Abzahlung wöchentlich, monatlich, resp. nach Uebereinkunft.
Vorzeiger dies. Inserats erhält beim Kauf 5 M. gutgeschrieben.
Sonntags 12-2 geöffnet.

Germania-Prachtsäle
N., Chausseestr. 110, K. Richter.
Deute Mittwoch:
Paul Mantheys
lustige Sänger.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 20 Pf.
Nachdem Freitanz.
— Vortragarten gelten. —
Jeden Donnerstag:
Gr. Militär-Zirkel-Konzert
anlässlich Familienkränchen.

Haben Sie Stoff?
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Mass, schnell, sauber. Zuleten von 25 Mark an. **Moritz Laband,**
Neue Frankfurterstr. 115 (Stadtbr. Bldg.)

Achtung! Java!!
zweite Länge Vollblatt hell, sehr gut brennend, per Pfund M. 2.—.
Hamburger Rohtabak-Haus
Filiale: Berlin N., Brunnenstraße 25.

Ich habe mich in Neukölln, Berliner Str. 58 als Spez. Arzt für Magen, Darm- u. innere Krankheiten niedergelassen. Röntgen- und elektrotherapeutisches Institut. Str. 10-11, 4-8, Sonntags 9-11. Poliklinik 8-10. 163/14
Dr. Junghans,
Daher 1. Wohlfühl bei Geh. Rat Prof. Gwald (Kugelsch. Hospital NW.)

Westmanns Trauermagazin
Extra-Abteilung
I. Gesch.: Berlin W., Mohrenstr. 37a (2. Haus von der Jerusalemstr.)
II. Gesch.: Berlin NO., Große Frankfurter Str. 115 (2. Haus von der Andreasstraße).
Sehrgr. Ausw. fort. Kleider, Hüte, Handschuhe, Schleier etc. v. einfachsten bis zum hochelegant. Genre u. in best. niedrigen Preisen.
Sonder-Abteilung:
Mahanfertigung in 10 bis 12 Stunden.

Reparaturen. Spez.: Unerschließl. saubere Reparatur für Schüler. Tonverbesserung, auf Wunsch auch solcher, die dem alt-italienischen Tone hinreichend ähnlich ist. Wesentliche Vorteile und eventuelle Ratengahlung für Fortwärt. Abonnenten. Ungewöhnlich ebrende Anerkennungen.
Emil Toussaint.
Werkstätte für Kunstgeigenbau in Berlin N. 24, Al. Quedlinburgerstr. 17.

Leihhaus Moritzplatz 58a
Auch Sonntags geöffnet.
„Vorwärts“-Leser erhalten 10 % Rabatt.
Kaufen Sie von Kavaliere getrag. Jackettanzüge, Rockanzüge, Paletots, Ulster, größtenteils auf Seide gearbeitet, von 9-18 M. Große Auswahl in eleganter neuer Garderobe. Gelegenheitskäufe in Damen-Plüschjackets, Kostümen, Kleidern, hochelegant. Große Posten Pelzstolas in Skunks, Marder, Nerz, früher bis 200 M., jetzt 15-75 M. — Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäsche, Betten, enorm billig.
Moritzplatz 58a.

Eine Reichsverbandswaffe.

Ein von Dr. Franz Ludwig, dem Hauptgeschäftsführer des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie, verfaßtes Buch „Kommunalpolitik und Sozialdemokratie“, das der Verfasser im Vorwort den bürgerlichen Parteien als „solche Waffe“ gegen die Sozialdemokratie anpreist, wurde im „Vorwärts“ als ein „Schwindelwerk“ bezeichnet. Das geschah in einem Artikel, der über einen früheren Führer der demokratischen Partei in Mühlhausen (Hess), einen Rechtsanwalt Wich, berichtete, daß dieser bei einem Hausverkauf die Interessen des Käufers zu vertreten gehabt, aber vom Käufer nach Herabsetzung des Kaufpreises eine Provision angenommen habe. Im Anschluß daran wurde gesagt, daß „so schwer kompromittierte Ehrenmann Wich“ habe in Mühlhausen im Jahre 1908 die Abwendung seiner Partei mit den Liberalen an die Seite des Zentrums und den Völkern gegen die Sozialdemokratie mitgemacht, aus dem „ein gewisser Dr. Franz Ludwig das „Material“ zu den reichsverbandlerischen Schwindelwerk „Kommunalpolitik und Sozialdemokratie“ niederschreiben veranlaßt habe.“

Der Reichsverbandler Dr. Franz Ludwig ging gegen den „Vorwärts“-Redakteur Sen. Wich, Barth mit einer Verleumdungsklage vor und erzielte vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte, daß Barth, weil dem Kläger Unwahrheiten über gar bewusste Unwahrheiten in seinem Buch nicht nachgewiesen seien, zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Daß auf Freiheitsstrafe erkannt wurde, hatte der Kläger, der selber ein Mann der Feder ist und selber in seinem Buch schwere Angriffe gegen andere gerichtet hatte, durch seinen Rechtsbeistand ausdrücklich gefordert und mit den Vorstrafen begründet, die Barth wegen Frechwerden schon erlitten habe. Auf die von Barth eingeleitete Berufung mußte gestern das Landgericht Berlin I durch Strafkammer 9 unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Neuenfeldt das Urteil des Amtsgerichts nachprüfen.

Der Angeklagte hatte wieder Wahrheitsbeweis dafür angeführt, daß Ludwigs Buch nicht nur aus Mühlhausen, sondern auch aus Offenbach unwahre Angaben über die Tätigkeit der Sozialdemokratie in der Gemeindeverwaltung bringe. Vor dem Landgericht wiederholte er die Erklärung, daß die unwahren Angaben sogar wider besseres Wissen gemacht worden seien. Die Abschnitte des Buches, in denen der Verfasser dazwischen will, daß in Mühlhausen und in Offenbach die sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheiten von parteipolitischen Erwägungen aus und nicht zum Wohle der Gemeinden sich betätigt hätten, wurden verlesen, ebenso ein gegen die Sozialdemokratie gerichtetes Flugblatt, das im Jahre 1908 dem „Mühlhäuser Tageblatt“ beigegeben und nachher dem Dr. Ludwig mit als Material für sein Buch gedient hatte. Einige der von dem Angeklagten vorgelegenen Zeugen waren nicht vernommen worden, weil sie Gemeindevorstände sind und die vorgelegte Behörde die Erlaubnis zur Aussage nicht erteilt hatte. Die Aussagen der übrigen Zeugen, die teilweise in ihren Wohnorten bereits vernommen worden waren, wurden verlesen.

Durch die Vernehmung hatte bezüglich Mühlhausens festgestellt werden sollen, ob die Angabe des Ludwigschen Buches wahr sei, daß unter der Herrschaft der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit die Schulden der Stadt von 1/2 Millionen auf 28 Millionen gestiegen seien, und daß man durch die Errichtung des Monumentalbrunnens, der einen Arbeiter darstellt, die Herrschaft des Mannes mit der schändlichen Faust habe symbolisieren wollen. Von den Zeugen hat Oberregierungsrat Kaiser-Weg aus seiner Amtstätigkeit in Mühlhausen, wo er in den Jahren 1902—1908 Bürgermeister war, bezeugt, daß für die Aufnahme einer Anleihe nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch andere Gemeindevorstandsmitglieder eingetreten sind. Die Aufstellung des Brunnens war keineswegs von den Sozialdemokraten, sondern von anderer Seite angericht und dann von ihm selber (Kaiser) unterhütet worden. Reichstagsabgeordneter Genosse Emmel-Mühlhausen stellt fest, daß die Sozialdemokratie im Gemeinderat schon 1906 die Mehrheit wieder verloren hatte. Die Schulden, die man selbstverständlich nur für gemeinsame Unternehmungen und für werbende Anlagen wie das Elektrizitätswerk gemacht habe, seien bis 1907 nicht auf 28 Millionen, sondern auf 20 Millionen gestiegen. Für den Brunnens seien nicht mal alle Sozialdemokraten eingetreten, z. B. auch er (Zeuge) nicht.

Ueber die Zustände in Offenbach war unter anderem Genosse Ulrich-Offenbach vernommen worden. Seine Aussage ging dahin, daß Ludwigs Behauptung, der Bürgermeister Bring sei von den

sozialdemokratischen Vertretern in der Gemeinde aus parteipolitischen Rücksichten beiseite gelassen worden, nicht zutrefte. Aus sachlichen Gründen sei seine Wiederwahl verhindert worden; hinterher habe sich ja dann auch gezeigt, daß unter ihm eine starke Korruption sich entwickelt hatte. Ulrich verteidigt bezüglich anderer Behauptungen des Ludwigschen Buches auf eine Broschüre, die er (Ulrich) über die Tätigkeit der Sozialdemokratie in Offenbachs Gemeindeverwaltung veröffentlicht habe. Teile dieser Broschüre wurden vor Gericht verlesen. Er legt darin dar, daß die Budget- und Finanzwirtschaft der Sozialdemokratie durchaus zum Wohl der Stadt gewesen ist.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hugo Heinemann, nahm in seinen die Berufung begründenden Ausführungen für den Angeklagten den Schutz des § 193 in Anspruch, der ihm in dem Urteil der ersten Instanz verweigert worden war. Der Sozialdemokrat sei der schwere Vorwurf gemacht worden, daß sie in der Kommunalverwaltung das Parteivorteil über das Gemeinwohl stelle. Da habe Barth als Redakteur eines sozialdemokratischen Blattes die Pflicht und das Recht gehabt, diesen Angriff abzuwehren. Zweifelloso bestreite hier zwischen dem Redakteur und den von ihm zu verteidigenden Personen das sogenannte Auftragsverhältnis, das nach der Rechtsprechung die Voraussetzung der Zulassung des Schutzes von § 193 sei. Im übrigen sei aber auch der Wahrheitsbeweis geführt, daß Ludwigs Buch Unwahrheiten enthalte und leichtfertig zusammengetragene Angaben bringe, so daß man von „Schwindel“ reden könne. Jenen Mühlhäuser Monumentalbrunnens habe Bürgermeister Kaiser selber als Kunstwerk zur Aufstellung empfohlen. Mühlhausens Schuldenlast habe der Stadt werbende Anlagen verschafft. In Offenbach habe bei der Bürgermeisterwahl die Sozialdemokratie aus sachlichen Gründen im Interesse der Stadt sich gegen Bring erklärt. Dr. Ludwig, der in seinem Buch bei der Besprechung dieser Dinge leichtfertig mit der Ehre anderer gespielt habe, dürfe sich nicht wundern, daß eine scharfe Abwehr erfolgt sei. Der Angeklagte sei freizusprechen.

Als Rechtsbeistand des Klägers führte Justizrat Stolte aus, daß der Wahrheitsbeweis für die Behauptung, Ludwigs Buch sei ein „Schwindelwerk“, nicht habe geführt werden können. Der Angeklagte sei zu bestrafen, und zwar mit Gefängnisstrafe, weil eine Geldstrafe nicht ihn selber treffen würde.

Der Kläger Dr. Ludwig suchte den Vorwurf zurückzuweisen, daß er sein Material leichtfertig zusammengetragen habe. Er habe z. B. auch amtliches Material benutzt.

Der Angeklagte Genosse Barth hob hervor, daß der Kläger z. B. bezüglich des Monumentalbrunnens sich aus den ihm zugänglich gemachten Protokollen der Gemeinderatssitzung besser unterrichten konnte.

Das Urteil wurde mit einer sehr ausführlichen Begründung verlesen. Zweifelloso sei in dem Artikel dem Dr. Ludwig der Vorwurf gemacht worden, daß er in seinem Buch wissentliche Unwahrheiten bringe. Dem Angeklagten müsse der Schutz des § 193 verweigert bleiben, weil dieser bei der Wahrung nicht von Allgemeininteressen, sondern nur von individuellen Interessen gehandelt werden könne. Es bestreite hier kein Auftragsverhältnis, kein besonderes Band zwischen dem Redakteur und denen, deren Interessen er wahrzunehmen zu sollen geglaubt habe. Die Parteizugehörigkeit allein genüge nicht, ein Auftragsverhältnis zu begründen. Auch der Wahrheitsbeweis sei nicht geführt. Denn es genüge nicht, Unrichtigkeiten in dem Buch nachzuweisen, auch die Wissentlichkeit müsse nachgewiesen werden. Nun habe zwar die Beweisführung ergeben, daß verschiedene in dem Buch objektiv nicht ganz richtig ist. Das gelte besonders von Urteilen, die der Verfasser bringt, z. B. bezüglich des Brunnens. Auch die Angabe über Mühlhausens Schuldenlast sei objektiv nicht richtig, denn diese sei nicht auf 28 Millionen gestiegen. Aber daß diese Angaben bewußt unrichtig, daß sie „Schwindel“ waren, sei nicht nachgewiesen. Zu verkennen sei nicht, daß eine gewisse Tendenz angenommen werden konnte, wenn nur die Höhe der Schulden angegeben wurde, ohne daß dabei zu erkennen war, wie weit sie verbenden Zwecken dienten. Aber auch hier sei die Wissentlichkeit wieder nicht nachgewiesen. Nebenbei seien die Unrichtigkeiten über Offenbach zu beurteilen; nirgends sei der Wahrheitsbeweis bewußter Unrichtigkeit geführt. Der Angeklagte sei zu bestrafen. Seine Absicht, zu beleidigen, gehe schon daraus hervor, daß in dem Artikel die beleidigenden Ausdrücke „Lügenfabrik“ usw. durch Fettdruck hervorgehoben seien. Für das Strafmaß sei mildernd zu berücksichtigen, daß das Buch Angriffe enthält, von deren Unrichtigkeit der Angeklagte von seinem Standpunkt aus überzeugt sein konnte. Strafschärfend solle ins Gewicht, daß der Angeklagte als Redakteur schon Vorstrafen wegen Beleidigung erlitten habe. Es liege aber kein Grund vor, auf Freiheitsstrafe zu erkennen. Eine Geldstrafe sei ausreichend, doch müsse

sie wegen der Schwere des Vorwurfs, der einem Schriftsteller mit dem Wort „Schwindelwerk“ gemacht worden sei, auf 200 M. bemessen werden.

Die Verhandlung war für den Kläger nicht gerade ruhmreich. Erwiesen ist auch auf Annahme des Gerichts die Unrichtigkeit mehrerer von Ludwig öffentlich verbreiteter Behauptungen. Verurteilung ist dennoch eingetreten, weil dem Kläger geglaubt ist, daß er bei der Verbreitung der unwahren Behauptungen die Wahrheit nicht erkannt habe. Sonst wird beurteilt, wer unwahre Tatsachen verbreitet, hier ist der Kritiker des Verbreiters der Unwahrheiten verurteilt. Wenig schmeichelhaft für den Kläger, daß danach gerichtlich gegen ihn festgestellt ist, daß er unwahre Behauptungen verbreitet hat und ihm bei der Verbreitung der Unwahrheiten die Fähigkeit gefehlt hat, die Wahrheit zu erkennen.

Soziales.

Das Amtsgeheimnis im Ministerium des Innern.

Das Organ der deutschen Betriebskrankenkassen, die „Betriebskrankenkasse“ bringt in seiner Nr. 18 folgende kleine Notiz: Leipziger Verband und Ministerium des Innern. Ein Arzt hatte an das preussische Ministerium des Innern eine gegen den Leipziger Verband gerichtete Eingabe eingereicht. Das Organ des Leipziger Verbandes (Nr. 36) ist in der Lage, bis ins kleinste gehende Mitteilungen über die Form und den Inhalt dieser Eingabe zu machen. Dem Herrn Minister wird wohl nichts anderes übrig bleiben, als festzustellen, wie dies möglich ist. Oder stehen etwa Magistratur und Archiv des Ministeriums des Innern dem Leipziger Verband von Amts wegen offen?

Ein Arzt, welcher nicht zu den Honoraren des Leipziger Verbandes zählt, schreibt im Vertrauen auf das im Ministerium geltende Amtsgeheimnis eine Eingabe. Kaum war diese Eingabe von der Post dem Ministerium überbracht, so war schon das Organ der Ärzteschaft in der Lage, den genauen Inhalt dieser Eingabe mitzuteilen. Wo bleibt da das Amtsgeheimnis? Doch der Minister wird nicht „feststellen“, wie die „Betriebskrankenkasse“ meint, sondern ruhig weiter wurstein. Die Ärzteschaft, wie auch die Herren Apotheker haben ja ihre Kollegen in den einzelnen Ministerien gut untergebracht und sind dank dieser guten Verbindung immer in der Lage, sich auf „dem Laufenden zu halten“.

Verstoß gegen die guten Sitten.

Die Firma Kubacki Wasse in München engagierte für die Gewerbechau eine Anzahl Verkäuferinnen zum Vertriebe der Kataloge und amtlichen Führer durch die Ausstellung in München. Entgegen den Bestimmungen des Handelsgesetzbuches — sechsmonatliche Kündigungsfrist und Gewährung einer sechsmonatlichen Krankentüchtung — schloß sie mit jeder einzelnen Verkäuferin jeweils Verträge vom 1. bis 15. Sept. 15. bis 1. lauten, die immer wieder erneuert wurden, so daß, wenn eine der Verkäuferinnen erkrankte, die Firma zur Leistung des Krankengeldes nicht verpflichtet war. Das Kaufmannsgericht München erklärte diese Verträge als gegen die guten Sitten verstoßend. Darauf erklärte sich der Vertreter der Firma bereit, die eingeklagte Summe von 16 M. vergütungsweise zu zahlen.

Lohnverhältnisse der Unfallverletzten.

Bei unserer heutigen Rechtsprechung wird oft auch der Arbeitsverdienst eines Verletzten mit Unrecht als Beweis für die eingetretene Verringerung der Unfallfolgen oder der Angehörigen an den Zustand angeführt. Deshalb ist es wichtig, daß auch einmal ein Schiedsgericht anderer Meinung war. Der Banarbeiter P. zu Offenbach hatte durch einen Betriebsunfall eine völlige Versteifung des Heimgelenks der rechten Hand zu beklagen und erhielt seit Jahren eine Teilrente von 10 Proz. Die Berufsgenossenschaft hob aber nun die Rente wieder auf, weil nach Gutachten ihres Vertrauensarztes eine wesentliche Besserung durch langjährige Angehörigkeit an den Zustand usw. eingetreten sei. Vor allen Dingen sei auch die „normale Entlohnung“ des Verletzten ein genügender Beweis dafür.

Der Verletzte konnte nachweisen, daß sich der Finger gar nicht gebessert hatte, völlig versteift, nicht mehr zur Faust eingeschlagen werden kann, im Winter auch vor Kälte durch einen Verband geschützt werden muß. Das Schiedsgericht zu Wiesbaden beurteilte die Genossenschaft zur Zahlung der Rente, weil der verletzte Finger ein „direktes Arbeitshindernis bildet“. Im Urteil wird sehr richtig ausgeführt: „Die Lohnverhältnisse sind nicht ausschlaggebend, denn die Unfallfolgen würden sich bei einem Wechsel

Kleines Feuilleton.

Der Kapitalismus und die Kolotte. Nachdem Werner Sombart, der Geist- und Gründungsgeist, das Judentum zum Vater des modernen Kapitalismus gemacht hat, gibt er nunmehr dem neugeborenen Kinde zur Pflege Mutter — die Kolotte. Das „Weibchen“ bildet — wie er in seinem Essay über den Luxus im Ancien Régime („Die neue Rundschau“, 12, X) behauptet — die Triebfeder des luxuriösen Lebens, das im Reiz der Reife des Kapitalismus einsetzte mit dem erteilten Ergebnis, daß das Geld massenweise „unter die Leute kam“. Dieser neueste Versuch Sombarts, das Pferd bei dem Schwanz aufzukämmen und die abgeleiteten Formen des gesellschaftlichen Seins zu dessen leitenden Kräften zu machen, aufstiftet — was die einzig wissenschaftliche Methode ist — aus ihren materiellen Voraussetzungen zu entwickeln, enthält übrigens eine ganze Reihe von anmaßlichen Kulturbildern, um deren willen es sich überhaupt lohnt, von ihm Notiz zu nehmen.

Paris und London — zwei Zentren der Kultur von damals — waren auch die Hauptmärkte, auf denen die kleinen Feuilletonisten mit der mittelmäßigen Jugend einen der verlockendsten und begehrtesten Kräfte bildeten. Die heutigen bürgerlichen Zeitungen mit ihren „Heiratsannoncen“ nehmen sich sehr hässlich und tugendhaft aus gegenüber den damaligen Adreßbüchern der Kolotten, die — es handelte sich um das XVIII. Jahrhundert — in London und Paris regelmäßig erschienen und, wie es sich gehört, reisenden Abtats folgten. Londoner Kalender zeigte nur die besseren Kolotten an und beschrieb sie genau nach Gestaltbildung, Manieren, Talenten usw. Der Pariser Almanach war etwas demokratischer und enthielt die Adressen der Mädchen „aller Art und aller Klassen“. London zählte 50 000 Freudenmädchen oder sogenannte Rätressen, Paris etwa 80 000 Mädchen und 10 000 Rätressen.

Der Geldaufwand, der für diesen Luxusartikel alljährlich gemacht wird, war geradezu enorm. An der Spitze marschierte der französische Hof. Die Liebe zur La Vallière hat Ludwig XIV zur Erbauung von Versailles getrieben; auf seines Vaters kleinem Jagdschloß von Versailles hatte er die ersten Rendezvous mit ihr gehabt; „Dort auf dem Waldhügel sollte die Geliebte ihres Herrn Rauberschloß aufsteigen sehen.“ Der Bau, Ausbesserung, Möblierung, Wasserläufe und Gärten von Versailles haben dann etwas über 100 Millionen Franc verschlungen. Madame de Pompadour, die andere Liebe des Sonnenkönigs, hat in 10 Jahren nachweislich über 28 Millionen Livres verausgabt. Die Nachfolgerin dieser Äpfeligen Dame, Komtesse du Barry, wartete mit einer Gesamtrechnung von etwa 12 1/2 Millionen auf.

Dieser Liste der galanten Ausgaben des Hofes schließen sich ähnliche Rechnungen kleinerer Sünder an. Die Verschwendung des Rationalismus dauert ungedrückt fort, bis der Orkan der Revolution der schmarogenden Gesellschaft ihr Lebenslicht (oft im wörtlichen Sinne) ausbläht. So wenig war übrigens der vor-

revolutionäre Luxus eine Lebensnotwendigkeit der kapitalistischen Entwicklung, daß umgekehrt der Kapitalismus erst dann kräftig einsetzte, als durch Niederreißung der feudalen Schranken eine produktive Verteilung von angehäufelten Geldkapitalien in größerem Maßstabe möglich geworden war. Und wenn mit der Niederwerfung der Kolottenherrschaft auch einige Manufakturweize hart mitgenommen wurden, — es sei nur an das Schicksal der Pyoner Seidenindustrie erinnert — so hatte das für die Gesamtentwicklung ebenso wenig größere Bedeutung, als der Kolottenluxus für den Kapitalismus früher förderlich gewesen war. Der Kapitalismus ist doch schließlich ein viel zu erster Gelelle, als daß er seinen Siegeslauf durch den Salon der Kolotte zu nehmen gezwungen war.

Ein neues Mittel gegen Unfruchtbarkeit. Auf dem Pariser Kongress für Chirurgie machte Dr. Woronoff eine aufsehenerregende Mitteilung. Es ist ihm gelungen, Eierstöcke eines Schafs auf ein anderes, zuvor des gleichen Organs künstlich beraubtes zu verpflanzen, das dann ein Junges warf. Dr. Woronoff zeigte den Kongressmitgliedern die ausgepflanzten Organe, und einige Kollegen, die seine Versuche zu verfolgen Gelegenheit gehabt hatten, bestätigten seine Angaben. Daran knüpfte sich eine Diskussion über die Anwendbarkeit derselben Operation beim Menschen, wobei einigermaßen phantastische Meinungen entwickelt wurden. Die Herren stritten sogar, ob die Übertragung nur zwischen Frauen gleicher Rasse oder gleicher Hautfarbe möglich sei. Man sollte aber wohl ebensowenig wie über ungelagte Eier über unangesehene Eierstöcke streiten. Jedenfalls eröffnet die Mitteilung Dr. Woronoffs die Aussicht auf eine Kompensation der Familienverhältnisse und scheint zu der, wie das römische Rechtsprinzip bezug, ewig unlässiger Vaterkraft noch eine Streitfrage der Mutterschaft hinzuzufügen. In dem werden die Leute, die keine Couplendichter und Poffenfabrikanten sind, ruhig abwarten, ob die Entdeckung so fruchtbar ist, wie sie machen will.

Musik.

Volksfreundliche Konzerte. Man tut gut, nicht gleich jegliches Konzert „volkstümlich“ zu nennen, das sich so gibt. Doch von dem, was ein Konzert zu einem wirklich volkstümlichen macht, findet sich einiges bei nicht wenigen Veranstaltungen unseres gegenwärtigen Musiklebens: mäßiger Preise, Vergleiche auf gesellschaftlichen Effekt und dergleichen. Da mag die eingangs verwandte Bezeichnung passen.

So vor allem für die mehrfachen Veranstaltungen des Gläubner-Orchesters. Es hat seine „Großen Sinfoniekonzerte“, und zwar jetzt mit „Dessenschen Hauptproben“, also einer das gesellschaftliche Schlichte beginnenden Einrichtung (die nächste Probe ist Sonntag, den 20. d. M., mittags). Es hat seine Wagner-Abende und insbesondere seine sonntägigen Konzerte mit buntester Programmvielfalt. Am letzten Sonntag gab's u. a. eine Erinnerung an den vor kurzem verstorbenen französischen Altmeister J. Massenet; ein paar französische Lieder von ihm wirkten trotz

älterer Weise wie etwas Neues. — Dirigent Bruno Weyersberg machte Freude; er hält mit dem Temperament.

Weiten Kreisen etwas wie eine häusliche Musikstimmung zu bereiten, verstehen die Sonntagskonzerte des Schiller-Theaters. Regelmäßig zwei Kammermusik- und dazwischen Lieder. Die Auswahl meist vom „Bewährtesten“. Ein Tenorist mit auffallend weichem Ansatz der Stimme, Paul Reimers, wirkte noch animierender als die Instrumentalisten, deren meisterliche Solistat keine Wagnisse liebt.

Etwas erklüster sind die Kammermusikabende der Trio-Vereinigung, an deren Spitze der Violinist Felix Reher steht. Sie hat, wohl weil unsere bisherigen Konzerte noch immer nicht genügen, den etwas unpraktischen, aber durch mittlere Größe günstigen Festsaal der Großen Landesloge (Eisenacher Straße) genommen. Auf dem letzten Programm fand ein Quartett für Klavier, zwei Streicher und Klarinette — also eine seltene, doch besonders interessante Zusammenstellung. Das Werk ist von dem Bundesdirigenten der Arbeiterlänger F. Vothe. Referent hatte sich den Besuch des Konzerts daraufhin eingerichtet, kam aber infolge einer Verschiebung des Programms nicht mehr zurecht und konnte sich nur noch von kundiger Seite berichten lassen. Danach enthält das Quartett nach einem ersten Satz, der einen etwas „auseinandergehenden“ Eindruck machte, noch drei Sätze, die durchgehend vollständig und erfolgreich gewesen sein sollen: einen lyrisch-schönen Liedsatz, einen sbergoartigen Walzer in fünfziger Taktart und eine mehr wohlklingende als formstrenge Fuge.

Notizen.

— Musikchronik. Das erste der zwei Gewerkschafts-Saalkonzerte findet Freitag, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses statt. Das Programm enthält Kammermusikwerke und Lieder von Beethoven.

— Vorstellungen der Freien Hochschule. Die Emporhebung des Reichengeschlechts heißt ein Vortragskursus, den Dr. Eduard David Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, wiederholt. 12 beginnt. — Zu gleicher Zeit beginnt der Vortragskursus M. D. Waages über das Thema: „Wie erkennen wir die Welt?“ im Dorotheenstädtischen Realgymnasium.

— Eine Gedenkfeier zum hundertjährigen Geburtstag Hermann v. Glims veranstaltet am Sonntag Leopold Thurnet im Arkitektensaal. Zum Schluß des Abends weitere Dichtungen von Schönerr, Kranenwiter, Thoma.

— Pariserin der Spieltheater. Die Deutschen streiten sich darüber, ob der H. Orak bei und auch in Zukunft nur an seiner bisher einzigen Aulstätte, in Bagrenst, zelebriert werden darf. In Monte Carlo deut man praktischer: dort soll das Werk noch diesen Winter aufgeführt werden. Das nervenschlafe Jungs- und Koulletopublikum und das senile Deladenzwert des großen Jauderers (sicheren Verilhrungspunkte zu haben.

des Arbeitgebers sofort wirtschaftlich nachteilig bemerkbar machen, ohne daß der Rentenempfänger in solchem Falle hierauf einen Anspruch auf Wiedererstattung der Rente gründen könnte." Diese Entscheidung ist sehr zutreffend und auch sicher der Absicht des Gesetzgebers entsprungen. Leider hat das Reichsversicherungsamt entgegen dieser Absicht keine Rechtsprechung von Jahr zu Jahr verschleppert.

Gerichts-Zeitung.

Methylalkohol-Prozess.

Das Reichsgericht verwarf gestern die in dem Methylalkoholprozess von den drei Angeklagten eingelegte Revision.

Eine Kindesaussetzung lag einer Anklage zugrunde, welche die ledige Fabarbeiterin Martha Siegwart vor den Strafrichter führte. Die aus der Untersuchungshaft vorgeführte Angeklagte wurde am 21. Mai d. J. Mutter eines Kindes, und zwar in der Wohnung einer Hebamme, die sie gegen „Leistung der Hausarbeit“ angenommen hatte. Nach zehn Tagen mußte sie dann mit ihrem Kinde das Haus verlassen, trotzdem sie vor Mitternacht fast zu Boden sank. Da sie arbeits- und obdachlos war und sich auch mit dem Kinde auf dem Arme keine Arbeit finden konnte, irrte sie Tag und Nacht mit dem Kinde durch die Straßen Berlins. Mit dem in schmutzige Lappen eingewickelten Kinde, welches vor Hunger schrie und schließlich nur noch leise wimmerte, kam die Angeklagte schließlich nach Weiz, wo sie, einem plötzlichen Entschlusse folgend, das unglückliche kleine Wesen in einem Dorfselbst niederlegte. Ihre Hoffnung, daß vorübergehende Leute durch das Winseln des Kindes aufmerksam würden, erfüllte sich auch, denn das Kind wurde bald darauf von Passanten gefunden und dem Waisenhause übergeben, wo es sich noch heute befindet. Der Staatsanwalt beantragte mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte, mit der man nur in gewisser Beziehung Mitleid haben könne, es nur einem glücklichen Zufalle zu verdanken habe, daß ihr Kind nicht einem qualvollen Hungertode verfallen sei, 8 Monate Gefängnis. Das Gericht erkannte auf sechs Monate Gefängnis.

Die Annahme, daß die verzweifelte Mutter im zurechnungsunfähigen Zustande gehandelt habe, liegt so nahe, daß die Verurteilung überraschen muß.

Butterfälschungen.

In dem Bericht in Nr. 240 über die durch den Butterhändler Schwanebeck begangene Butterfälschung werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß sich die Fabrik zur Herstellung der sogenannten „Verzugsbutter“ nicht mehr in der Dirschenstraße, sondern in der Schlesischen Straße befindet. Die Margarinerwerke Berlin und deren in der Dirschenstraße befindliche Verkaufsstelle sind zu dem Prozess in keiner Beziehung.

Prozess Weingärtner vor dem Reichsgericht.

In dem Prozess Felix Weingärtners gegen den König von

Preußen, vertreten durch die Generalintendantur der königlichen Schauspiele, erkannte gestern das Reichsgericht auf Zurückweisung der Revision des Klägers gegen das Urteil des mit dem Kammergericht verbundenen geheimen Justizrats vom 26. März d. J. Der Klageanspruch ging dahin, daß der von Weingärtner mit der Generalintendantur abgeschlossene Vergleich, wonach er während fünf Jahren in Berlin und innerhalb eines gewissen Umkreises nicht öffentlich auftreten darf, als ungültig anzusehen sei, weil er gegen die guten Sitten verstoße.

Geschäftsklausur für Barbier.

Zweidrittel der Inhaber von Barbier- und Friseurgeschäften in Salzwedel hatten beim Regierungspräsidenten in Magdeburg gemäß § 41b der Gewerbeordnung beantragt, zu bestimmen, daß in Salzwedel an den zweiten Feiertagen der großen Feiertage (Weihnachten, Ostern, Pfingsten) die Barbier- und Friseurgeschäfte vollständig für den geschäftlichen Verkehr geschlossen sein müßten und daß auch außerhalb der Geschäfte ein Betrieb nicht stattfinden solle, also auch keine Bedienung von Kunden in ihrer Wohnung. Diefem Antrage kam der Regierungspräsident durch eine Bekanntmachung vom 15. März 1910 nach. Die Strafkammer in Stendal erklärte die Anordnung für ungültig und sprach die Barbier Loew und Hoppe frei, welche am zweiten Weihnachtstage Kunden in deren Wohnung bedient hatten.

Das Kammergericht hob am 10. d. M. das Urteil auf und verwies die Sache in die Vorinstanz zurück. Begründend wurde ausgeführt: durch seine Bekanntmachung habe der Regierungspräsident ausgedrückt, daß an den erwähnten Feiertagen weder in den Geschäften, noch bei den Hauskunden ein Barbier- und Friseurbetrieb stattfinden dürfe. Das habe der Regierungspräsident in Uebereinstimmung mit dem Antrage von Zweidritteln der beteiligten selbständigen Barbier und Friseure von Salzwedel festsetzen dürfen. Die Anordnung halte sich im Rahmen von § 41b der Gewerbeordnung und sei rechtsgültig.

Wann werden die Barbier und Friseure in Berlin sich zur Durchsetzung einer hinlänglichen Ruhezeit aufstellen?

Ist zum Eintritt in einen bestehenden Mietvertrag Schriftform erforderlich?

Von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung, weil oft vorkommend, ist die Frage des Eintritts eines neuen Mieters in einen bestehenden Vertrag. Nach § 508 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bedarf ein Mietvertrag über Wohn- und andere Räume der Schriftform, wenn er für längere Zeit als ein Jahr geschlossen wird. Wird die Form nicht beobachtet, so gilt der Vertrag als auf unbestimmte Zeit abgeschlossen; er ist dann jederzeit kündbar, aber nicht für eine frühere Zeit als für den Schluss des ersten Jahres. Tritt nun ein anderer Mieter mit Zustimmung des Vermieters in einen Miet-

Vertrag ein, so fragt es sich, ob hierzu die Schriftform erforderlich ist, wenn der Vertrag noch länger als ein Jahr läuft. Das Reichsgericht hat diese Frage mit der Bestätigung eines Urteils des Oberlandesgerichts Bosen am Freitag verneint, weil der Eintritt des neuen Mieters auf Grund einer Abtretung der Rechte erfolgt, diese aber der Schriftform nicht bedarf. Es ist hiernach die vorzeitige Kündigung eines langfristigen Mietvertrages nicht statthaft, auch wenn beim Eintritt des neuen Mieters kein neuer schriftlicher Vertrag geschlossen wurde, sondern der Vermieter nur mündlich sich mit dem Eintritt einverstanden erklärt hat. (Rfenzzeichen III, 305/12.)

Lesabend.

Schlenker. Heute Mittwoch, den 16. Oktober: Vortrag des Genossen Dr. Wilhelm Grummach: „Gesundheitspflege in Haus und Familie“.

Witterungsüberblick vom 15. Oktober 1912.

Stationen	Barometere Stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. in °C	Stationen	Barometere Stand mm	Wind- richtung	Wind- stärke	Temper. in °C
Wilmanns	764	SW	3	8	Bayreuth	765	SW	4	8
Hamburg	768	SW	3	8	Petersburg	768	SW	4	8
Berlin	766	SW	4	8	Wien	772	SW	4	8
Frankfurt	770	SW	4	8	St. Petersburg	765	SW	4	8
München	771	SW	4	8	Warschau	771	SW	4	8
Wien	768	SW	3	8					

Wetterprognose für Mittwoch, den 16. Oktober 1912.

Ruhig kühl, am Tage wieder ziemlich mild und vielfach heiter, aber veränderlich mit leichten Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 14.10.		am 15.10.	
	am	mit	am	mit
Remel, Elbt	143	143	143	143
Regel, Inherburg	28	28	28	28
Schiffel, Thorn	168	168	168	168
Dber, Ratibor	156	156	156	156
Strossen	167	167	167	167
Frankfurt	164	164	164	164
Wartze, Schrimm	132	132	132	132
Landesberg	1	1	1	1
Rehe, Borsdamm	6	6	6	6
Elbe, Leitmeritz	22	22	22	22
Dresden	98	98	98	98
Barch	167	167	167	167
Magdeburg	133	133	133	133

+) + bedeutet Hoch. - Fall -) Unterpegel.

Öffentliche politische Versammlungen.

4. Wahlkreis. (Landsberger Viertel.)

Morgen, Donnerstag, 17. Oktbr., abends 8 1/2 Uhr, im „Elysium“:

Öffentl. Volksversammlung.

Tagesordnung:

1. Imperialismus und der Krieg auf dem Balkan. Referent: Genosse Dr. Breitschold. 2. Diskussion.

Die Abteilungsleiter.

Zahlreichen Besuch erwartet Der Einberufer Paul Kaiser, Straßmannstr. 4.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin Hauptbüro: Amt Norden, Nr. 1230. Charisstraße 3. Amt Norden, Nr. 1087.

Donnerstag, den 17. Oktober 1912, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59:

Versammlung der Emailierer Berlins und Umgegend.

Tagesordnung:

1. Wie werden die Vereinbarungen in der Emailierbranche gehalten? 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 120/3

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, im „Zwinnmünder Gesellschaftshaus“, Zwinnmünder Str. 12:

Versammlung der Dachdecker u. Hilfsarbeiter

Tagesordnung:

Unser Kampf in Berlin. 62/7

Der Vorstand.

Steinarbeiter.

Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15:

Generalversammlung

Tagesordnung:

1. Bericht vom dritten Quartal. 2. Aussprache über den künftigen Verbandstag. 3. Wahl der Beiratsmitglieder. Die Mitglieder beider Sektionen

Marmor- u. Sandsteinbranche

sind zur Teilnahme an der Versammlung verpflichtet. 172/6

Damit die Versammlung pünktlich eröffnet werden kann, ist frühzeitiges Erscheinen notwendig. Die Ortsverwaltung.

Ortskrankenkasse der Madler und Siebmacher zu Berlin.

Sonnabend, den 2. November 1912, abends 8 Uhr.

im Lokal von Wollschläger, Halberstraße 21:

Ordentl. Generalversammlung.

Tagesordnung:

1. Wahl des Vorstandes (2 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer). 2. Berichterstattung der Protokolle. 3. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnungen von 1912. 4. Bericht über den Stand der Verschmelzung der Krankenkassen und Verschmelzung über den Antrag des Vorstandes auf Zulassung der Kasse nach der neuen Reichsversicherungsordnung. 5. Verschiedenes.

Die Herren Arbeitgeber wählen um 8 Uhr, die Arbeitnehmer um 8 1/2 Uhr. — Nach Schluß der Wahlen findet zur Erledigung der übrigen Punkte der Tagesordnung eine gemeinsame Versammlung statt. Berlin, im Oktober 1912.

Der Vorstand.

H. K. Rob. Schmidt, Vorsitzender.

Orts-Krankenkasse für den

Amtsbezirk Blankenfelde in Berlin-Rosenthal.

Am Dienstag, den 29. Oktober 1912, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn W. Schneider in Berlin-Rosenthal, Prinzenstr. 1, die

Ordentliche

General-Versammlung

statt, wozu die Herren Vertreter hiermit ergebenst eingeladen werden.

Tagesordnung:

1. Wahl von Vorstandsmitgliedern (3 Kassamitglieder u. 1 W. beizugeber). 2. Wahl der Rechnungsprüfungskommission. 3. Genehmigung von Mietverträgen. 4. Beschlußfassung über den Antrag auf Ausgestaltung zur Allgemeinen Orts-Krankenkasse oder auf Zulassung als „besondere“ Orts-Krankenkasse im Sinne der Reichsversicherungsordnung. 5. Erledigung etwaiger schriftlich eingegangener Beiträge. 6. Verschiedenes.

Anfragen und Beschwerden, zu welchen die Einsicht in die Kassenbücher notwendig ist, müssen mündlich oder schriftlich behufs Beantwortung derselben in der Generalversammlung bis zum 25. Oktober ex. der Kassenverwaltung mitgeteilt werden. Als Legitimation ist die schriftliche Einladung mitzubringen. 279/14

Der Vorstand.

H. B. Schneider, Vorsitzender.

Opilouffan No. 27648.

... Mein Berufswunsch ist Malzbräu zu sein, nicht nur im Geschmack, sondern auch im Preis.

Ihr Opilouffan No. 27648!

Deutscher Bauarbeiter-Verband. Sektion der Putzer.

Achtung! Putzer. Achtung!

Donnerstag, den 17. Oktober, abends 6 Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 58/59:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Berichterstattung von der Stufkateur-Konferenz. 2. Geschäftshandhabung der Putzer-Gesellschaft u. d. S. (Terressina) und Auswahlantrag. 3. Verbandsangelegenheiten. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht [142/14] Die örtliche Verwaltung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.

Bureau: Melchiorstraße 28, part. Filiale Berlin. Arbeitsnachweis: Haderstraße 9. Fernsprecher: Amt Npl. Nr. 4787. Fernsprecher: Amt Norden 6708.

Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96/97.

Tagesordnung:

1. „Streikrecht“. Referent Dr. Kurt Rosenfeld. 2. Diskussion. 3. Wahl von sechs Delegierten zur Bezirkskonferenz. 4. Verbandsangelegenheiten. 130/10

Wegen der wichtigen Tagesordnung erwarten wir das Erscheinen aller Kollegen.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Die Ortsverwaltung.

VERA

3 Pf

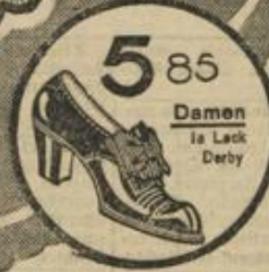
JOSETTI Cigarette

Aufsehen erregen

unsere Schlager!



Lewinsohn
Größtes Schuhwarenhaus
für Gelegenheitskäufe
Rosenthaler Str.
40-41
Hackescher Markt



2. Geschäft: Gr. Frankfurter Str. 110,
(am Strausberger Platz).

3. Geschäft: Charlottenburg,
Nehringstr. 34, Ecke Magazinstraße,
am Friedrich-Carlplatz.



Servus
mit Dosenöffner

Überall zu haben in großen Dosen à 20 Pf.
Fabrikanten: Lubszynski & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

Rosenthaler Hof
Rosenthaler Str. 11/12. Inß. Otto Schilling. Telefon: Amt N. 2438.
Täglich Räume renoviert.
9 Vereinzimmer, Regalbau, 3 Säle mit Bühne bis 400 Personen,
noch einige Sonnende und Sonntage frei. 37762

Theater.
Mittwoch, 16. Oktober 1912.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Deutsches Schauspielhaus, Egmont.
Berliner. Rabale und Liebe.
Anfang 4 Uhr.
Urania. Am Golf von Neapel.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Kgl. Opernhaus. Ein Radenball.
Kgl. Schauspielhaus. Der große König.
Königgräber Straße. Herodes und Mariamne.
Sirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung.
Sirkus Busch. Gala-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48/49.
Kauf Walterhorn.
Deutsches. Tolentanz.
Kammertheater. Mein Freund Teddy.
Verling. Landis der Herr.
Schiller O. Der Tallman.
Schiller-Charlottenburg. Nach-
mann als Erzähler.
Kleines. Magdalena.
Deutsches Schauspielhaus. Der
gütigste Bräutigam.
Kroll. Der Reineidhauer.
Berliner. Große Hofjungen.
Reichens. Der Herr von Nr. 19.
Thalia. Antikolchen.
Theater am Rollendorfsplatz. Der
Herr von Nr. 19. Freitag, den
18. Okt., 1. N.: Gemütsmenschen.
Luisen-Theater.
Mittwoch: Die Melchiorgräfin.
Donnerstag: Die gelbe Gefahr.
Freitag: Die Melchiorgräfin.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung: Joerg Nase.
Sonntag, den 20. Okt.: Premiere:
Des andern Ehre.
ROSE=THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Papageno.
Lachspiel in 4 Akten von N. Knecht.
Donnerstag: Von Stufe zu Stufe.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauben gestiftet.
Chauffeur - ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern von J. Freund,
Wahl v. Rud. Wellen. Länge arrang.
von Bill Wilson. In Szene geföhrt
vom Direktor H. Schütz.
Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Nie dagewesener Erfolg!
Lucy König, Wiener Soubrette.
M. Juanita, Tana-Idylle.
Sensationeller Lacherfolg!
Bernhard Mörbitz
als Ehepaar Pletsch
und 8 weitere Attraktionen.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Eröffnung der Winter-
hallen. Gr. Orchester.
Dirig.: R. Schröder.
**Die Macht
der Töne.**
Barthele
v. Wegel.
Anf. 8 Uhr.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Große Hofjungen.
Theater in der Königgräber Straße
Abends 7 1/2 Uhr:
Herodes und Mariamne.
Theater am Rollendorfsplatz
(Neues Schauspielhaus).
Täglich abends 8 Uhr:
Galliel des
Münchener Künstler-Theaters:
Cordens in der Unterwelt.
Montis Operetten-Theater
(früher Neues Theater)
8 Uhr: Goldener Leuchtturm.
Sonnab., 1. N.: Der Frauenfresser.
Residenz-Theater.
Anfang 8 Uhr.
Der Herr von Nr. 19.
Schwank in 3 Akten von Arcaul und
Barré.
Mittwoch und Donnerstag: Der
Herr von Nr. 19. Freitag, den
18. Okt., 1. N.: Gemütsmenschen.
Luisen-Theater.
Mittwoch: Die Melchiorgräfin.
Donnerstag: Die gelbe Gefahr.
Freitag: Die Melchiorgräfin.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-
vorstellung: Joerg Nase.
Sonntag, den 20. Okt.: Premiere:
Des andern Ehre.
ROSE=THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 Uhr.
Papageno.
Lachspiel in 4 Akten von N. Knecht.
Donnerstag: Von Stufe zu Stufe.
Metropol-Theater.
Abends 8 Uhr: Rauben gestiftet.
Chauffeur - ins Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang und
Tanz in 10 Bildern von J. Freund,
Wahl v. Rud. Wellen. Länge arrang.
von Bill Wilson. In Szene geföhrt
vom Direktor H. Schütz.
Apollo Theater
Ab 8 Uhr
Nie dagewesener Erfolg!
Lucy König, Wiener Soubrette.
M. Juanita, Tana-Idylle.
Sensationeller Lacherfolg!
Bernhard Mörbitz
als Ehepaar Pletsch
und 8 weitere Attraktionen.
Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Eröffnung der Winter-
hallen. Gr. Orchester.
Dirig.: R. Schröder.
**Die Macht
der Töne.**
Barthele
v. Wegel.
Anf. 8 Uhr.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis
Abteilung 1-7
Donnerstag, den 17. Oktober 1912, in der Brauerei Königstadt,
am Schönhauser Tor:
Großes Extra-Künstler-Konzert
von S. Translateur mit seinem vollständigen Orchester.
— Anfang Punkt 8 1/2 Uhr. — — Billett 20 Pfennig. —
Nach dem Konzert: **Tanz-Kränzchen** ohne Nachzahlung.
Das Komitee.
Billetts sind zu haben bei Paul Dobrahaw, Schliemannstr. 59; Herm. Kriedemann, Star-
garder Str. 74; Reinh. Bugge, Kastanienallee 95/96; Otto Bachgänger, Schivelbeiner Str. 23.

Gesellschaftshaus des Westens
SCHÖNEBERG
Hauptstrasse 30-31
Hochelegante Räume für Hochzeiten, Säle für Ver-
sammlungen, Bälle, Privat- und Vereins-Festlichkeiten
Tagesrestaurant mit vorzügl. Küche
Sechs Verbands-Kegelbahnen mit gemütlichen Kegelstuben
OTTO MÖLTER

**„Clou“: Berliner ::
Konzerthaus**
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.
Heute! **Großes Doppelkonzert.** Heute!
Berliner Konzerthaus-Orchester Dirig.: Frz.
v. Blon, Komp.
Musik. II. Garde-Regts. z. F. Dirigent:
Oberm. Graf.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr.
An allen Wochentagen nachm.
Gr. Promenaden-Konzert bei freiem Eintritt.

Biercabaret
im Lichtprunksaale
der Passage.
Jeden Abend 1/9 Uhr:
Hermann
Funke
Hansy Petra
Putzi Cassani
Mizzi Dressl
Werner Goldmann
Otto Bellmann
20 Künstlerinnen u. Künstler.
Einheitspreis 1 M.

Herrnfeld
Theater
8 Uhr:
Die mit beispiellosem Lacherfolge
aufgenommene Novität
Die Alpenbrüder.
10 Uhr:
Endlich allein!
Beide Stücke mit den Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).
Trianon-Theater.
Abends 8 Uhr:
Liebesbarometer.

Urania
Taubenstraße 48/49.
Wissenschaftliches Theater.
Nachm. 4 Uhr:
Am Golf von Neapel.
Abends 8 Uhr:
Aufs Matterhorn!
Hörsaal 8 Uhr: Dr. Wilh. Berndt:
Staat und Gesetz bei höheren Tieren.
Folies Caprice.
Zum 46. Male
Die drei Schlager:
Der teufliche Joseph.
Der Weibod.
Der Einbrecher.
Voigt-Theater.
Gelandbrücken Badstraße 58.
Mittwoch, den 16. Oktober 1912:
Graf und Hirtin.
Roman. Selbst in 3 Akte v. Büchardt.
Kaffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

Passage-Panoptikum
RAPPO
der größte Entfesselungs-
künstler der Zeit.
Der Mann mit dem
eisernen Schlund!
die anatom. Unmöglichkeit.
Lebend! Ohne Extra-Entree!

Zirkus
A. Schumann
Heute Mittwoch, 16. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Große equestrische Vorstellung
mit besonders ausgewähltem
Programm.
Debüt! Zum 1. Male in Berlin:
Clown Jancsi
mit seiner Novität: Singen im
Zirkus, u. die übrig. Attraktionen.
Um 9 1/2 Uhr:
Der unsichtbare Mensch.
Vier Bilder aus Indien.
1. Der Ausgestoßene. 2. Der Yagin
im heiligen Dschungel. 3. Das Opfer
der Kalr. 4. Das Fest des Maharad-
schah sowie der Brand d. Palastes.

Zirkus Busch.
Heute Mittwoch, 16. Oktober,
abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Houdini
der König der Ausbrecher.
Das Kriegsluftschiff d. Zukunft.
(Ingenieur H. Bohle).
Lenkung ohne Besatzung
durch drahtlose Stromzufüh-
rung. Projektionslehre
auf Kriegsschiffe.
Zum
Schluß: **Unter Gorillas.**

Casino-Theater
Göttinger Str. 37. Täglich 8 Uhr:
Das sensationelle Oktober-Programm
Robert Neemann.
Berlins Lieblingshumorist mit neuen
Salzgeräten. Nielen-Lacherfolg des
täglichen Stüdes
Der Großfürst.

Theater Königstadt-Casino.
Holzmarktstr. 72. Gde Alexanderstr.
1. Akt v. Bahnh. Jamowitzbräde.
Tägl. abends 8. Sonnt. 5 Uhr:
Das große Novitäten-Pro-
gramm und
Papa ist krank.
Große Posse in 1 Akt.

Admiralspalast
am Bahnhof Friedrichstraße.
Eispalast.
Einzig in der Welt mit seinen
prunkvollen Eisballetts.
Reute
2 Vorstellungen 2
nachmittags und abends
das sensationelle Eisballett
„Yvonne“.
100 Mitwirkende. Fabelhafte
Ausstattung!
Die kleine Charlotte.
Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr
abends halbe Kassenpreise.
Restaurant 1. Rang:
Wein- und Bier-Abteilung.

Schiller-Theater O. Bahner-
Theater.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Der Tallman.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Des Pfarrers Tochter von Stralendorf.
Freitag, abends 8 Uhr:
Des Pfarrers Tochter von Stralendorf.
Schiller-Theater Charlotten-
burg.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Flachmann als Erzieher.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
König Lear.
Freitag, abends 8 Uhr:
König Lear.
Deutsches Schauspielhaus
(Romische Oper).
Mittwoch 8 1/2 Uhr: Egmont.
Abends 8 Uhr: Der guttliche Bräutigam.

Die Arbeitgeberwahlen zum Gewerbe-gericht

finden am Freitag, den 15. November, statt. Für diese Wahlen der Arbeitgeber sind Wählerlisten aufgestellt worden, die nur noch bis einschliesslich Donnerstag, den 17. Oktober d. J., während der Dienststunden von morgens 8 bis nachmittags 3 Uhr in dem Wahlbureau, Poststraße 16 II — Zimmer 57 — zur Einsicht öffentlich ausliegen.

Die uns von vielen Seiten mitgeteilt wird, sind die Wählerlisten äusserst lüdenhaft. Wer keine Nachricht über die erfolgte Eintragung erhalten hat, bemühe sich sofort nach dem Wahlbureau und beantrage seine Aufnahme. Nach Donnerstag werden Einsprüche nicht mehr berücksichtigt. Da bei der Gewerbegerichtswahl die Verhältniswahl besteht, kommt jede Stimme in Betracht.

Als Arbeitgeber im Sinne der §§ 8 und 9 des Ortsstatuts gelten diejenigen selbständigen Gewerbetreibenden, welche mindestens einen Arbeiter (Gesellen, Fabrikarbeiter, Lehrling) regelmäßig das Jahr hindurch oder zu gewissen Zeiten des Jahres beschäftigten und den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben.

Den Arbeitgebern stehen hinsichtlich der Wahlberechtigung und Wählbarkeit die mit der Leitung eines Gewerbebetriebes oder eines bestimmten Zweiges desselben betrauten Stellvertreter der selbständigen Gewerbetreibenden gleich, sofern ihr Jahresverdienst an Lohn und Gehalt 2000 M. übersteigt.

Hausgewerbetreibende wählen und sind wählbar als Arbeitgeber, wenn sie gemäß § 14 der Gewerbeordnung den selbständigen Gewerbebetrieb angemeldet haben, andernfalls als Arbeitnehmer.

Partei-Angelegenheiten.

Reutlin. Heute Mittwoch, abends 8 Uhr, findet in den Passagenstrassen für die Mitglieder des Wahlvereins, besonders für die Frauen, ein Vortrag des Herrn Vertreters der sächsischen Werke über: „Die Bewertung des Gases“ statt. Die Ausführungen des Referenten werden an Apparaten erläutert, auch werden Kostproben der zubereiteten Speisen an die Teilnehmer abgegeben.

Steglich-Friedenau. Am Freitag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, beginnt im Lokale von Schellhase, Steglich, Ahornstr. 15a, der auf vier Vorträge berechnete Vortragskursus des Genossen Mag. Brunwald über: Die Entwicklung der Wirtschaft. Der Eintrittspreis für alle vier Vorträge beträgt 40 Pf. Karten sind im Verlehrslokal zu haben. Der Bildungsausschuss.

Lausitz. Der heutigen Nummer des „Vorwärts“ liegt der Arbeitsplan des Bildungsausschusses bei. Die Genossen werden gebeten, denselben zu beachten. Gleichzeitig werden die Genossen ersucht, den Weiteren Abend am Sonnabend bei Brohagla zu besuchen. Für ein interessantes künstlerisches Programm ist Sorge getragen.

Friedrichshagen. Der Bildungsausschuss veranstaltet einen Vortragskursus über: Die wirtschaftliche und geistige Kultur des 18. Jahrhunderts. Vortragender ist Genosse Martin Kahle. Der Kursus umfasst fünf Abende und beginnt morgen Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im Lindengarten, Friedrichstr. 74. Eintrittspreis für alle fünf Vorträge 75 Pf., für den Einzelvortrag werden Karten a 25 Pf. abgegeben.

Schmargendorf. Am Donnerstag, den 17. Oktober, abends 7 Uhr, vom Dirschhaus Schmargendorf aus, wichtige Flugblattverbreitung.

Reinickendorf-Or. Heute abend 8 Uhr findet in Ramstons „Kantinenwäldchen“, Schönholz 14, eine öffentliche politische Versammlung statt, in der der Genosse Ad. Hoffmann über: „Widbrauch der Religion zu wirtschaftlichen und politischen Zwecken“ sprechen wird.

Tegel. Heute abend 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Lokalen aus.

Vernau. Donnerstag, den 17. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, im großen Saale des Herrn Salzmann, Ostborker Straße: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: Die Hausfrauen und Mütter im Kampfe gegen die Teuerung. Referentin: Frau Wilm-Schuch. Freitag, den 18. Oktober: Wichtige Flugblattverbreitung. Die Flugblätter werden Donnerstag vor der Versammlung ausgegeben.

Berliner Nachrichten.

Zum Feuerwehrlauf erklärt die „Vossische Zeitung“ von gestern abend: „Auf den Feuerwachen wurde heute beim Appell ein neuer Erlass des Polizeipräsidenten zur Verteilung gebracht, in dem den Feuerwehrmännern, die noch nicht „ordnungsgemäß“ ihren Austritt aus dem Verein Berliner Feuerwehrmänner vollzogen hätten, aufgetragen wird, dies unverzüglich zu tun, falls sie Wert darauf legen, bei der Wehr zu bleiben. Die Feuerwehrmänner würden, so teilt man uns mit, zugleich dringend gewarnt, an künftigen Versammlungen des Vereins teilzunehmen — es werde streng aufgepaßt, wer sich dort noch blicken lasse — oder sonstige den Verein durch Geldbeiträge etwa zu unterstützen. Der Polizeipräsident wünsche durchaus, daß die Feuerwehrlaute einen neuen Verein ins Leben riefen, etwa auf der Grundlage des alten, nur mit Ausschaltung der Pensionierten. Der Polizeipräsident würde einen solchen Verein gern unterstützen.“

Unter den Feuerwehrlauten herrscht, wie uns hierzu mitgeteilt wird, keine große Neigung, einen neuen Verein zu gründen, da ein solcher „Verband von Polizeigenossen“ natürlich nur „nach Reichels Pfeife“ tanzen müßte. Gegen den Branddirektor herrscht überhaupt starke Erbitterung. Man wirft ihm vor, daß gerade er seinerzeit sein Blacet zur Vereinsgründung davon abhängig gemacht habe, daß auch die Pensionierten — um deren Vereinsluste es damals äbel bestellt war — Unterkommen in dem Verein fänden. Heute wird gerade der Umstand, daß dem Verein auch Pensionierte angehören, als Grund für die Jagow'schen Maßnahmen angegeben. Wo bleibt da die Logik? Der Gründung eines neuen Vereins steht auch das Bedenken entgegen, daß die Frage der Pensionierten nach wie vor Schwierigkeiten macht. Die Feuerwehrmänner, die jetzt einem neuen Verein beitreten, müßten sich fragen, was mit ihnen denn geschehe, wenn sie pensioniert würden. Sollten sie damit aus dem neuen Verein einfach ausscheiden und damit ihres Anteils am Vereinsvermögen verlustig gehen, so wie man ihnen jetzt als aktiven Wehrmännern durch die Jagow-Reichelschen Zwangsmassnahmen finanziellen Schaden zufügt? Läßt man die Leute nach ihrer Pensionierung oder im neuen Verein, dann wäre das ja schließlich der alte, vom Polizeipräsidenten verordnete Zustand. Zum zweiten Male ein Vermögen von 30 000 M. aus den sauer verdienten Gehältern ankommen, und nachher durch einen Federstich des Polizeipräsidenten darüber gewissermaßen verflüchtigt zu lassen, fällt den Feuerwehrlauten nicht im Traum ein. Sie knüpfen an eine in Vorbereitung befindliche Intervention beim Kaiser noch eine schwache Hoffnung, daß sich ihre Lage bessern könnte.“

Das teure märkische Obst. Auf dem märkischen Obstmarkt, der gestern in der Westhalle des Landesausstellungsparkes eröffnet worden ist, werden wiederum zum Teil ganz enorm hohe Preise gefordert. Bei der gegenwärtigen teuren Zeit ist der Rundermittelteil daher kaum in Stande, von dem märkischen Obst zu kaufen. Die Preise schwanken zwischen 3 und 8 M. für das Zehnpfund-Paket, geringwertige Sorten werden auch zu 2 M. angeboten. Die märkischen Obstmärkte bilden sich immer mehr zu Märkten für Obstfeinschmecker aus. Wenn man in Betracht zieht, daß die Obstzüchter die diesjährige Obsternte als „sehr gut“ bezeichnen, dann kann man die Festsetzung solcher teurer Preise nicht verstehen.

Briefe nach den Vereinigten Staaten müssen jetzt mit 20 Pf. frankiert werden, wenn sie eilig sind. Sie gehen dann am 18. Oktober über Southampton oder Cherbourg und sind am 26. Oktober in New York. 10 Pf.-Briefe gehen zwar schon am 17. Oktober ab, treffen aber erst am 27. Oktober in New York ein. Die letzten Bahnposten nach Southampton gehen am 18. von Berlin 11.23 vorm., von Hannover 3.42 nachm., von Köln 6.13. Nach Cherbourg gehen die letzten Züge aus Berlin 1.00 nachm., aus Köln 10.52 nachm. In beiden Häfen wird die deutsche Post dem Dampfer „St. Louis“ der American-Line übergeben. 10 Pf.-Briefe gehen nach Lughaven in der Nacht vom 16. zum 17. Oktober von Berlin 12.00, Magdeburg 12.17, Hannover 3.50, Hamburg 3.00. Nach Abgang der Bahnposten nach Southampton und Cherbourg können auch eilige Briefe mit 10 Pf. frankiert werden. Sie gehen auf alle Fälle am 19. Oktober von Bremerhaven mit dem Dampfer „George Washington“. Die letzten Bahnposten dahin gehen in der Nacht vorher von Berlin 10.45, Hannover 3.53, Bremen 3.00. Dieser deutsche Dampfer erhält noch Nachverträge mit 20 Pf.-Briefen in Southampton und Cherbourg. Diese gehen zuletzt am 19. Oktober nach Southampton von Berlin 11.23 vorm., von Hannover 3.42 nachm., von Köln 6.13 nachm., nach Cherbourg von Berlin 1.00, Köln 10.52 nachm.

Magistrat und Fleischsteuerung.

Bezugs Beschaffung frischen Fleisches aus Russland hat der Berliner Magistrat der Stadtverordnetenversammlung folgende Vorlage angehen lassen:

Nach ihrer am 28. September d. J. bekanntgegebenen Entscheidung hat die königliche Staatsregierung zur Bekämpfung der herrschenden Fleischnot die Einfuhr von frischem Rind- und Schweinefleisch aus Russland, Serbien, Rumänien und Bulgarien und die Einfuhr von lebendem Vieh aus Holland unter gewissen Bedingungen vorübergehend zugelassen. Diese bestehen in der Hauptsache darin, daß die Einfuhrerleichterungen nur den größeren Städten zuteil werden, daß die Einfuhr nur für diese geschieden darf, daß die Verkaufspreise möglichst niedrig zu halten sind, und daß die Festsetzung der Verkaufspreise unter behördlicher Mitwirkung zu geschehen hat. Weiter ist die Einholung besonderer Genehmigung der Staatsregierung für die Einfuhr überhaupt im Einzelfall notwendig. Obwohl von der Unzulänglichkeit der getroffenen Maßnahmen überzeugt, haben wir doch geglaubt, unter allen Umständen versuchen zu müssen, inwieweit sich die gewährten Vergünstigungen für die Stadt nutzbar machen lassen. Demgemäß haben wir sofort nach Bekanntwerden des Erlasses der königlichen Staatsregierung bei dieser den Antrag gestellt, uns die Genehmigung zur Einfuhr in vollem zugelassenem Umfang zu erteilen. Die Genehmigung ist sodann auch ergangen, jedoch nur zur Einfuhr aus Russland. Aus den genannten drei Balkanstaaten ist nur die Einfuhr von Schweinefleisch zugelassen. Da die Einfuhr aus den Balkanstaaten nun wegen der zurzeit herrschenden Balkanwirren überhaupt nicht in Betracht kommt, bleibt lediglich die Einfuhr aus Russland übrig. Diese soll energisch verurteilt werden. Alle dazu nötigen Vorkehrungen sind bereits getroffen. Da es uns wichtig erscheint, für eine möglichst regelmäßige der Lieferungen zu sorgen und beabsichtigt ist, zunächst 3000 Zentner wöchentlich für Groß-Berlin einzuführen, in diesem Sinne von uns auch bereits ein Vertrag abgeschlossen ist und die im Interesse eines rechtzeitigen Vorgehens unentbehrlichen einleitenden Schritte getan sind, so erhebe ich die Bitte um Genehmigung der erforderlichen Mittel geboten. Wir halten den Betrag von 600 000 M. für nötig. Demgemäß erbitten wir Bewilligung dahin: Die Versammlung stellt dem Magistrat zur Durchführung der von diesem zur Bekämpfung der herrschenden Teuerung getroffenen Maßnahmen, insbesondere zur Ermöglichung der Einfuhr von frischem Rind- und Schweinefleisch aus Russland die Summe von 600 000 M. zur Verfügung.“

Angesichts des Fleischbedarfs in Groß-Berlin können die vom Magistrat ergriffenen Mittel mit Recht als unzulängliche bezeichnet werden.

Eine Konferenz der Groß-Berliner Gemeinden, zu der 22 Einladungen ergangen waren und an der 43 Vertreter teilnahmen, tagte im Berliner Rathaus, um über gemeinsame Maßnahmen gegen die Fleischteuerung zu beraten. Der Magistrat teilte mit, daß Berlin beschlossene, umfangreiche Fleischbestellungen in Russland auszugeben, und ersuchte die Vorortgemeinden um Erklärung, inwieweit sie sich an den Unkosten beteiligen wollen. Die Unkosten entstehen durch die Entsendung eines Tierarztes und zweier Kassensbeamten nach Russland und durch die Errichtung eines kleinen Schlachthauses an der Grenze, da das Vieh nicht lebend eingeführt werden darf. Ferner sollen sich die Vorortgemeinden schlüssig machen, inwieweit Quantitäten sie gebrauchen und bekanntgeben, in welcher Weise die Kontrolle über den Verkauf gehandhabt werden wird. Die Regierung hat bekanntlich ihre Vergünstigungen nur gewährt unter der Voraussetzung, daß das Fleisch ohne Gewinn an die minderbegüterte Bevölkerung abgegeben wird. Die Stadt Berlin will, wie schon mitgeteilt, das Fleisch in zehn Markthallen zum Verkauf stellen, andere Gemeinden wollen die Fleischgeräde dazu benutzen, in Schöneberg z. B. haben sich die Fleischmeister zum Verkauf bereit erklärt.

Die prächtige Brunnenanlage auf dem Pappelpark, eine Schöpfung der Stadt Berlin nach den Entwürfen des Bildhauers Bend, wurde gestern früh im Verein des Bürgermeisters Dr. Reide, mehrerer Stadträte und Mitglieder der sächsischen Kunstdeputation enthüllt und vom Magistrat übernommen.

Gegen 12 Uhr wurde dann die vom Bildhauer Quallion geschaffene, lebenswahre Wüste des verstorbenen Geh. Rat Professor v. Meyers im kleinen Tiergarten vor dem städtischen Krankenhaus Roabit, seinem langjährigen segensreichen Wirkungskreis, in Gegenwart des Bürgermeisters Dr. Reide, Geh. Rats Dr. L. Hoffmann u. a. Mitglieder des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung enthüllt.

Schweres Automobilunglück bei Lindenberg. Ein verhängnisvoller Automobilunfall, bei dem eine Person getötet und drei Personen verletzt wurden, hat sich am Montag in den frühen Morgenstunden in der Nähe der Ortschaft Lindenberg bei Rathow ereignet. Der Direktor Rehfeldt der Preklustgesellschaft in Ober-Schönweide hatte mit seiner Mutter, einer Cousine und einem Bekannten in seinem Auto eine Vergnügungsfahrt nach Stettin unternommen. Am Sonntagabend wurde die Rückfahrt nach Berlin angetreten. Gegen 3 Uhr früh passierte das Automobil, das Direktor Rehfeldt selbst lenkte, im Schnellsten Tempo Schwaneebe in der Richtung nach Lindenberg. Kurz vor dieser Ortschaft mußte der Kraftwagen eine über ein Fiech führende Brücke passieren. Dabei stieß das Auto mit voller Kraft gegen das Brückengeländer und einen Pfeiler, wurde umgeworfen und stürzte in den Graben. Die Mutter des Direktors R. wurde in weitem Bogen auf das Straßenpflaster

geschleudert und trug bei dem Sturz einen Bruch der Wirbelsäule und schwere innere Verletzungen davon, so daß der Tod auf der Stelle eintrat. Ihre Rechte trug eine schwere Kopfverletzung, eine Gehirnerschütterung und innere Verletzungen davon. Der Fabrikdirektor und sein Freund kamen wunderbarerweise mit erheblichen, aber ungefährlichen Hautabschürfungen und Quetschungen davon. Zum Glück passierte bald darauf ein anderes, ebenfalls von Stettin kommendes Privatautomobil die Unfallstelle, deren Insassen den Verunglückten sofort Hilfe zuteil werden ließen. Die schwerverletzte junge Dame sowie die Leiche der tödlich Verunglückten wurden mit dem zweiten Kraftwagen nach der Charité in Berlin geschickt, während die beiden Herren sich in privatärztliche Behandlung begaben. Das Befinden der Cousine des Direktors R. ist nicht unbedenklich, doch erscheint direkte Lebensgefahr ausgeschlossen. Der Kraftwagen ist sehr stark beschädigt und verbleibt bis zur Aufnahme des Tatbestandes durch eine Gerichtskommission an Ort und Stelle.

Eine Familientragödie wird aus der Schönhauser Allee gemeldet. In dem Hause Nr. 72a hat sich die Stellmacherfrau Krüger mit ihren beiden kleinen Söhnen durch Gas vergiftet. Ein herbeigeholter Arzt konnte nicht mehr helfen. Die Leichen wurden beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht. Krüger meint, daß die wirtschaftliche Lage der Familie die Frau, die den Gasfaß der Lampe geöffnet hatte, zu dem verhängnisvollen Schritt veranlaßt habe, andere glauben jedoch, daß Eifersucht das Motiv der Tat sei.

Zwei Dienstmädchen durch Gas vergiftet. In dem Hause Brunnenstr. 170 wurden gestern morgen das 17 Jahre alte Dienstmädchen Anna Specobius und die 44 Jahre alte Köchin Verta Schwichtenberg in ihrem gemeinsamen Schlafzimer durch Gasvergiftung tot aufgefunden. Verta Schwichtenberg diente bei dem Gastwirt R. Pops seit dem 1. Juli d. J., Anna Specobius seit dem 1. September. Beide verrichteten ihren Dienst zur vollen Zufriedenheit des Arbeitgebers und gingen wie gewöhnlich um 12 Uhr zu Bett. In der Schlafzimer, einer früheren Küche im zweiten Stock des Vorderhauses, liegt noch ein Gasrohr, das nicht mehr gebraucht wurde und deshalb verschlossen war. Gestern morgen um 6 1/2 Uhr fand man Frau Pops einen starken Gasgeruch wahr. Als man nachschah, fand man die Schlafzimer mit Gas angefüllt und die beiden Mädchen regungslos in ihren Betten liegen. Der Verschluß des Gasrohrs war gelöst, ob durch Zufall oder mit Absicht, läßt sich nicht sagen. Die Mädchen waren beide tot. Wiederbelebungsversuche, die Samariter der Feuerwehr ausstellten, blieben erfolglos.

Die Gründung einer Chorführerschule wurde in der letzten Ausschusssitzung des Arbeiter-Sängerbundes, Gau Berlin, beschlossen. Vereine, die sich noch nicht gemeldet haben, werden ersucht, die Anzahl der Teilnehmer bis spätestens den 20. Oktober dem Vorsitzenden Paul Kupfer, Landsberger Allee 58, anzugeben. Um das im Dezember stattfindende Stiftungsfest zu einem künstlerischen zu gestalten, sollen außer fünf größeren Chören zwei Pianistinnen und ein Cellos mitwirken.

Vorort-Nachrichten.

Reutlin. Stadtverordnetenversammlung. Aus der reichlichen Zahl der übrigen Verhandlungsgegenstände der Montagssitzung ist noch einiges nachzutragen.

Das im West des Vermessungsbureaus Gärtel u. Jeschal befindliche Planmaterial sollte angekauft werden. Die Firma verlangte dafür 23 000 M. Ratens der Kommission, welche für die Prüfung der Angelegenheit eingesetzt war, empfahl Stadtd. Heller (Soz.) die Rückverweisung an dieselbe, da der Preis im ungekehrten Verhältnis zum Wert des Materials stehe. Es wurde so beschlossen.

Die Durchlegung der Drochstraße von der Kammer nach der Böhmischen Straße wurde von den Stadtd. Stieler (Soz.) und Conrad (Soz.) bekämpft, da ein Bedürfnis dafür nicht vorliege, der in Betracht kommende Platz zwischen den Gasbehältern für die Materialenlagerung der sächsischen Werke aber nötig gebraucht werde. Stadtd. Serno und Stadtrat Arlart befürworteten die Vorlage; die Versammlung stimmte derselben auch zu.

Der Magistrat befürwortete, der Deputation zur Bekämpfung der Lebensmittelteuerung den bisher zur Verfügung gestellten Kredit von 10 000 M. auf 20 000 M. zu erhöhen. Stadtd. Groger (Soz.) beantragte die Erhöhung auf 50 000 M., um der Deputation eine wirksame Tätigkeit zu ermöglichen. Während der Stadtd. Heinrich dem zustimmte, plädierte Stadtd. Serno für die Magistratsvorlage und bezeichnete 20 000 M. als vorläufig ausreichend. Auch Bürgermeister Dr. Weinrich lehnte eine weitere Erhöhung des Kredits ab und deutete an, daß am gleichen Tage eine Konferenz der Groß-Berliner Gemeinden stattgefunden habe, in welcher bemerkenswerte Beschlüsse gefaßt worden seien. Stadtd. Roth (Soz.) bezeichnete es als merkwürdig, daß gerade vom Magistrat, welcher alles zur Abwendung der durch die Teuerung heraufbeschworenen Notlage der unbedeutenden Bürger tun sollte, gegen den sozialdemokratischen Antrag Front gemacht werde. Nachdem noch Stadtd. Serno den Widerspruch seiner Fraktion zurückgezogen hatte, beschloß die Versammlung, den Kredit auf 50 000 M. zu erhöhen.

Mit der am 1. April 1911 errichteten ersten Zweigstelle der sächsischen Sparkasse Postbuser Damm 93 wurden gute Erfahrungen gemacht. Statt der im ersten Jahre erwarteten 500 000 M. wurden dort 980 000 M. Spareinlagen eingezahlt; 4498 neue Sparbücher sind ausgegeben worden. In Anbetracht dieser Ergebnisse beantragte der Magistrat die Einrichtung einer neuen Sparkassen-Zweigstelle in der Hermannstraße. Die Versammlung stimmte einstimmig zu.

Unter Bezugnahme auf die kürzlich erfolgte Erhöhung der Löhne in den sächsischen Betrieben haben auch die Schaffner, Kutsher und Stalleute des sächsischen Omnibusbetriebes Verbesserungen gefordert. Die Deputation beantragte die Gleicherstellung der Stalleute mit den sächsischen Arbeitern (Anfangslohn 4,50 M. pro Tag, steigend in 6 Jahren bis zu 5,40 M.) und Erhöhung des Monatsgehalts der Schaffner (bisher 100 bis 120 M.) und der Kutsher (120 bis 140 M.) um 5 M. Stadtd. Polenske (Soz.) befürwortete für die beiden letzteren Kategorien eine monatliche Erhöhung um 10 M., da das Gehalt derselben ein außerordentlich niedriges sei, besonders wenn man die lange, 13stündige Dienstzeit damit in Parallele ziehe. Nachdem Stadtd. Abraham, der zuerst nur den Deputationsantrag unterstützte, sich auch mit dem sozialdemokratischen Antrag einverstanden erklärte hatte, wurde dieser angenommen.

Zur Bildung der Wahlvorstände für die diesjährigen Stadtverordnetenwahlen wählte die Versammlung die vom Wahlausschuss empfohlenen Beisitzer.

Für den Erweiterungsbau des Krankenhauses, welcher am 1. April 1913 in Benutzung genommen werden soll, wurden 6000 M. zur Neubeschaffung von Möbeln und Einrichtungsgegenständen bewilligt. Der Erhöhung der Gehälter für die Freibank wurde zugestimmt. Die Stadtd. Wille und Conrad (Soz.) votierten dagegen, weil sie eine Verteuerung des Fleisches für die Ärmsten die Armen dadurch befürchteten. Stadtd. Wilschke und Stadtd. Seltsmanu versicherten dagegen, daß das ausgeschlossen sei.

In geheimer Sitzung wurde darauf u. a. die Begebung von 2 Millionen Reichsmark aus der 200-Millionen-Anleihe und die Anlage eines großen Hafens an dem neuen Teil des Schiffbaukanals zwischen der Kaiserstraße und der Grotte beschlossen. Die Geländeanläufe dazu fanden die Zustimmung der Versammlung.

Schöneberg.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Der Vorsitzende Herr Genosse Wollenbutz teilte zunächst den Eingang mehrerer Petitionen mit, die sämtlich dem Petitionsausschuss überwiesen wurden. — Die freie Fraktion beantragte, noch einmal in Erwägung darüber einzutreten, ob es ratsam sei, den Bauhof zwischen der Innstraße, Freiherr-vom-Stein- und Badenschen Straße nur zum kleinsten Teil für die Verabauung mit Wohnhäusern zu verkaufen und den übrigen Teil für eine spätere Verwendung zur Erweiterung des Rathauses zu reservieren. Der liegenbleibende Teil wäre vorläufig als Spiel- oder Schmutzplatz anzulegen.

Stadtpr. L. i. n. i. k. u. s. meinte, das neue Rathaus würde über kurz oder lang doch schon wieder zu klein sein und darum sollte nur ein kleiner Teil für Wohnhäuser verkauft werden. Das Ganze wäre doch nur als Hinterland anzusehen, auch hätte die Stadt große Zinsverluste.

Oberbürgermeister Dominikus ersuchte, den Antrag abzulehnen, da das neue Rathaus mit der vorgelegenen Erweiterungsmöglichkeit vollständig allen Anforderungen auch für spätere Jahre genüge. — Stadtrat Schüle r betonte, daß ungefähr 450 Beamte unterzubringen seien, während für 630 Beamte Platz vorhanden wäre. Im alten Rathaus verbleibe das erste Stagesamt, die Wohlfahrtspflege und die Sparkasse. — Stadtrat Kay betonte, daß von Hinterland keine Rede sein könne, da eine 32 Meter breite Straße projektiert sei und nur vornehme Bauten errichtet würden. Der Antrag wurde einem Ausschuss überwiesen.

Ferner beantragte die freie Fraktion bei der Beratung der zur Hebung des städtischen Realcredits in Aussicht genommenen Maßnahmen zu erwägen, ob nicht ein gemeinsames Vorgehen mit den Gemeinden Groß-Berlins möglich und angebracht sei.

Stadtpr. J. a. g. o. w. wünschte, daß die Gemeinden mehr als bisher für den Hausbesitz tun sollten, da derselbe mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe. Auch der Staat müßte aufgefördert werden, Verbesserungen zu schaffen. Die Ueberproduktion sowie die Konkurrenz der Städte untereinander hätten viel zu der schwierigen Lage der Hausbesitzer beigetragen. Zum nicht geringen Teil schuld hieran seien auch die Bodenreformer. Es sei bedauerlich, daß selbst der Oberbürgermeister Dominikus sich an deren Vorträgen beteilige und Anwürfen auf die Hausbesitzer nicht gehörend entgegensetze. Die Gemeinden Groß-Berlins sollten sich zusammenschließen und den soliden Hausbesitz unterstützen und nicht bekämpfen. — Oberbürgermeister Dominikus weist den Vorwurf des Vorredners zurück und meinte, daß er einem wissenschaftlichen Vortrag beigewohnt habe, Vorwürfe gegen den Hausbesitz seien aber dort nicht erhoben worden. In absehbarer Zeit werde der Versammlung eine Vorlage unterbreitet werden, die viel mehr bringt, als der Vorredner wünscht. — Vester (lib. Frakt.) meinte, der Antrag kommt zu spät. Die Gemeinden Groß-Berlins könnten nicht gemeinsam arbeiten, es müßte daher jede Gemeinde für sich vorgehen. — Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt.

Der Abänderung der Altersgrenze für die Einstellung der Beamtenamväter vom 35. auf das 37. Lebensjahr wurde zugestimmt. Der Oberpräsident hatte die untere Festsetzung beanstanden und gemeint, daß dies mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht vereinbar sei.

Das Elektrizitätswerk „Südwest“ hatte beschlossen, das Aktienkapital um 5 Millionen Reichsmark zu erhöhen und den alten Aktionären auf je drei alte zwei neue Aktien zu pari zusätzlich 5 Proz. für Stempel und Unkosten zu geben. Die Stadt ist an dem Werk stark interessiert und erludt den Ankauf junger Aktien für 884 000 M. zum Preise von 105 zu beschließen. Dem wurde zugestimmt. Die letzte Dividende betrug 18 Proz. — Eine größere zur Rückzahlung geforderte Summe wurde dem Stattdausschuß zur näheren Aufklärung überwiesen. — In die Deputation für Volkunterhaltungen wurde Genosse Hoffmann wiedergewählt. Hierauf folgte eine geheime Sitzung.

Lichtenberg.

Die Regelung der Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter sowie die Gehaltsregulierung der Beamten und Lehrer sollen in der am Donnerstag stattfindenden Stadtverordnetenversammlung zum Abschluß gebracht werden. Viele Wünsche bleiben unberücksichtigt, viele mehr wären unberücksichtigt geblieben, wenn nicht die fortgeschrittenen Vorstöße unserer Genossen in den Hall des Widerstandes Breche gelegt. So weit die Arbeitsverhältnisse in Betracht kommen, bewegen sich die Vorschläge auf folgender Grundlage: Einführung der neunstündigen Arbeitszeit — ausgenommen Wächter und Wärter —, Mindestlohn 4,25 M., nach einem Jahre Dienstzeit 4,50 M. für Ueberstunden 25 Proz. Zuschlag, 50 Proz. Zuschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit, sowie für Nachtarbeit. Nachtarbeit rechnet ab 8 Uhr abends, jedoch soll von dieser Zeit an für Knäuterer ein Ueberzeit rechnen. Sommerurlaub ab 1918 soll gewährt werden: 4 Tage nach einjähriger Arbeitszeit für Innenarbeiter, 4 Tage nach dreijähriger Arbeitszeit für Außenarbeiter und 10 Tage nach fünfjähriger Arbeitszeit für alle Arbeiter. Die Differenz zwischen Lohn und Krankengeld soll regelmäßig gezahlt werden, nur dann nicht, wenn besondere Umstände eine Abweichung von der Regel rechtfertigen. Ferner soll für alle städtischen Arbeiter ein gemeinsamer Arbeiterausschuß errichtet werden und dazu eine allgemeine Arbeitsordnung Geltung erlangen. — Das sind die hauptsächlichsten Bestimmungen. Die Regelung der Beamten- und Lehrergehälter bringt teilweise erhebliche Verschiebungen. Die vorgelegenen Erhöhungen bewegen sich zwischen 100 bis 200 M. pro Jahr. So groß wie diese Unterschiede, werden wohl auch die Stimmungsdifferenzen sein, die die Gehaltsregulierungen in der Beamten- und Lehrerschaft auslösen.

Ober-Schönebeide.

In seiner letzten Sitzung beschäftigte sich das Gewerkschaftskartell für Ober-Schönebeide und Umgebung mit den Ertragswahlen zur Ortskrankenkasse für Ober-Schönebeide. Die Delegierten der angeschlossenen Gewerkschaften wurden beauftragt, umgehend die Vorschläge für die neu zu wählenden Delegierten einzubringen. Des weiteren wurde Stellung genommen zur Privatangestelltenversicherung und den bevorstehenden Wahlen hierzu. Von der Vertretung der Bureauangestellten wurde lebhaft Klage geführt, daß von der leitenden Stelle (freie Vereinigung) noch keine vorbereitenden Schritte unternommen seien, obwohl in Ober-Schönebeide doch auch ein großes Teil Privatangestellte vorhanden sind. Der Vorsitzende soll hierüber nähere Erkundigungen einziehen. Um den Bildungsbefähigungen der Arbeiterkraft am Orte entgegenzukommen, beschloß das Kartell, Vortragskurse abzuhalten. Zur Vorbereitung dieser Angelegenheit wurde eine Kommission, bestehend aus den Genossen Grünow, Schwarzburger und Behrend, gewählt. Die Genossen werden darauf aufmerksam gemacht, daß in den nächsten Tagen die Einladungen zu den einzelnen Kursen bei den örtlichen Vorständen zu haben sind; auch wurden hauptsächlich die Vertrauensleute ersucht, sich daran zu beteiligen.

Weiskene.

In einer Blinddarmentzündung ist der fortschrittlichen Fraktion angehörende Schöffe Severin im Lazaruskrankenhaus verstorben. Der Gemeindevorstand ist durch diesen Todesfall in ganz kurzer Zeit auf die Hälfte reduziert. Schöffe Rathmann hatte bekanntlich sein Amt niedergelegt und der besetzte Schöffe Dr. Pape ist seines Amtes enthoben, so daß in Kürze die Wahl von zwei unbesetzten Schöffen und einem Besetzten Schöffen stattfinden muß. Die fortschrittliche Fraktion hat hierbei die besten Aussichten, da sie im Gemeindevorstand allein so stark ist, wie die unabhängige und sozialdemokratische Fraktion zusammen. Der Führer der unabhängigen Fraktion, Herr König, äußerte heinerzeit, lieber einen Sozialdemokraten als einen Fortschrittlichen zum Schöffen zu wählen. Bei Herrn König konnte man nur wiederholt die Beobachtung machen, daß er manchmal an einer starken Vergeßlichkeit leidet.

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den

Verantwortlicher Redakteur: Alfred Dielepp, Neukölln. Für den

Groß-Schönebeck.

Eine gut besuchte Volksversammlung tagte am Sonntag auf dem Wegemännchen Grundstück, um ein Referat des Genossen Julius Hildebrandt über „Die Not des Volkes und der schweigende Reichstagslangler“ zu hören.

Der Referent verstand es in vorzüglicher Weise, den Versammelten die Ursachen der Lebensmittelverteuerung klarzulegen. Diskussion fand nicht statt.

Mit einer Aufforderung an die Versammlung, sich den Organisationen anzuschließen und die Parteipresse zu lesen, wurde die Versammlung unter begeisterten Hochrufen auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Kallberge-Rüdersdorf.

In der außerordentlichen Sitzung der Gemeindevertretung wurde u. a. beschlossen, Straßen- bzw. Bürgersteig-Parzellen bei der Mittelberg- und Dampferstraße unentgeltlich zu erwerben. — Sodann wurde dem mit der Gemeinde Schöneiche abgeschlossenen Vertrag wegen gemeinschaftlichen Betriebes der Straßenbahn Kallberge-Schöneiche-Friedrichshagen zugestimmt. Weiter wurde mitgeteilt, daß die Straßenbahnwagen und eine Lokomotive jedenfalls noch in der laufenden Woche eintreffen, so daß der Betrieb der Bahn dann sofort aufgenommen werden kann.

Vernau.

Einen schaurigen Fund machte am Montagmorgen gegen 4 Uhr der Streckenwärter Schulz von hier beim Abfuchen der Gleise zwischen den Stationen Vernau und Repernik. Unweit Vernau fand er einen jungen Menschen auf den Schienen noch lebend, welchem beide Fäße abgefahren waren. Der herbeigerufene Bahnarzt Dr. Schröder ordnete die sofortige Ueberführung nach dem Krankenhaus in Vernau an, in welchem der Schwerverletzte, welcher als der 16jährige Schriftsetzerlehrling Artur Pöppel von hier festgestellt wurde, nach kurzer Zeit verstarb. Der Betreffende ist jedenfalls von dem Personenzug, welcher 12 Uhr 56 Minuten nachts Vernau passierte, überfahren worden. Wie er auf dem Bahndamm gelangt ist, muß erst die eingeleitete Untersuchung ergeben.

Zpandau.

Uebel empfunden wird es in der Bevölkerung, daß der Magistrat in der Zeit der Notstandsaktion die Kofpreise erhöht. So ist auf den Zentner Stückenlofs ein Preisaufschlag von 6 Pf. und auf den Zentner Kofgries, der hauptsächlich von der ärmeren Bevölkerung gekauft wird, ein solcher von 10 Pf. erfolgt.

Da sich beim ersten Seefischerverkauf ein großer Andrang bemerkbar machte, sind diese Woche zwei Verkaufstage vorgeesehen worden. Der erste hat bereits am gestrigen Dienstag auf dem Lutherplatz stattgefunden, während der zweite heute Mittwoch während der Marktzeit in der Moritzstraße abgehalten wird.

Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Hohen-Schönhausen. Heute Mittwoch, nachmittags 6 Uhr, im Sitzungssaal des Verwaltungsbüros.

Mi-Glienitz. Heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, im Sohnschen Lokale. U. a.: Beratung der Straßenbahnfrage.

Lichtenberg. Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 6 Uhr, in der Aula des Cecilia-Bezirks an der Rathausstraße. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Beschlußfassung über die Einsprüche gegen die Bürgerliste pro 1912.

Zpandau. Donnerstag, den 17. Oktober, nachmittags 4 Uhr, im Stadtvorordneten-Sitzungssaal des Rathauses. Auf der Tagesordnung steht u. a.: Bewilligung eines Kredits an die Feuerungskommission; Bewilligung von 420 000 M. zur Erweiterung der Brunnenanlagen des städtischen Wasserwerks; Erhöhung des Fahrgebühres für die Straßenbahn auf 20 Pf. für alle nach 12 Uhr vom Bahnhof abfahrenden Wagen.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

Aus aller Welt.

Was das Volk essen muß.

Aus Anlaß der in Köln vorgekommenen Massenfleischvergiftungen veröffentlicht ein Kundiger in unserem Kölner Bruderblatt Dinge, die nahezu an den Roman Upton Sinclair's über die Chicagoer Schlachthauszustände erinnern. Der Gewährsmann hat jahrelang Gelegenheit gehabt, die sogenannten Volksschlächtereien im Landkreis Düren, besonders in den Orten Gürzenich, Hoven, Mariaweiler und Werlen, zu beobachten, und hat seine Erfahrungen den Regierungsbehörden mitgeteilt. In den Volksschlächtereien wird gewöhnheitsmäßig das Fleisch von kranken Tieren verarbeitet, der Knochen entleibt, in Körbe verpackt und nach allen möglichen Gelegenheiten verhandelt. Der Kreis Düren sei sozusagen die Abdeckerei für einen großen Teil der Rheinprovinz. Das Fleisch von Tieren, die nicht gerade an Milzbrand, Kinderpest und dergleichen krank waren, werde tierärztlich vielfach als zum Genuß noch geeignet freigegeben, obwohl gekauft Fleisch niemals vom kranken Tier kommen könne. Die Volksschlächtereien kauften speziell zweifelhafte Tiere, auch solche, die schon dem Verenden nahe seien, und zwar in allen Gegenden der Rheinprovinz auf Entfernungen von 50 und mehr Kilometern. Häufig konnte von einer regelrechten Schlachtung nicht mehr, höchstens von einer Kottschlachtung gesprochen werden. Meist aber würden nächstherweilte Tiere, die dem Verenden nahe sind, ohne jede Untersuchung geschlachtet und heimlich an die Metzger der verschiedensten Städte zur Verarbeitung überliefert.

Der Gewährsmann hat dem Landrat des Kreises und dem Regierungspräsidenten in Aachen vor längerer Zeit Anzeige gemacht und von dem letzteren die Antwort erhalten, daß alles veranlaßt worden sei, „was nach Lage der Sache zur Aufklärung der erhobenen Beschuldigungen sowie zur Befreiung und Beschäftigung etwaiger (!) Wirtsleute geboten und möglich war.“ Im übrigen werde „die Angelegenheit weiter im Auge behalten werden.“ Der Gewährsmann behauptet, daß trotzdem der gemeingefährliche Betrieb fortduere, und wiederholt Fleischvergiftungen zur Folge gehabt habe.

Es ist festgestellt, daß bei den zahlreichen Fleischvergiftungen in Köln tatsächlich Fleisch aus dem Kreise Düren in Frage kommt. Bei der Kölner Staatsanwaltschaft ist unter Benennung von neun Schlächtergeleuten als Zeugen und von zwei jener lichtscheuen Händler als Beschuldigte eine Anzeige eingegangen, in der behauptet wird, daß zum Zwecke der Verwertung jahrelang krankes und tierärztlich nicht untersuchtes Fleisch zum Preise von 25 und 30 Pf. pro Pfund von jenen Händlern unter dem Schutze der Nacht nach Köln geliefert worden ist.

Die Hochschulpolitik und die dadurch bedingte Fleischsteuerung wirkt für skrupellose Leute geradezu als Anreiz, die durch Verarbeitung von kranken Vieh erzielten enormen Gewinne in die Tasche zu stecken. Selbst auf die Gefahr hin, die Arbeiterkraft mit dem Kadaverfleisch zu Tode zu füttern.

Die Grubenkatastrophe in Australien.

Trotz der Versicherung des Direktors der Grube North Dwell, daß die über neunzig in der Grube eingeschlossenen Bergarbeiter sich wahrscheinlich in Sicherheit gebracht hätten, scheint wenig Aussicht auf Rettung der Discretenanteil besitzend: Th. Wode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

Unglücklichen vorhanden zu sein. Der Rettungsmannschaft ist es bisher noch nicht gelungen, bis zu dem Orte der Katastrophe vorzudringen. Küher einigen bald nach Bekanntwerden des Unglücks geborgenen Leichen sind im Laufe des gestrigen Tages fünf weitere Leichname aus dem Unglückschaacht ans Tageslicht gefördert worden. Die Bergungsarbeiten werden unermüßlich fortgesetzt.

Balkonstudien.

Der Ruhm, den sich ein Herr Vlech in der „Deutschen Tageszeitung“ mit seinen Plastometerstudien über die Form der politischen Köpfe des Reichstages erworben, hat einen anderen Grundgelehrten, den Schriftsteller Otto Hauser, nicht ruhen lassen. Er veröffentlicht in der „Politisch-Anthropologischen Revue“ einen Artikel über „die Vertreter des deutschen Volkes im dreizehnten Reichstage nach ihrem physischen Typus“. Eine bedeutendere Rolle in seinen Untersuchungen spielt der Gesichtsbau, der die unterschiedlichen Abgeordneten ziert. Lange oder kurze Nasen sind ihm mit ein Unterscheidungsmerkmal der germanischen oder nicht-germanischen Rasse. Aber noch mehr. Herr Hauser klassifiziert die Abgeordneten auch nach dem Kriostokratentypus, was vor ihm verschiedene „Simplizissimus“-Zeichner meisterlich gemacht haben. Unsere Vertreter kommen schlecht weg. Nur drei von unseren 110 Vertretern haben einen sehr guten Typus, darunter ein oder zwei — Juden, sieben finden ihre Nasen noch erträglich in die Welt, bei den andern aber ist fürchterlich! lauter ungermanische Typen, davon 88 mit extrem kurzen Nasen. Ja, ja, Ausländer, Fremde sind's zumeist, die unter uns gefäl den Geist der Rebellion!

Absturz bei einem Passagierflug.

Ein schwerer Fliegerunfall wird aus der französischen Stadt Chaug-de-Fonds gemeldet. In der Nähe der Stadt stieg am Dienstagvormittag der Flieger Gobioni mit dem Redakteur Bippert als Passagier zu einem Flug über die Stadt auf. Beim Landen senkte sich der Apparat nach vorwärts und stürzte senkrecht auf den Boden. Der Apparat wurde zertrümmert. Gobioni ist an den Verletzungen kurz darauf gestorben. Der Zustand Bipperts ist hoffnungslos.

Neue Autobanditen.

Ein Verbrecher, das an die Schredenslist der Pariser Apachen Vornot und Garnier erinnert, wird aus der französischen Ortschaft Ranterre gemeldet. Dort wurde der Kassierer einer großen Gesellschaft, namens Bouillon Vredion, der sich zur Leistung einer größeren Zahlung nach Paris begeben wollte, auf dem Wege von maskierten Räubern überfallen. Diese schleppten ihn in ein bereitstehendes Automobil und raubten ihn während der Fahrt aus. Dann fuhr die Verbrecher an die Seine, wo sie Vredion in den Fluß warfen. Vredion konnte sich jedoch durch Schwimmen retten.

Massenvergiftungsversuche in Mailand.

Ein Massenvergiftungsversuch, der an den Fall des österreichischen Leutnants Hofrichter erinnert, erregt in Mailand peinliches Aufsehen. Zahlreiche Hausbesitzer in verschiedenen Vierteln der Stadt erhielten in der letzten Zeit Proben von Tabletten zugesandt, die angeblich eine heilkräftige Wirkung ausüben sollten. Einige Hausbesitzer, die die Tabletten nahmen, erkrankten unter heftigen Vergiftungserscheinungen. Eine Untersuchung der Tabletten ergab, daß sie Quecksilber-Chant enthielten. Vom Abendher fehlt jede Spur. Auf den Proben war eine Gesellschaft „Sanitaria“ als Abfender angegeben, doch existiert eine solche Gesellschaft nicht. Die Empfänger haben, abgesehen davon, daß sie fast alle Hausbesitzer sind, keine Beziehungen zu einander.

Ein Bureaukratenstücklein.

Ein Metzgerlehrling in Oberaltling, der sich keines versteuerbaren Einkommens bewußt ist, da er von seinem Meister keinen Geldlohn, sondern nur Verpflegung erhält, wurde auf seine Steuerreklamation durch das folgende Schreiben des Rentamts Starnberg erkreut:

„Sie werden hiermit aufgefordert, eine Zusammenstellung über den Verdienst, den Sie und Ihre Frau in der Zeit vom 1. X. 10 bis 1. X. 11 hatten, innerhalb fünf Tagen vorzulegen. Zur Nachweisführung sind ferner Bescheinigungen der Arbeitgeber darüber, während welcher Zeit Sie bei denen beschäftigt waren, zu erbringen. Hierbei wird darauf aufmerksam gemacht, daß es Sache der Berufungsführer ist, die Nachweise zu erholen und vorzulegen.“

Es ist ja bekannt, daß die Steuerbehörden es trefflich verstehen, jeden Pfennig versteuerbaren Einkommens aufzufinden, neuartig ist es aber, daß jetzt schon gar nicht vorhandene Ehefrauen zum Steuerobjekt werden.

Die Schlacht im Gefängnis.

Im Strafgefängnis zu Rawling (Vereinigte Staaten von Nordamerika) ist es am Montag zu einer förmlichen Schlacht zwischen rebellierenden Sträflingen und ihren Wärtern gekommen, in deren Verlauf zwei der Sträflinge getötet, zahlreiche andere mehr oder weniger schwer durch Revolverkugeln verletzt wurden. Bereits in der Nacht zum Sonntag war es 20 Verbrechern unter Anführung des berühmtesten Raubmörders Vlak gelungen, ihre Wärter zu überrollen und die Freiheit zu gewinnen. Am Montag wiederholte sich die Revolte und es gelang abermals mehreren Verbrechern, nachdem sie ihre Wärter niedergeschlagen hatten, zu entkommen. Um weiteren Meutereien wirksam entgegenzutreten zu können, wurden die Gefängnisbeamten mit Revolvern bewaffnet. Als wenige Stunden darauf mehrere Gefängnisinsassen, durch den Erfolg der vorhergehenden Revolten kühn gemacht, einen dritten Ausbruchversuch unternahmen, kam es zu dem eingangs erwähnten Kampf, den die Wärter erst durch den Gebrauch des Revolvers zu ihren Günstigen entscheiden konnten.

Kleine Notizen.

Selbstmord eines Zwölfjährigen. Am Montagabend verübte in Dortmund ein zwölfjähriger Quanter, der Sohn eines Gefangenen-Aufführers, Selbstmord durch Erhängen. Der Knabe, der das Real-Gymnasium besuchte, hatte von einem Lehrer eine Mitteilung an seinen Vater mitbekommen, die dieser untere schreiben sollte. Um dem Vater diese Mitteilung nicht vor Augen kommen zu lassen, schlüßte der Junge die Unterarmen seines Vaters. Als nun die Fälschung ans Tageslicht gekommen war, verübte er die unglückliche Tat.

Aus der Tiefe. Der Kölner Karl in Garburg tödete am Dienstagmorgen die Prostituierte Else Gehris durch einen Stich in den Hals, weil sie ihn wegen Zuhälterei angezeigt hatte. Der Mörder wurde nach erfolglosem Selbstmordversuch verhaftet. — In der Nähe von Klotzsche (Agr. Sachsen) tödete der Arbeiter Schumann, der oft betrunken nach Hause kam, seine Frau, Mutter von vier unversorgten Kindern. Zwei Nachbarn, welche der Frau zu Hilfe eilen wollten, verletzten er ebenfalls schwer.

Benzinexplosion in Wien. In der Färberei von Josef Smetana in Wien erfolgte am Montag eine Benzinexplosion, durch die elf Personen mehr oder weniger schwer verletzt wurden. Durch die Explosion wurde auch beträchtlicher Sachschaden angerichtet.

Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.